

Karl-Werner Schunck

Kurt Wurbs

Ein Kieler Journalist im politischen Exil
in Dänemark 1933 – 1948



AKENS

I S H Z 12
Beiheft

Karl-Werner Schunck

Kurt Wurbs

**Ein Kieler Journalist im politischen Exil
in Dänemark 1933 – 1948**

Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte
ISHZ-Beiheft 12

Herausgegeben vom
**Arbeitskreis zur Erforschung des
Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V.
(AKENS)**

Kiel 2025

Inhalt

Einleitung und Überblick	7
I. In Kiel: Chefredakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung	11
Kindheit und Jugend in Breslau sowie einige Daten zur Person im Überblick	11
Rechtsstreit Hitler./Wurbs (1932) mit weitreichenden Folgen	13
Familiäre Situation	21
II. In Dänemark: als sozialdemokratischer „Emigrant“ im politischen Exil	33
Distanziertes Verhältnis zu Richard Hansen	33
Exkurs 1: Richard Hansen (1887 – 1976)	35
Wurbs‘ „Politische Korrespondenz“ und Kontakte zu Reichswehr und Marine	38
Das Gift des Misstrauens	42
Carl Madsen: prominenter dänischer Kommunist und Ankläger	43
Ein zweifelhaftes Gestapo-Dokument als Anhaltspunkt	46
Überrumpelung und Wahrheitsfindung	50
Fazit 1	53

Fingierter Bericht über eine sozialistische Konferenz	54
„Die Geldfrage“	58
Portfolio: Kurt Wurbs als Kunstmaler	63
Exkurs 2: „Der gehängte Klamroth“: Hans Georg und Bernd Klamroth – zwei Abwehroffiziere im Widerstand	69
Fazit 2	77

III. 1945 – Verdächtig als „Stikker“ nach der Befreiung

Gefangen im „Kastellet“	81
Weitere Vernehmungen Anfang 1947	84
Die „norwegische Lösung“ verhindern	87
Unter allerhöchstem Schutz der Abwehr?	91
Fazit 3	93
Rückblick auf das Schicksalsjahr 1940	93
Fingierte Berichte und ein Missverständnis	94
Kurt Wurbs' unpassende Erinnerung: einige Wochen vor dem deutschen Überfall auf Dänemark und Norwegen	95
Bericht vom Oktober 1940 in Absprache mit Hans Georg Klamroth	97

4 Situation und Lagebeurteilung in Dänemark in den Monaten vor und nach dem Überfall vom 9. April 1940	98
--	----

Der Højgaard-Kreis: eine rechtsbürgerlich-autoritäre Herausforderung für die parlamentarisch legitimierte Sammlungsregierung	100
Überrumpelung und kampflose Übergabe am 9. April 1940 als wunder Punkt der Regierung	101
Sammlungsregierung und König Christian X. als verlässliche Partner	105
Fazit 4	106
Bericht in zugespitzter Lage nach der Bombardierung des Kopenhagener Gestapo-Hauptquartiers im „Shellhuset“	107
Bericht betreffend eine mögliche vorzeitige deutsche Kapitulation in Dänemark noch vor Ankunft britischer Truppen	114
Ein „heimliches“ Treffen 1946 mit Kurt Schumacher in Hannover mit Hilfe des Nachrichtendienstes des dänischen Generalstabs	116
IV. Rückkehr nach Deutschland	121
Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	124
Anmerkungen	133
Literatur	140
Der Autor	141
Abstract	142
Namenregister	143

Bertolt Brecht: 1940 (Auszug)

I

Das Frühjahr kommt. Die linden Winde
Befreien die Schären vom Wintereis.
Die Völker des Nordens erwarten zitternd
Die Schlachtfлотten des Anstreichers.

II – IV

V

Ich befinde mich auf dem Inselchen Lidingö.
Aber neulich nachts
Träumte ich schwer und träumte, ich war in einer Stadt
Und entdeckte, die Beschriftungen der Straßen
Waren deutsch. In Schweiß gebadet
Erwachte ich, und mit Erleichterung
Sah ich die nachtschwarze Föhre vor dem Fenster und wußte:
Ich war in der Fremde.¹

Einleitung und Überblick

Nur bruchstückhafte Informationen sind zu Kurt Wurbs' Jugend und familiären Hintergrund überliefert.

Der Kunst, Kunstgeschichte und eigenem künstlerischen Schaffen als Kunstmaler galt Kurt Wurbs' Interesse. Aus bescheidenen sozialen Verhältnissen stammend, blieb ihm – ohne standesgemäßes Abitur als Zugangsvoraussetzung für eine Hochschulbildung – ein akademisches Kunststudium in seiner Heimatstadt Breslau verwehrt. Die Möglichkeit, als Gasthörer Vorlesungen der Staatlichen Kunstakademie in seiner Heimatstadt Breslau zu besuchen, dürfte er genutzt haben. Und vielfältige Fortbildungsmöglichkeiten bot das reiche Bildungsangebot, das für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg (und danach) kennzeichnend war. Laut standesamtlicher Urkunde anlässlich seiner Heirat 1914 betätigte er sich beruflich zunächst als „Dekorationsmaler“, ein qualifizierter Lehrberuf.

Früh folgte Wurbs seinen journalistischen Neigungen, zunächst – da war er gerade 20 Jahre alt – als Mitarbeiter, dann als Redaktionsmitglied zweier Zeitungen in Dresden und in Leipzig. Er hatte sich für die Arbeiterpresse der SPD entschieden, hier die *Dresdener* und die *Leipziger Volkszeitung*. In Leipzig hat er in dieser Zeit staatswissenschaftliche Vorlesungen besucht.

Rasch übernahm Wurbs in der schwierigen Zeit von Novemberrevolution und Anfangsjahren der Weimarer Republik verantwortliche Positionen als Chefredakteur, zunächst 1918 im Schwerin, dann ab 1920 in Bochum im umkämpften Industrierevier. 1928 wechselt er nach Kiel als Chefredakteur der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* (VZ), der bedeutenden sozialdemokratischen Regionalzeitung in der seinerzeit preußischen Provinz Schleswig-Holstein.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und dem noch im Frühjahr 1933 einsetzenden Terror gegen NS-Gegner und überzeugte Demokraten gehörte Kurt Wurbs zu den am meisten gefährdeten prominenteren Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein. 1932 hatte es vor dem Kieler Landgericht einen spektakulären Rechtsstreit „Hitler./Wurbs“ gegeben. Nach einer Festnahme im Mai 1933 und mehrwöchigem Polizeigewahrsam gelingt Wurbs nach einer konkreten Warnung die Flucht nach Dänemark ins Exil. Zurücklassen muss er in Kiel seine sehr umfangreiche Familie: seine 1914 noch in Breslau kurz vor Kriegsausbruch geheiratete Frau Elise sowie sieben überwiegend noch schulpflichtige Kinder. Wirtschaftlich unversorgt sind sie der Willkür der nationalsozialistischen Machthaber ausgesetzt.



Quelle: Privatbesitz

Kurt Wurbs zu Beginn des Jahres 1933

In Dänemark gehört Kurt Wurbs zum engeren Kreis prominenterer deutscher Sozialdemokraten im Exil. Zur Führungsspitze der dänischen Sozialdemokratie und zu Mitgliedern der sozialdemokratisch geführten dänischen Regierung hat er Kontakte und Zugang. Neben der bescheidenen Unterstützung durch das Hilfskomitee der dänischen Sozialdemokratie bzw. Arbeiterbewegung („Matteotti-Komitee“) versucht er, Einnahmen durch den Aufbau einer Nachrichtenagentur zu erzielen.

Wie auch einzelne andere Sozialdemokraten im Exil hat Kurt Wurbs Kontakte zu oppositionellen Kreisen in der Reichswehr (später „Wehrmacht“) und tauscht mit ihnen Informationen und Berichte aus. Wurbs setzt diese Kontakte auch nach dem „Röhm-Putsch“ vom 30. Juni 1934 fort. Für Kurt Wurbs spricht, dass er anscheinend Kontakt zu Reichswehr-/Wehrmachtsoffizieren hatte, die oppositionellen Kreisen innerhalb der

Abwehr, also dem militärischen Nachrichtendienst, zuzurechnen sind – so nicht zuletzt Major Hans Georg Klamroth, der als kriegsbedingt aktivierter Reserveoffizier von 1940 bis 1942 in Dänemark als „Offizier zur besonderen Verwendung“ (Abwehroffizier) eingesetzt war. Klamroth wurde nach dem 20. Juli 1944 als Mitverschwörer (Mitwisser) des gescheiterten Hitlerattentats zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Auch nach dem 9. April 1940, dem Überfall und der Besetzung Norwegens und Dänemarks durch deutsche Truppen, verbleibt Kurt Wurbs in Dänemark, während es anderen politischen Flüchtlingen gelingt, rechtzeitig weiter nach Schweden zu flüchten. Tatsächlich wohl stand Kurt Wurbs unter dem Schutz der deutschen militärischen Abwehr vor der Verfolgung etwa durch die Gestapo.

Das Ende von Krieg und deutscher Besatzung Dänemarks bedeuten wider Erwarten für Kurt Wurbs nicht die endgültige und uneingeschränkte Befreiung. Es werden Berichte aufgefunden, die Wurbs während der Besatzungszeit und auch schon davor für die Abwehr der deutschen Wehrmacht gefertigt hatte und die zumindest teilweise auch in den Besitz der Gestapo gelangt waren. Es kommt zu einer Pressekampagne insbesondere durch die Zeitungen *Information* und *Land og Folk*, die während der Besatzungs-

zeit als „illegale“ Untergrundzeitungen entstanden waren, *Information* mit national-bürgerlicher und *Land og Folk* mit kommunistischer Ausrichtung. Auch in den ersten Jahren nach der Befreiung hatten beide Zeitungen erhebliches Gewicht und Einfluss.

Die aufgefundenen Berichte enthalten u.a. detaillierte Insider-Berichte aus dem engsten Kreis führender dänischer Politiker. Wurbs wird vorgeworfen, er sei Spion und Spitzel („Stikker“) und Agent von Abwehr und Gestapo gewesen. Es kommt zu einem Ermittlungsverfahren durch den „Rigsadvokaten“. Im Herbst 1945 findet Wurbs sich für mehrere Wochen im Staatsgefängnis in der alten Kopenhagener Festungsanlage „Kastellet“ wieder, in ziemlich verzweifelter Lage. Immerhin gelingt es ihm, die Anschuldigungen so weit zu erschüttern, dass das Verfahren zumindest einstweilen eingestellt wird.

Im Herbst des folgenden Jahres (1946) kommt es erneut zu einer Pressekampagne gegen ihn, nachdem anscheinend weitere seiner Berichte aus der Besatzungszeit aufgefunden waren. Erneut muss er sich ausführlichen Vernehmungen stellen, auch wenn ihm eine Haft diesmal erspart bleibt. Etwa zeitgleich werden auch mehrere Abwehroffiziere vernommen, mit denen Wurbs kooperiert hatte. Über alle diese Vernehmungen berichtet Wurbs nun zeitnah dem Vorstand der dänischen Sozialdemokratie. Allem Anschein nach erhält er Unterstützung von offizieller dänisch-sozialdemokratischer Seite nur zögerlich und mit Vorbehalt. Immerhin wird das Verfahren nun wohl endgültig eingestellt.

Die Rückkehr der exilierten politischen „Emigranten“ nach Deutschland verläuft schleppend und wird auch von den (west-)alliierten Besatzungsmächten eher behindert als gefördert. 1948 kann Kurt Wurbs zurückkehren. Sein Ziel ist jedoch nicht Kiel, etwa um erneut die Position des VZ-Chefredakteurs zu übernehmen. Seine langjährige Ehe ist inzwischen zerrüttet. Aus der Beziehung mit seiner neuen (dänischen) Lebenspartnerin entstammen zwei weitere Kinder. 1949 heiratet er in Freiburg i. Br. seine bisherige Lebensgefährtin Gertrud Isaksson.

Auf Grund der erheblichen Belastungen und traumatischen Umstände während seiner Exilzeit einschließlich der unmittelbar nachfolgenden Jahre in Dänemark hat Kurt Wurbs seit Jahren mit sich verstärkenden psychischen Problemen zu kämpfen. Die Übernahme der Chefredaktion einer so großen Zeitung, wie die VZ es einmal war, traut er sich nicht mehr zu. Er übernimmt daher gezielt die Chefredakteursposition einer deutlich kleineren Zeitung, zunächst in Freiburg und einige Jahre später in Bremen bei einer noch deutlich weniger fordernden Wochenzeitung. Gleichwohl muss er 1955 ein Jahr vor Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze auch diese Position aufgeben und aus dem Berufsleben ausscheiden, weil er

nach eigener Einschätzung den Anforderungen und seiner Verantwortung gegenüber den ihm unterstellten Mitarbeitern nicht mehr gerecht werden kann.

Über Kurt Wurbs' Emigrationsgeschichte ist im Nachkriegsdeutschland wenig bekannt oder überliefert mit Ausnahme vielleicht der Vorgänge, die

letztlich Auslöser für seine Flucht ins dänische Exil waren: der Hitler-/Wurbs-Prozess von 1932 und die Ermordung Wilhelm Spiegels in der Nacht vor der Kommunalwahl vom 12. März 1933. In Dänemark erscheint 1972 das Buch *Flygtning 33. Stefflys over Hitlers Danmark* des dort seinerzeit sehr bekannten Juristen („Landsretssagfører“) und bekennenden (traditionellen) Kommunisten Carl Madsen. Während der Besatzungszeit war Madsen in enger Kooperation mit dem „Frihedsråd“ im Widerstand aktiv gewesen. In dem Kapitel seines Buches „Om Svig og Svindel“ widmet er sich ausführlich u.a. dem vermeintlichen Spion, Spitzel und Abwehr- bzw. Gestapo-agenten Wurbs mit einer umfangreichen und stark ausgeschmückten Geschichte. Nachfolgend wird der Versuch unternommen, angesichts der schweren Anschuldigungen und Verdächtigungen ein wenig mehr Licht in das Dunkel zu bringen.

Die geschilderten Vorgänge liegen nun lange zurück. Erneut sind wir weltweit mit sich überlagernden Krisen und schrecklichen Kriegen konfrontiert, von denen wir glaub-

ten, sie jedenfalls in dieser Form hinter uns gelassen zu haben. Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, aus vielerlei Gründen. Und sie machen auch vor unseren Grenzen nicht halt. Wir reagieren unsicher und wissen nicht und streiten darüber, wie wir diesen Menschen begegnen sollen. Es gibt ja auch keine einfache Lösung. Aber hinter jedem Menschen, der aus „rassischen“, politischen oder religiösen Gründen oder den Folgen der Klimakrise zur Flucht getrieben wird, steckt ein individuelles Schicksal, das sich einer vereinfachenden Kategorisierung entzieht und das Empathie verdient. Der „Fall Wurbs“ kann hierauf ein Schlaglicht werfen.



Quelle: <https://laegtsbibliotek.dk>

Carl Madsens „Erinnerungsbuch“ von 1972



I. In Kiel: Chefredakteur der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung*

Kindheit und Jugend in Breslau sowie einige Daten zur Person im Überblick

Kurt Wurbs, am 10. September 1891 geboren, wuchs in Breslau auf, der Hauptstadt des damals preußischen Schlesiens. Breslau in der Zeit um die vorige Jahrhundertwende war eine dynamische Großstadt, geprägt von einem auch kulturell aufgeschlossenen selbstbewussten Bürgertum und mit einer starken Arbeiterbewegung – Ferdinand Lassalle, als „Gründungsvater“ der deutschen Sozialdemokratie von seinen Anhängern hoch verehrt, entstammte dieser Stadt.

Über Kurt Wurbs' Jugend und familiären Hintergrund sind nur bruchstückhafte Informationen überliefert. Er kam aus eher bescheidenen Verhältnissen. Seine Mutter sei Näherin gewesen, sein Vater habe den ungelerten Beruf eines Patronenmachers ausgeübt. Ein Versuch des Vaters, eine selbstständige Existenz aufzubauen, sei zunächst erfolgreich gewesen, dann aber gescheitert aus nicht näher bekannten Gründen. Die Familie habe danach in großer Not gelebt.²

Nach eigenen Angaben war Kurt Wurbs Schüler des traditionsreichen katholisch-humanistischen Matthias-Gymnasiums in Breslau. Dies ist jedoch nicht belegt. Es erscheint mehr als fraglich, dass er dort sein Abitur machen konnte. Nicht auszuschließen ist, dass er einen möglichen Besuch der seinerzeit schulgeldpflichtigen höheren Schule wegen der finanziellen Notlage seiner Eltern vorzeitig beenden musste.

Ebenfalls nach eigenen Angaben besuchte Wurbs, der 1909 der SPD beigetreten war, die Staatliche Kunstakademie Breslau (Fächer: Kunst, Kunstgeschichte, Malerei) und ab 1910 die Universität Leipzig (Staats-

wissenschaften). In der standesamtlichen Heiratsurkunde von 1914 ist allerdings als Beruf „Dekorationsmaler“ verzeichnet. Ganz sicher hatte Kurt Wurbs ein starkes Interesse an der Kunst und auch an eigener Kunstausübung in den Bereichen Malerei und Zeichnen. Ohne standesgemäßes Abitur aber war ihm ein volles akademisches Studium verwehrt. Als Gasthörer allerdings war es ihm möglich, einzelne ausgesuchte Vorlesungen der Kunstakademie Breslau und der Uni Leipzig zu besuchen. Davon wird er Gebrauch gemacht haben. Auch die damalige Arbeiterbewegung – Gewerkschaften, Partei, Arbeiterbildungsvereine etc. – leisteten ausgezeichnete Bildungsarbeit. Auch hier wird er sich entsprechendes Rüstzeug zugelegt haben.

Im Unterschied zum „normalen“ Malerberuf war der hier standesamtlich bestätigte Beruf des „Dekorationsmalers“ ein höher bewerteter spezieller Lehrberuf, der auch Nicht-Akademikern eine qualifizierte eigenständige Berufsausübung in der Malerei ermöglichte, wenngleich ihnen die Bezeichnung als „Kunstmaler“ verwehrt war. Entwickelt hatte er sich mit der Hinwendung zur möglichen farblichen Gestaltung antiker Architektur im frühen 19. Jahrhundert und der im späteren 19. Jahrhundert betriebenen Restaurierung kirchlicher farbiger Wandmalereien des Mittelalters, die nach der Reformation oder später oft übertüncht worden waren. Viele Dekorationsmaler entwickelten eigenständige künstlerische Ambitionen, bildeten sich entsprechend fort und waren akademischen Kunstmalern oft kaum unterlegen.³

Letztlich entschied Kurt Wurbs sich, einen anderen Weg einzuschlagen, der ihm in der ausgeprägten Klassengesellschaft des kaiserlichen Deutschland trotz aller Hindernisse und Erschwerungen einen beruflichen Aufstieg ermöglichte und der gleichzeitig seinen herkunftsbedingten sozialen und politischen Interessen und Neigungen entsprach: Er begann, sich journalistisch für Zeitungen der sozialdemokratischen Arbeiterpresse zu betätigen. Hierzu noch einmal einige Daten: ab 1911 Mitarbeiter, später Redaktionsmitglied der *Dresdener* und der *Leipziger Volkszeitung*, ab 1918 Chefredakteur in Schwerin und Bochum, ab 1928 der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* (VZ) in Kiel.

Weitere Daten zur familiären Situation:

Verheiratet mit Elise Wurbs, geb. Meister, geb. 13.11.1884 in Hannover, verst. 1966

12 | (Eheschließung lt. Standesamt Breslau des „Dekorationsmalers“ Kurt Paul Artur Wurbs mit der „Wirtschafterin“ Elise Hermine, geb. Meister, am 21.6.1914)

Sieben Kinder aus dieser Ehe:

Siegfried Wurbs, geb. 15.8.1912 in Breslau, verst. 1999

Günter Wurbs, geb. 27.7.1915 in Breslau, verst. 1973

Werner Wurbs, geb. 25.7.1918 in Breslau, verst. 1970

Ingeborg Wurbs, geb. 29.9.1920 in Bochum, verst. 2016

Kurt Wurbs (jun.), geb. 30.1.1923 in Bochum, verst. 1942

Gerhard Wurbs, geb. 5.10.1925 in Bochum, verst. 1944

Ilse Wurbs, geb. 12. November 1927 in Bochum, verst. 2002

Zweite Ehe mit Gertrud Wurbs, geb. Isaksson, geb. 26.11.1914, verst. 2008
(Eheschließung lt. Standesamt Freiburg im Breisgau von Kurt Wurbs mit
Gertrud, geborene Isaksson, am 28. Mai 1949)

zwei weitere Kinder aus dieser Ehe:

Knut Steen Wurbs, geb. 8.5.1945 in Kopenhagen

Ruth Wurbs, geb. 27.7.1948 in Kopenhagen

Rechtsstreit Hitler./Wurbs (1932) mit weitreichenden Folgen

Im Frühjahr/Sommer 1932 kommt es in Kiel zu einem spektakulären Rechtsstreit: „Hitler./ Wurbs“. Hitler und die NSDAP hatten beim Amtsgericht gegen Kurt Wurbs als Chefredakteur der VZ den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragt. Am 4. April 1932 meldet die VZ, Wurbs solle danach nicht mehr behaupten dürfen, dass „Hitlers Banden“ putschen wollten und den bewaffneten Bürgerkrieg vorbereiteten. Wurbs wird in diesem Verfahren durch den prominenten Kommunalpolitiker, stellvertretenden Vorsitzenden der Kieler jüdischen Gemeinde und Rechtsanwalt Wilhelm Spiegel vertreten. Was war der Hintergrund dieses Verfahrens?

Es war die unruhige Zeit der Endphase der Weimarer Republik. Die NSDAP war im Aufwind und zunehmend siegesgewiss – und zunehmend gab es gewalttätige, überwiegend von der SA provozierte Auseinandersetzungen. Am 13. März stand der erste Durchgang der Wahl des Reichspräsidenten an. NSDAP und Hitler als Kandidat rechneten sich gute Chancen aus.

Trotz Bedenken gegen den amtierenden, eher republikскеptischen Reichspräsidenten Hindenburg unterstützen die Parteien der „Weimarer Koalition“ (Sozialdemokraten, Liberale und katholisches Zentrum) Hindenburgs Wiederwahl – wie man meinte, die einzige Möglichkeit, die Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten zu verhindern.

„Hitler gehört vor den Staatsanwalt. Die SA sollte marschieren!
Aufmarschpläne, Waffen, Bürgerkriegsanweisungen entdeckt.
Heute Polizeiaktion in ganz Preußen“

Die SA sollte marschieren!

Guten Beiträge über den Hohenzeilerberg. An der Straße standen die älteren, schlangenscheue Leute, die den Hohenzeilerberg nicht wollten. Die jüngeren, die das hohe Rodenbach betreten, die sahen die Leute drehte sich um und beschämte den einen Jungbannermann. Diesen Ramestad forderte nun mit den Worten: „Ich man meier, der ist ja noch betrunken, zum Weltergehen auf die Hohenzeiler, die sich betrunken stellen, es aber eigentlich nicht waren, versuchen nun ein Gespräch anzuknüpfen. Als der Wortwechsel politischen Charakter erhielt, geriet einer der Hohenzeiler, ein junger Mann, ein junger Bannermann an Kopf und Gesicht. Die anderen schlugen nun ebenfalls auf die Feinerein und schwächeren jungen Menschen ein, bis dem einen schließlich Mutig schlugen man. Der dritte konnte nicht mehr weiter, er schrie laut und verlangte, hier entlassen, ich jedoch.

Am Dienstag gegen 21 Uhr gingen zwei Jungbannerleute in Begleitung von Mädchen von der

Ein Brief an die „Kieler Zeitung“, der sie nicht erreichte
Unerhörte Verleumdungen gegen die Brecker Reichsbannerkameraden

Schröder, der einen Spazierstod für ein Gewehr ansehe, ohne dass, von der Polizei überholt wurde, ohne das Irrenden zu gestehen wurde. Er bietet sich auch nicht 40 bis 50, sondern 100 Mann aus Kadette an, um die Stadt zu besetzen, eine Mahnung, für deren Notwendigkeit er keine besseren Gründe anführen braucht, nachdem er zeigt, daß die Nationalitätallien überall bereit liegen, um nach dem Siege Sillers über die Arbeiterkass und deren Einrichtungen herzu fallen. Ebenso ist es mit dem Gewehr, von dem Schröder selbst. Das Gewehr ist zwar heilig, nimmt, aber es war, wie uns die Polizei mit theilt, unbrauchbar.

Die Kinder sind nicht so fern, doch die Gesells. Verpfl. die Grüns des Nitterdampfes man seinen Geist. Auch in jeder Verpfl. man die Grüns des Nitterdampfes man seinen Geist. Also, die Fenster einzuhalten. Auch hier hat Schreiber die Wägen wieder einmal laufen lassen, und hat die Grüns des Nitterdampfes man seinen Geist. Hatten mehrere Gesellen den Gesellen Hörens, der bannern belästigt wird, nach Hause geschickt. Die Grüns des Nitterdampfes man seinen Geist. Zusammen, die unsere Gesellen nach dem Gewerkschaftsverein verließen, ohne daß es irgend eine Verpfl. der Grüns des Nitterdampfes man seinen Geist. Der Verpfl. der Grüns des Nitterdampfes man seinen Geist. Ihn, ist aber getrieben worden. Erstem harbo- es sich nicht um eine Verpfl. der Grüns des Nitterdampfes man seinen Geist. Brande gar nichts anzuwenden, als man die Rame- deren drückte, also kann es auch das Zittern der Rame- rader bei der Feilsch machen, doch lie sie mit der vermeintlichen Brandstiftung nicht zu tun sein.

14

Am nachfolgenden Tag, dem 18. März, greift die VZ das Thema erneut auf, in großer Aufmachung auf der Titelseite mit folgenden Schlagzeilen:

Quelle: Stadtarchiv Kiel

Erneut referiert die VZ die verschiedenen Waffenfunde, Marschbefehle und sonstigen Anweisungen und berichtet weiter: Bei der Durchsuchung der NSDAP-Geschäftsstelle in Berlin seien Alarmbefehle gefunden worden, nach denen am Tag des ersten Wahlgangs eine „Zernierung“ bzw. „Einschließung“ Groß-Berlins durch Berliner SA-Trupps und von außerhalb aus der Provinz zugeführte SA-Truppen erfolgen sollte.

Ein bereits vom Februar datierendes Rundschreiben aus der NSDAP-Zentrale in München habe die entscheidende Richtlinie vorgegeben: Alle ergangenen Anordnungen, „Kriegs- und Alarmvorschriften“ sollten in Kraft treten, wenn das ausgegebene „Stichwort“ mitgeteilt werde.

Das letzte Stichwort habe geheißen:

„Großmutter gestorben Max“.

Man wird dies so zu verstehen haben, dass Hitler gewillt war, im Fall seiner Wahl seinen Machtanspruch unverzüglich und mit allen Mitteln durchzusetzen und mit der „Einschließung“ Groß-Berlins jeglichen Widerstand hiergegen gewaltsam zu unterdrücken. Die Berichterstattung der VZ vom 17. und 18. März war eine Herausforderung, die die NSDAP und Hitler selbst kaum unbeantwortet lassen konnten. Die Antwort kam „überraschend“ ca. zwei Wochen später. Am 4. April – eine knappe Woche vor dem zweiten Durchgang der Reichspräsidentenwahl am 10. April – berichtet die VZ:

<p>amten direkt Der ghe fohle, das fohle, sates oif- dese- an Der 10 n die auf Eine er- hort legt aben nler- Die alen die ber m s- den ärft. schen der man schen ist nur des abar ere- ben. en- des et- elen sien</p>	<h1 style="text-align: center;">Hitler gegen die „B.-Z.“</h1> <h2 style="text-align: center;">Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragt Genosse Wurbs soll nicht mehr behaupten dürfen, daß Hitlers Banden putschisch wollen</h2> <p>Am Sonnabend erlebten wir eine köstliche Überraschung: Das Kieler Amtsgericht übermittelte uns eine Ladung zu einem Termin am 6. April, weil Hitler durch Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragt hat, dem Hauptschriftleiter Wurbs der „B.-Z.“ zu verbieten, weiter öffentlich zu behaupten, daß Hitler den Bürgerkrieg vorbereite, Putschanweisung gegeben und die Nazis bereit gewesen seien, Waffen und Lebensmittel zu requirieren, öffentliche Gebäude zu besetzen und dabei die Kassen nicht zu vergessen.</p> <p>Die „B.-Z.“ hatte ähnliches geschrieben, nachdem am 18. März das Ergebnis der Hausdurchsuchungen in Preußen bekannt geworden war.</p> <p>Man erinnert sich des Stichworts für das Loschlagen: „Großmutter ist tot, Max“.</p> <p>Hitler will die Großmutter anscheinend wieder lebendig machen. Er will gewisse Dinge der schnellen Vergessenheit wieder entreißen, was uns außerordentlich lieb und angenehm ist.</p> <p>Wir sind bereit, unter Beweis zu stellen, daß Hitler selber behauptet hat, daß nichts in seiner Partei ohne und gegen seinen Willen geschieht.</p> <p>Wir sind bereit, weiter zu beweisen, daß die Nazis in vielen Gegenden Deutschlands putschisch wollten – ob die Kieler Nazifänglinge das gewußt oder nicht gewußt haben, interessiert uns herzlich wenig –, und daß die Ergebnisse der preussischen Hausdurchsuchungen genau so eindeutig für die Putschpläne der Nazis sprechen, wie die heutigen der amtlich-schwarzen Pressestelle.</p> <p>Wenn ohne Hitlers Willen und Kenntnis nichts in seiner Partei geschieht, die Nazisbanden aber Putschpläne fertig haben und losziehen wollen –, dann ist die Anweisung zum Putsch Hitlers Anweisung.</p> <p>So daß also der kommende Termin ergeben muß: Entweder weiß Hitler gar nicht, was mit und in seiner Partei überhaupt los ist, oder er klunfert.</p> <p>Auf jeden Fall wollen wir Klarheit. Wir werden uns deshalb mit irgendeiner eidesstattlichen Erklärung nicht zufrieden geben, sondern die persönliche Ladung Adolf Hitlers beantragen.</p> <p>Wir sind doch neugierig, ob der Mann die Stirn hat, angesichts des vorliegenden Materials, erneut seine Legatität zu beschwören.</p> <p>Armer Adolf!</p>	<p>Mit an Reich Der Stahl ob er Mitgl Stahl halten rung bis Wit lpre Sta Niel au Zu Di Hi mittla Webei Cima folgte hof, w Das sehung Ab 14 Er tritt Er ju „Tu maß wie er g</p>
--	--	---

Der Ton dieses Artikels scheint selbstsicher und siegesbewusst: „Am Sonnabend erlebten wir eine köstliche Überraschung: Das Kieler Amtsgericht übermittelte uns eine Ladung zu einem Termin am 5. April, weil Hitler durch Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragt hat, dem Hauptschriftleiter Wurbs der VZ zu verbieten, weiter öffentlich zu behaupten, daß Hitler den Bürgerkrieg vorbereitet, Putschanweisungen gegeben und die Nazis bereit gewesen seien, Waffen und Lebensmittel zu requirieren, öffentliche Gebäude zu besetzen und dabei die Kassen nicht zu vergessen. [...]

Wir sind bereit zu beweisen, daß Hitler selbst behauptet hat, daß nichts in der Partei ohne und gegen seinen Willen geschieht. Wir sind bereit zu beweisen, daß die Nazis in vielen Gegenden Deutschlands putschen wollten [...]. Auf jeden Fall wollen wir Klarheit. Wir werden uns deshalb mit irgendeiner eidesstattlichen Erklärung nicht zufrieden geben, sondern die persönliche Ladung Hitlers beantragen. Wir sind doch neugierig, ob der Mann die Stirn hat, erneut seine Legalität zu beschwören. Armer Adolf!“

Hitler und die NSDAP beließen es nicht bei der einstweiligen Verfügung. Zu groß war ihre Empörung, dass ein Journalist der sozialdemokratischen Presse es gewagt hatte, ihre pseudolegale Strategie der Machteroberung in Frage zu stellen und ihr tatsächliches gewalttätiges und putschartiges Vorgehen anzuprangern. Kurt Wurbs war zum Feindbild nicht nur der Kieler NSDAP und SA geworden. Joseph Goebbels schrieb 1932 mit Blick auf Wurbs und andere sozialdemokratische Redakteure in sein Tagebuch: „Am besten wäre es ja, man ließe eine solche Schreiberkreatur von einem SA-Trupp aus der Redaktion herausholen und auf der Straße öffentlich verprügeln.“⁴

Soweit kam es zunächst nicht. Stattdessen ging die juristische Auseinandersetzung im Hauptsacheverfahren vor dem Kieler Landgericht weiter. Mit Wilhelm Spiegel hatte Kurt Wurbs einen Rechtsvertreter, der über große politische und juristische Erfahrung und forensische Fähigkeiten verfügte und der tatsächlich die persönliche Ladung Hitlers beantragte. Aber zur Hauptverhandlung Mitte Juli 1932 erschien nicht Hitler, sondern SA-Chef Röhm. Mit einem fulminanten Auftritt gelang es ihm, die Richter des Kieler Landgerichts von den (scheinbar) legalen Absichten der NSDAP und Hitlers zu überzeugen. Wir wissen nicht, welchen politischen Anschauungen diese Kieler Richter in der zerrissenen Zeit am Ende der Weimarer Republik zuneigten. Oder haben auch sie sich bereits einschüchtern lassen von der brutalen Gewalt der Nazis?

Wenn Wurbs zur Hassfigur der Nazis geworden war, dann galt dies erst recht für seinen Rechtsvertreter Wilhelm Spiegel: Sozialdemokrat und damit Vertreter des verhassten Weimarer „Systems“, Advokat und Jude!



Aufmacher des NS-Wochenblattes „Der Volkskampf“, 16. Juli 1932

Die von der VZ geschilderten Hausdurchsuchungen vom 17. März 1932 und die aufgedeckten Machenschaften von NSDAP und SA hatten zur Folge, dass SA und SS auf Veranlassung der Reichsregierung (Kabinett Brüning) durch Notverordnung des Reichspräsidenten am 13. April verboten wurden. Dies führte zu einer deutlichen Abnahme gewaltsamer politischer Auseinandersetzungen und zur Beruhigung der Lage.

Als die seit Ende Mai 1932 amtierende rechtsgerichtete Regierung von v. Papen dieses Verbot – zusammen mit dem Uniformverbot – aufhob, schnellte die Zahl gewalttätiger Zusammenstöße erneut in die Höhe, so auch in Schleswig-Holstein, u.a. am 10. Juli mit dem Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Eckernförde, bei dem zwei Landarbeiter ermordet wurden, und am 17. Juli mit dem „Altonaer Blutsonntag“. Das angebliche Versagen der preußischen Landesregierung nahm die Regierung v. Papen zum Vorwand für ihren „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932, die Absetzung der preußischen Landesregierung und die Einsetzung eines Reichskommissars.⁵

Wilhelm Spiegel wird in der Nacht vor der Kommunalwahl vom 12. März 1933 an der Haustür seines eigenen Hauses von einem SA-Kommando ermordet. Es folgen die Besetzung des Rathauses und die Verhaftung führender Kieler Sozialdemokraten. Ein Teil des SPD-Vorstandes Schleswig-Holsteins mit dem Vorsitzenden Willy Verdieck und dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und Vorsitzenden des Reichsbanners Richard Hansen geht in den Untergrund. Willy Verdieck wird am 15. Mai 1933 in Flensburg verhaftet; Richard Hansen kann durch glücklichen Zufall entkommen. Am nächsten Tag gelingt ihm die Flucht nach Dänemark. Der Vorstand der dänischen Sozialdemokratie (inkl. Gewerkschaften) überträgt ihm die faktische Leitung des Matteotti-(Hilfs-)Komitees, der SoPaDe-Vorstand in Prag (Exil-SPD) die Leitung des „Grenzsekretariats Nord“ der SoPaDe. In dieser Funktion initiiert und organisiert er den „sozialdemokratischen Grenzschnuggel“.

Auch Wurbs, der mit dem endgültigen Verbot des Erscheinens der *Volkszeitung* Ende Februar 1933 seine wirtschaftliche Existenz verliert, muss darüber hinaus mit Verfolgung und Verhaftung rechnen. Karl Rickers, damals Redakteur und nach 1945 Chefredakteur der *Volkszeitung*, hat in seinen „Erinnerungen eines Kieler Journalisten“ folgendes berichtet:

„In diesen Tagen [i.e. unmittelbar nach dem Reichstagsbrand und dem endgültigen Verbot des Erscheinens der VZ] unterhielt ich mich in den Redaktionsräumen mit Kurt Wurbs über den Stand der Dinge. Ihm in erster Linie drohte Gefahr, mehr als mit dem Verbot verbunden gewesen wäre. Er hatte deshalb vorsorglich einen Reisepass im Rathaus beantragt. Der wurde ihm verweigert, und nun erzählte er mir, er habe sich mit dem Hinweis darauf beschwert, er habe doch Anspruch auf seinen Pass. ‚Sie haben in Deutschland nur noch das Recht zu sterben‘, habe man ihm erwidert. Wurbs ging dann illegal über die Grenze, nach Dänemark.“⁶

Noch zögerte Wurbs, den endgültigen Schritt einer Flucht ins Ausland zu vollziehen. Hatte er Skrupel, seine umfangreiche Familie im Stich zu lassen? Näheres über die konkreten Umstände seines Verbleibs in der Zeit März/April 1933 ist nicht bekannt. Im Mai 1933 muss er jedoch nach erfolgter Festnahme mehrere Wochen im Kieler Polizeigewahrsam verbrin-



Quelle: Stadtbuch Kiel, Foto: Mathias Froedemann

Wilhelm Spiegel (Gemälde im Rathaus Kiel von Niels Brodersen, posthum, 1953)



Quelle: Haderslev Byhistoriske Arkiv

Uffe Andersen (hier mit seiner Frau Frieda) engagierte sich als Vorsitzender der dänischen sozialdemokratischen Arbeiterjugend (DsU) in Sønderjylland im Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus. Er diente u.a. als Kurier im „sozialdemokratischen Grenzschnuggel“. Nach Kurt Wurbs' Flucht sorgte er für seine Unterkunft in Hadersleben.

gen. Auf Grund konkreter Warnung, dass seine erneute Verhaftung unmittelbar bevorstehe, flieht er nun im Juni 1933 nach Dänemark. Die erste Zeit bis Ende 1933 verbringt er relativ grenznah in Hadersleben; für seine Unterkunft sorgt der auch im Rahmen des „sozialdemokratischen Grenzschnuggels“ sehr aktive Uffe Andersen, Vorsitzender der dänischen Jungsozialisten (Danmarks socialdemokratisk Ungdom, DsU) von Sønderjylland/Nordschleswig. Wie für die meisten Sozialdemokraten im dänischen Exil wird Kopenhagen sein ständiger Aufenthaltsort.

Nach einer dänischen Quelle hatte Wurbs allerdings bereits Ende April 1933 zusammen mit Willy Verdieck und Richard Hansen bei einem kurzen Besuch in Dänemark erste Kontakte zu Uffe Andersen knüpfen können. Dort heißt es: „Gegen Ende April wurde er [U. Andersen] von Hans Hedtoft aufgefordert, sich mit drei bekannten deutschen Genossen, Kurt Wurbs, damals Chefredakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Kiel, Werdich [Verdieck] und Richard Hansen, der später der

faktische Leiter der sozialdemokratischen Flüchtlingshilfe in Dänemark wurde, im Zug in Vojens [Bahnhof im nördlichen Sønderjylland, nahe Hadersleben] zu treffen. Er begleitete sie nach Kiel, wo Absprachen über künftige Aktivitäten getroffen wurden.“⁷

Es ist naheliegend, dass an diesem Treffen im Zug in Vojens auch Aage Lassen aus Padborg teilgenommen hat, der die Strecke Vojens – Padborg regelmäßig als Lokführer bzw. Heizer befuhr. Es ist unwahrscheinlich, dass Wurbs, Verdick und Hansen, die sich bereits im „Untergrund“ befanden und jederzeit mit ihrer Verhaftung rechnen mussten, gemeinsam mit U. Andersen legal mit dem Zug die Grenze passiert haben. Anders als Andersen, der als dänischer Staatsbürger mit gültigem Pass frei reisen konnte, dürften sie illegal über die „grüne Grenze“ nach Deutschland zurückgekehrt sein, möglicherweise mit Hilfe von Lassen als Schleuser.

Quelle: Riksarkiv København



Aage Lassen, Polizeifoto der Gestapo Flensburg vom 8. April 1940. Der Lokomotivführer Aage Lassen war im Rahmen des „sozialdemokratischen Grenzschnuggels“ der wichtigste Kontaktmann unmittelbar an der Grenze in Padborg. Er sorgte für den Materialtransport über die Grenze und half Verfolgten bei „illegalen“ Grenzübertritten.

Familiäre Situation

Mit seiner Flucht hatte Wurbs seine Familie in Kiel zurücklassen müssen, mittellos und der Willkür des NS-Regimes ausgeliefert. Näheres ist insbesondere über die drei ältesten Söhne bekannt, u. a. aus späteren Entschädigungsverfahren. Nach dem Anfang der 1950er-Jahre verabschiedeten Bundesentschädigungsgesetzes hatten Opfer der NS-Verfolgung und/oder ihre Hinterbliebenen Anspruch auf Entschädigung für erlittene Schäden an Leib und Leben, Vermögen und Einkommen, insbesondere auch im beruflichen Bereich. Die Umstände der Verfolgung und Aktivitäten, die

dazu geführt hatten, sowie wirtschaftliche und berufliche Belange mussten im Detail glaubhaft gemacht werden. Bei gesundheitlichen Schäden, insbesondere bei psychischen (traumatischen) Beeinträchtigungen bedurfte es oft umfangreicher medizinischer Begutachtungen. Die Entschädigungsakten sind daher, kritisch interpretiert, wichtige Quellen zu Widerstand und Verfolgung im NS-Staat.

Siegfried Wurbs: Nach dem Besuch des Kieler Realgymnasiums (jetziges Humboldt-Gymnasium) beabsichtigte er, Medizin zu studieren. Angesichts der Größe der zu versorgenden Familie war die Finanzierung durch den Vater schwierig. Siegfried verpflichtete sich daher, Marinearzt zu werden. Die Marine übernahm die Finanzierung und sicherte die spätere Anstellung zu. Er musste dafür zwei Bürgen stellen. Kurt Wurbs hatte dafür Otto Braun, bis zum „Preußenschlag“ vom 30. Juli 1932 Preußischer Ministerpräsident, und den renommierten Kieler Soziologen Prof. Ferdinand Tönnies gewonnen.

1933 widerrief die Marine ihre Zusage, wegen der „politischen Unzuverlässigkeit“ des Vaters und seiner eigenen „sozialdemokratischen Betätigung“. Siegfried war in der sozialistischen Arbeiterjugend groß geworden, frühzeitig der SPD beigetreten und als Reichsbanner- bzw. Jungbannermann in der „Eisernen Front“ aktiv. Zudem war er Zweiter Vorsitzender des „Sozialistischen Schülerbundes“ gewesen. Er hat später eine Lehre bei einer Holzgroßhandlung begonnen, die dann ebenfalls abgebrochen wurde. Er konnte sie dann bei einer anderen Holzhandlung fortsetzen.

Nach dem Krieg war Siegfried Wurbs bei der *Volkszeitung* (VZ) tätig, u.a. als „Verlagsleiter“, zuständig für Werbung und Vertrieb sowie den VZ-Reisedienst. Im Zuge der Neukonstituierung der SPD übernahm er politische Verantwortung, u.a. (wie auch sein Bruder Günter) als „Distriktsvorsitzender“ – die seinerzeitigen „Distrikte“ entsprachen in etwa den heutigen Ortsvereinen – und als Mitglied der Kieler Ratsversammlung mit dem Schwerpunkt Kulturpolitik.

Günter Wurbs: Günter beabsichtigte, nach der „mittleren Reife“ an einer Kieler Oberrealschule sich zum Forstbediensteten ausbilden zu lassen, und hatte hierfür bereits eine Zusage der Preußischen Forstverwaltung verbunden mit einer (weitgehenden) Kostenübernahme erhalten, die dann 1933 aus ähnlichen Gründen wie im Fall Siegfried Wurbs widerrufen wurde. Als er dann stattdessen den Schulbesuch fortsetzen wollte, um nach Erlangen der Hochschulreife Chemie zu studieren, wurde er zum Verlassen der Schule gezwungen, unter Hinweis auf seine „politische Unzuverlässigkeit“.

Tatsächlich war er in ähnlicher Weise wie sein älterer Bruder politisch aktiv gewesen, in der Arbeiterjugendbewegung, in der „Eisernen Front“

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20					
Name: (bei Frauen auch Geburtsname)										IS		Wohnung: (Zeit d. Eintragung eintragen)					Personalnotiz:							
W u r b s												z. Zt. Dänemark												
Vorname:																	Bildvermerk:							
Kurt																								
Geburtsort u. -ort:																	Finger-Abdruckkarte:							
10.9.91 Breslau																								
Beruf:																	Schulproben:							
früher Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung																								
Familienband:																								
nischen Volkszeitung																								
Staatsangehörigkeit:																								
Name:																								
Kurt P a u l																								
Politische Einstellung:																	Staatspolizeiakte							
Glaubensbekenntnis:																	Gefährlichkeitszeichen							
Datum der Auftragung										S a c h v e r h a l t														
26.7.37.										Nach einem vertraulichen Bericht der Stapo Kiel soll W. noch Verbindungen mit Deutschen Marineoffizieren haben. Er ernährt sich in Dänemark als Kunstmaler, ebenfalls sein Sohn. Politisch soll er ziemlich kaltgestellt sein, da zwischen ihm und H a n s e i n gespanntes Verhältnis besteht. Ein Sohn arbeitet als Drogist bei Nuk. Dieser scheut sich vor der										Gef. Nr. 17.				

Datum der Auftragung	S a c h v e r h a l t	Staatspolizeiakte Gefährlichkeitszeichen
28.5.38	aktiven Dienstzeit und er soll durch Vermittlung des Vaters im Herbst in ein Laboratorium bei der Marine eingezogen werden. (11.A.2.3502/37 g.) Nach einer vertraulichen Meldung der Stapo K i e l soll sich W u r b s unter dem Namen Kurt P a u l sehr oft in Hadersleben/Dänemark aufhalten.	II A 2 - Beweg. Akte Dänemark N1

Quelle: Riksarkiv København

Karteikarten der Gestapo mit Eintragungen vom 26. Juli 1937 und vom 28. Mai 1938, und zwar mit (zutreffenden) Informationen zur Betätigung von Kurt Wurbs und von seinem Sohn Werner als Kunstmaler, ferner zu dem „angespannten“ Verhältnis zu Richard Hansen.

Auch die Angabe, dass „ein Sohn“ (i.e. Günter Wurbs“) als Drogist arbeite, erweist sich als zutreffend. Dass der antinazistisch eingestellte Günter „den Wehrdienst gescheut“ hat, ist nahe-liegend.

Wenn Günter „durch Vermittlung seines Vaters im Herbst in ein Laboratorium der Marine eingezogen werden“ solle, so dürfte dies als indirekter Hinweis auf Kurt Wurbs' Verbindungen zu oppositionell eingestellten Marineoffizieren in Kiel zu werten sein.

und als Schriftführer des „Sozialistischen Schülerbundes“. Auch er konnte dann später eine Lehre machen.

In einem späteren Schreiben im Rahmen eines Entschädigungsverfahrens hat er 1958 in diesem Zusammenhang ausgeführt: „Ich wurde Lehrling bei dem Drogisten Karl Schütt, Kiel. Mein Bruder und ich als die ältesten von sieben Geschwistern gaben jeden Pfennig zu Hause ab, um die ärgste Not abzuwenden. So z.B. beabsichtigte ich, im zweiten Lehrjahr die Lehrzeit zu unterbrechen, da meiner Mutter wieder mal die Unterstützung gekürzt wurde. Der Lehrherr Schütt aber zahlte mir den Verlust meiner Mutter zum Lehrlingsgehalt.“⁸

Anschließend fand Günter bei der Fa. Hagenuk eine Stelle als Laborant. Wie auch Siegfried blieb er vom Militärdienst nicht verschont. Offensichtlich ebenfalls kulturell stark interessiert und engagiert, war er später als Verwaltungsleiter der renommierten Kieler Muthesius-Werkkunstschule tätig (so lt. dem o.g. Schreiben von 1958 an das Landesentschädigungsamt).

Werner Wurbs: Werner war im Frühjahr/Sommer 1933 14 Jahre alt; sein 15. Lebensjahr vollendete er im Juli 1933. Wie zuvor sein ältester Bruder Siegfried besuchte er das Kieler Realgymnasium. Wegen seines familiären und politischen Hintergrunds war er erheblichem Druck ausgesetzt. Schließlich drohte man mit seiner zwangsweisen „Schrägversetzung“ auf eine „Nationalpolitische Erziehungsanstalt“ (Napola).⁹ Ziel war offensichtlich, den Druck auf die gesamte Familie Wurbs weiter zu erhöhen, insbesondere auf den emigrierten Kurt Wurbs.

Anneliese Raabke aus Kiel, die 1935 ihrem bereits 1933 emigrierten Ehemann Walter Raabke in das sozialdemokratische Exil in Dänemark gefolgt war und dort zum engeren Umkreis von Richard Hansen gehörte, hat in einem Interview zu ihren politischen Lebenserinnerungen Mitte der 1980er-Jahre¹⁰ sozusagen „off the record“ folgendes berichtet: In dem Kreis um Richard Hansen habe man sich große Sorgen um Kurt Wurbs machen müssen. Dieser habe die Trennung von seiner unter massiven Drohungen und Druck stehenden Familie nicht verkraftet, sich große Sorgen gemacht und sei wiederholt heimlich über die Grenze nach Kiel gefahren. Weil dies aus Sicherheitsgründen nicht zu verantworten gewesen sei, habe man es schließlich für zweckmäßig gehalten, seinen Sohn Werner nach Dänemark zu holen. Aus anderer Quelle ist bekannt, dass eine Schwester des aus Flensburg stammenden Hans E. Hansen, der im dänischen Exil einer der engsten Mitarbeiter Richard Hansens war, als Schleuserin beim illegalen Grenzübertritt behilflich war.¹¹

SIGNALEMENT BESCHREIBUNG — DESCRIPTION — DESCRIPTION		 
Vækst Gestalt Stature	172 cm.	
Haar Håare Cheveux Hair	unpriket brunt.	
Øjne Augen Yeux Eyes	graa-blaa.	
Ansigt Gesicht Visage Face Form	oval	
Næse Nase Nas Nose	Lige	Indehaverens Underskrift Unterschrift des Passinhabers. Signature du porteur. Signature of bearer. 
Særlige Kendetegn Besondere Kennzeichen Signes particuliers Particularities	ingen.	
		
Det bevidnes, at Indehaveren er identisk med den Person, Fotografiet forestiller, og egenhændigt har underskrevet Passet under Fotografiet. Es wird hierdurch bescheinigt, dass der Passinhaber tatsächlich die durch die Photographie dargestellte Person ist und die Unterschrift unter der Photographie eigenhändig vollzogen hat. Il est certifié que la photographie représente bien le titulaire et que celui-ci a lui-même apposé sa signature au bas de la photographie. This is to certify that the bearer of this passport is identical with the person represented in the photograph and that he has himself signed the passport below the photograph.		
Københavns Politie Paskontor den 27. December 1947. Politimesteren Der Chef des Polizeiamtes Le Chef de Police The Chief of Police  Algt. Kr. 3. Betalt		

Indehaveren af nærværende Fremmedpas er ikke i Besiddelse af dansk Statsborgerskab.

Der Inhaber dieses Fremdenpasses ist nicht im Besitze der dänischen Staatsangehörigkeit.

Le porteur du présent passeport d'étranger n'est pas citoyen danois.

The bearer of this alien's passport is not a Danish subject.

Denne Pas gælder ikke for Tilbagerejse til Danmark, medmindre særlig Tilladelse er bevilget af Rigspolitichefen.

Dieser Pass gilt nicht für Rückreise nach Dänemark, es sei denn dass besondere Erlaubnis vom Chef der Reichspolizei gegeben ist.

Ce passeport n'est pas valable pour retour au Danemark sans permission spéciale obtenue par le Chef de la Police d'Etat au Danemark.

This passport is not valid for re-entering Denmark without special permission from the Chief of Police in Denmark.

Indehaveren af Fremmedpasset er til enhver Tid undergivet Lovgivningens almindelige Regler om Udlændinges Adgang til at tage Ophold og Arbejde i Danmark eller til at forblive her i Trangstilfælde.

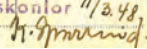
Der Inhaber des Fremdenpasses ist zu jeder Zeit den allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes unterworfen betreffend die Genehmigung für Ausländer in Dänemark Aufenthalt und Arbeit zu nehmen oder im Notfall hier zu verbleiben.

Le porteur du passeport d'étranger est en tout temps soumis aux règles générales de la législation concernant l'admission des étrangers à prendre séjour et à travailler au Danemark ou à y rester en de nécessité.

The bearer of this passport is at all times subject to the ordinary provisions of the law concerning the right of aliens to reside and work in Denmark or to remain here in case of necessity.

Familienavn Familienname Nom de famille Surname	Wirkles
Fornavn Vorname Prénoms Christian names	Werner
Fødselsaar og -dag Geburtsjahr und -tag Date de naissance Date of birth	1918. - 25. juli.
Fødested Geburtsort Lieu de naissance Place of birth	Breslau
Nationalitet (nuværende ell. tidligere) Nationalität (jetzt og tidligere) Nationalité (actuelle ou antérieure) Nationality (present or former)	Statsløs.
Stilling Beruf Profession Occupation	Kunstsmager.
Bopæl Wohnort Domicile Address	Brønnevej 11.

BØRN — KINDER — ENFANTS — CHILDREN

Navn Name - Nom - Name	Køn Geslecht - Sexe - Sex	Ålder Alter - Age - Age
Bror Per Withe	svung	21/5.1944 i Stockholm.
Pastport Dag. Data. Københavns Politie Paskontor 11/2.48 		



Quelle: Privatbesitz

Werner Wurbs

Werner hatte offensichtlich großes künstlerisches Interesse und Talent. Vorübergehend konnte er in Kopenhagen eine (Kunst-)Malerschule besuchen, bildete sich anscheinend auch autodidaktisch fort, fertigte Zeichnungen für verschiedene Zeitungen und Ausstellungen. 1939 erreichte er die Aufnahme in die Kopenhagener Kunstakademie; der Besuch scheiterte jedoch an mangelnden Mitteln. Das künstlerische Engagement von Vater (Kurt) und Sohn (Werner) im dänischen Exil war selbst der Gestapo nicht verborgen geblieben.

Auf einer Karteikarte der Gestapo ist unter dem Datum des 26. Juli 1937 vermerkt: „Nach einem vertraulichen Bericht der Stapo Kiel soll (Kurt) W. noch Verbindung mit deutschen Marineoffizieren haben. Er ernährt sich in Dänemark als Kunstmaler, ebenfalls sein Sohn. [Hervorhebung durch

Verf.] Politisch soll er ziemlich kalt gestellt sein, da zwischen ihm und Hansen ein gespanntes Verhältnis besteht.“¹²

Werner engagiert sich politisch in der Arbeiterjugendbewegung, Danmarks socialdemokratiske Ungdom (DsU „Jusos“), und erreicht rasch eine Vertrauensposition. 1936 unternimmt er eine Reise nach Paris und vertritt dort die dänischen Jusos. Nach der deutschen Besetzung Dänemarks kann er zunächst „unterm Radar“ bleiben, muss jedoch im Herbst 1943 mit seiner damals schwangeren „Verlobten“ nach Schweden flüchten, um nach Kriegsende und Befreiung nach Dänemark zurückzukehren. (Die beiden haben drei Kinder, von denen zwei den Namen ihrer Mutter, Schiøler, annehmen bzw. behalten.) Er ist weiter in der Arbeiterjugend aktiv und reist 1948 im DsU-Auftrag nach Schweden, um politische Aktivitäten und Fortbildungskurse abzusprechen. Er arbeitet journalistisch für die Zeitung *Social-Demokraten* bzw. *Aktuelt*¹³ sowie eigenverantwortlich für die Zeitschrift *Falken* (Der Falke) der (sozialdemokratischen) Kinderfreundebewegung (DUI).

Seine eigentliche Berufung findet Werner Wurbs als „Højskole“-Lehrer in Roskilde, und er ist intensiv künstlerisch tätig (siehe Folgeseiten). Er verstirbt relativ früh 1970.

Auch Kurt Wurbs jüngerem Kindern aus seiner ersten Ehe, über die nur bruchstückhafte Informationen vorliegen, bleibt nach der Flucht ihres



Alter Fischer. Alter Fischer von der Insel Jegindø im Limfjord – Gemälde von Werner Wurbs aus den 1950er-Jahren. Werner Wurbs besaß dort ein Ferienhaus. Auch Kurt Wurbs hatte die Insel in den 1930er- und 1940er-Jahren häufiger aufgesucht. Viele seiner in dieser Zeit gemalten Bilder dürften dort entstanden sein (Privatbesitz)



Frauenportrait. Gemälde von Werner Wurbs, 1950er-Jahre, in Privatbesitz



Werner Wurbs mit altem Fischer auf Jegindø, 1950er-Jahre

Vaters auf Grund der politischen und wirtschaftlich-sozialen Umstände eine höhere Schul- und Berufsausbildung verwehrt. Kurt (jun.) und Gerhard Wurbs werden während des Krieges zum Wehrdienst einberufen und kommen so, kaum 20 Jahre alt, ums Leben.

Kurt Wurbs' nach seiner Flucht in Kiel verbliebene Familie muss hart ums Überleben ringen. Nur mit Mühe gelingt es ihnen, die schöne große Wohnung in der Düppelstraße 73 zu halten. Immerhin beherbergt sie, nachdem auch der drittälteste Sohn Werner über die Grenze nach Dänemark geschleust war, noch immer einen Sieben-Personen-Haushalt. Da ist an eine kostenmindernde Untervermietung einzelner Zimmer kaum zu denken. Siegfried als ältestem Sohn fällt so etwas wie die Vaterrolle zu. Die Familie bezieht nur eine kümmerliche öffentliche Wohlfahrtsunterstützung, die offensichtlich wiederholt willkürlich gekürzt wird, um den politischen Druck zu erhöhen. In dieser Notlage bekommt die Mutter, Elise Wurbs, von der Privatklinik Dr. Koreuber im Niemannsweg verschmutzte Babywindeln, die zur Reinigung in einem großen Bottich auf dem Küchenherd gekocht werden, um so das Einkommen ein wenig aufzubessern. Eine stinkende und erniedrigende Angelegenheit.

Datum und nähere Einzelheiten über das Scheitern der Ehe sind nicht bekannt. Es muss und soll hier die Feststellung genügen, dass diese Ehe

wahrscheinlich auf Grund der ungeheuren situationsbedingten Belastungen zerrüttet war. Ausweislich seiner Angaben in späteren Entschädigungsverfahren hat Wurbs zumindest in den 1950er-Jahren seiner ersten Ehefrau noch erhebliche Unterhaltszahlungen geleistet.¹⁴

Zu den weiteren Kindern aus späterer Beziehung / zweiter Ehe (1945 und 1948): Mit Beschluss des Amtsgerichts Bremen vom 8. Dezember 1953 wurde festgestellt (bestätigt), dass auf Grund der vor dem Standesamt Freiburg/Breisgau am 28. Mai 1949 von Kurt Wurbs mit Gertrud Isaksson geschlossenen Ehe folgende Kinder die Rechtsstellung ehelicher Kinder erlangt haben: Knut Steen Wurbs (Isaksson), geb. 8. Mai 1945 zu Kopenhagen, und Ruth Martha Johanna Gertrud Wurbs (Isaksson), geb. 27. Juli 1948 zu Kopenhagen.

Auffällig ist, dass auch bei seinem jüngsten Sohn Knut Steen die in der Familie Wurbs mehrfach nachweisbare künstlerisch-kulturelle Veranlagung besonders ausgeprägt ist. Knut ist ab Mitte der 1960er-Jahre als Student und in sonstiger Funktion an verschiedenen Universitäten/Hochschulen tätig, zunächst in Kiel, später in Bremen (Fächer: Klassische Philologie, Germanistik, Philosophie, Kunst, Kunstgeschichte, visuelle Kommunikation, Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften). Eine Zeit lang ist er „Gast“ an der Kieler Muthesius-Werkkunstschule, der sein (sehr viel älterer!) „Halb“-Bruder Günter Wurbs als Verwaltungsleiter vorsteht. Von 1980 bis 2008 unterrichtet Knut Steen als Lehrer am Hermann-Billing-Gymnasium im niedersächsischen Celle. Nach im Internet auffindbaren Angaben ist er in Celle mindestens seit 2005 jährlich wiederkehrend bis zur durch die „Corona“-Pandemie bedingten Unterbrechung 2020 mit viel beachteten und sorgfältig kuratierten Ausstellungen hervorgetreten. Die Ausstellungen zeigen überwiegend kleinformatige Bilder in oft filigraner Technik. Sie vermitteln den Eindruck beachtlicher künstlerischer Sensibilität und Reflektiertheit (so zumindest der subjektive Eindruck des Verf.).

Die jüngste Tochter Ruth lebt heute als Lehrerin im Ruhestand in der kleinen niedersächsischen Gemeinde Horstedt-Stapel im Landkreis Rotenburg (Wümme). Nach Auskunft ihres Bruders Knut (Steen) malt und zeichnet sie ebenfalls seit ihrer Jugend, und zwar, wie er finde, „außerordentlich gute, am Surrealismus orientierte Bilder“.

Auch in der nachfolgenden (Enkel-)Generation sei – so Knut Wurbs zu mehreren seiner Nichten (i.e. Töchter von Günther, Ingeborg und Ilse Wurbs) – ein ausgeprägtes kulturelles Interesse und malerisches bzw. zeichnerisches Talent erkennbar.

Anneliese Raabkes Hinweis – „off the record“ anlässlich eines Interviews Mitte der 1980er-Jahre –, dass man sich um Kurt Wurbs habe Sorgen machen müssen, weil er nach seiner Flucht die Trennung von seiner

Familie nicht habe verkraften können, findet seine Bestätigung in einem späteren ärztlichen Gutachten. Mitte der 1950er-Jahre hatte Wurbs wegen eines „verfolgungsbedingten Schadens an Körper und Gesundheit“ einen Antrag auf Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz gestellt. Mit Bescheid vom 3. März 1956 anerkannte das Landesentschädigungsamt Bremen einen erlittenen Gesundheitsschaden mit einer MdE (Minderung der Erwerbsfähigkeit) von insgesamt 50 Prozent, und zwar 40 Prozent „verfolgungsbedingt“. In der (offensichtlich glaubhaften) Begründung seines Antrags vom 30. Juni 1955 hatte er ausgeführt:

„Unmittelbar nach meiner Entlassung aus dem Polizeigefängnis in Kiel begab ich mich auf Anraten des seinerzeitigen Polizeipräsidenten Grafen Rantzau in die Emigration. Nach wenigen Monaten machten sich bei mir erhebliche Depressionszustände bemerkbar [...]. Sie äußerten sich in starken nervösen Erscheinungen verbunden mit periodisch wiederkehrenden Weinkrämpfen. Ende des Jahres 1935 machten sich die ersten Magenbeschwerden bemerkbar. Ich begab mich in ärztliche Behandlung, die freilich erfolglos blieb, weil nach Ansicht der Ärzte in Kopenhagen die einzige Heilmöglichkeit in einer Rückkehr nach Deutschland und einer Wiederherstellung einer gesicherten wirtschaftlichen Existenz bestanden hätte. [...]

Nach meiner Rückkehr nach Deutschland versuchte ich, mir eine wirtschaftliche Grundlage erneut zu schaffen. Ich begab mich 1948 nach Freiburg i.Br., um den Versuch zu machen, einer kleinen Redaktion als Chefredakteur vorzustehen. Bis 1933 war ich Chefredakteur nur großer Zeitungen gewesen. Leider stellten sich in verstärktem Maße das nervöse Magenleiden wie auch Magen und Darmgeschwüre und schließlich auch erneut Depressionszustände ein. Die Fortführung meiner Tätigkeit war in Frage gestellt. Ich musste sie schließlich überhaupt aufgeben. [...]

Nach Aufgabe meiner Freiburger Stellung begab ich mich in eine Stellung deren Umfang noch geringfügiger war; ich übernahm die Chefredaktion der Bremer Volkszeitung, eines Wochenblattes. [...] Am Ende war meine Tätigkeit eine Last für mich wie auch für die mir unterstellten Mitarbeiter. Ich gebe nunmehr auch diese Tätigkeit auf, weil ich seelisch und körperlich einfach außerstande bin, den Anforderungen meines Berufes in Zukunft gerecht zu werden.“¹⁵

Der ärztliche Gutachter zog daraus u.a. folgende, vom Entschädigungsamt mit Bescheid vom 3. März 1956 übernommene Konsequenz: „In der Verfolgungszeit wurde beim Untersuchten durch Herauslösen aus seinem Beruf und seinem Lebenskreis ein erhebliches psychisches Trauma gesetzt. Brückensymptome der verschiedenen Leiden sind von 1933 bis jetzt nachweisbar. [...] Psychotherapeutische Behandlung wird für notwendig gehalten. [...] Gesamt-MdE 50 %, verfolgungsbedingt 40%.“¹⁶



Quelle: Rigsarkiv København

Richard Hansen – „Schnappschuss“ eines „V-Mannes“ der Gestapo, der 1937/38 in die unmittelbare Nähe Richard Hansens in Kopenhagen vordringen konnte. An seiner Seite wahrscheinlich Eline Nicolaysen (spätere Geiger), die aus der Flensburger Arbeiterjugend stammend im Exil als Hansens Sekretärin arbeitete.

Das Bild stammt aus Akten der dänischen Justiz, die es nach dem 9. April 1940 von den deutschen Besatzungsbehörden erhalten hat. Ein nahezu identisches Bild – ohne die junge Frau an seiner Seite – findet sich im Bundesarchiv Berlin in einem Gestapovorgang vom März 1939.

II. In Dänemark: als sozialdemokratischer Emigrant im politischen Exil

Distanziertes Verhältnis zu Richard Hansen

Als früherer Chefredakteur der *Volkszeitung* gehört Wurbs in Kopenhagen zu den prominenteren sozialdemokratischen Emigranten im Umkreis von Richard Hansen, zusammen mit u.a. Kurt Heinig, Fritz Tarnow, Karl Raloff, Hans Sievers, Hans Reinowski und dem auch bei den dänischen Genossen hoch angesehenen Philipp Scheidemann, der allerdings alters- und krankheitsbedingt keine aktive Rolle mehr spielen kann. Insbesondere bei offiziellen Anlässen gehört Wurbs auch zu denjenigen aus dem Kreis um Richard Hansen, die Zugang zur Führung der dänischen Sozialdemokratie haben, vor allem zu Hans Hedtoft und Alsing Andersen.

Das Verhältnis zu Richard Hansen selbst scheint eher distanziert gewesen zu sein. Nach der Besetzung Dänemarks erwägt offensichtlich auch Wurbs die Weiterflucht/-emigration nach Schweden. Er sondiert anscheinend bei Karl Erik Jansson, dem Ersten Parteisekretär der schwedischen Sozialdemokratie und Vorsitzenden des schwedischen Flüchtlingskomitees. Dieser wendet sich an Richard Hansen und bittet um Auskunft, der wiederum mit Schreiben vom 28. September 1940 aus Eskilstuna relativ knapp wie folgt antwortet:

„Lieber Genosse Jansson!

In Beantwortung Deines Schreibens [...] kann ich Dir folgendes mitteilen: W. war bei uns in Kiel leitender Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, unseres Parteiorgans. Als solcher stand er natürlich mit im Brennpunkt der ganzen politischen Kämpfe und musste 1933 flüchten. Er war seit dieser Zeit in Dänemark vom M.-K. als politischer Flüchtling anerkannt. [...]

Freundliche Grüße

Richard Hansen.“¹⁷

Jansson hakt noch einmal nach, und Hansen ergänzt nun mit Schreiben vom 2. Oktober 1940: „In Bezugnahme auf das Schreiben vom 1-10-40 betr. Kurt Wurbs, kann ich Dir mitteilen, dass es sich hier nicht um einen Rassefall handelt, da W. kein Jude ist.

In Bezug auf seine jetzige politische Zuverlässigkeit kann ich kein Urteil abgeben, da sich W. in den letzten Jahren in Dänemark vollkommen zurückgehalten hat. Er war Mitglied unserer Gruppe und hat in dieser Beziehung seine Verpflichtungen erfüllt.“¹⁸

AUR 30/9-40

Eskilstuna 28. 9. 40.

Lieber Genosse Jansson!

In Beantwortung Deines Schreibens betr.
Kurt, Paul Peter Wrobs, kann ich dir
folgendes mitteilen: W. war bei uns
in Kiel leitender Redakteur der "Schleswig-
Holsteinischen Volkszeitung", unseres
Parteiorgans. Als solcher stand er natürlich
mit im Kampfpunkt der gegen
politischen Kämpfe und wurde 1933
flüchten. Er war seit dieser Zeit in Däne-
mark vom Ab- u. H. als politischer Flücht-
ling anerkannt.

Ich kann erst heute antworten, da ich
wegen eines Fiebers in der Stube an mich,
Deinen Brief erst heute erhielt. Ich wohne
Smedgegården 25, nicht 15.

Freundliche Grüsse

Richard Hansen

Mit dem
besten
Gruß!

Schreiben von Richard Hansen an den Ersten Parteisekretär und Vorsitzenden des Flüchtlings-
Hilfskomitees der schwedischen Sozialdemokratie, Carl Erik Jansson, Eskilstuna 28.9.1940

Exkurs 1: Richard Hansen (1887 – 1976)

Richard Hansen, am 2. August 1887 in Kiel geboren, trat als ungelernter 19-jähriger Werftarbeiter im Februar 1906 in die Gewerkschaft ein und 1907 in die SPD. Er beteiligte sich aktiv am Aufbau des Transportarbeiterverbandes unter schwierigen Bedingungen auf der Kaiserlichen Werft in Kiel und wurde zum Vertrauensmann gewählt. Nach Ende des Ersten Weltkriegs, in dem er als Frontsanitäter im Einsatz war, wurde er dort von seinen Kollegen in den Kieler Arbeiterrat gewählt. Im März 1920 war er in Kiel an der Niederschlagung des Kapp-Putsches durch die sich formierende Kieler Arbeiterwehr beteiligt. Er gehörte der Verhandlungsdelegation an, die den Abzug der putschenden Brigade Löwenfeld erreichte. An der nachfolgenden Gründung der in Schleswig-Holstein und Hamburg aktiven Schutzformationen „Vereinigung Republik“ war er maßgeblich beteiligt.

1924 gehörte er in Magdeburg zu den Mitbegründern des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, das sich zu einer demokratischen Massenorganisation zur Verteidigung der Republik entwickelte. Hansen übernahm den Vorsitz im „Reichsbannergau“ Schleswig-Holstein.

Ab 1920 war Richard Hansen als SPD-Parteisekretär tätig. 1925 begann er seine politische Betätigung auf kommunalpolitischer Ebene und auf der „Landesebene“ der damals preußischen Provinz Schleswig-Holstein. Hansen wurde in das Kieler Stadtverordneten-Kollegium und in den Provinzial-Landtag Schleswig-Holstein gewählt, und er war Mitglied des Provinzialrats.

Ab 1931 war Richard Hansen stellvertretender Vorsitzender der schleswig-holsteinischen SPD mit Willy Verdieck als erstem Vorsitzenden.¹⁹

Nach der Ermordung Wilhelm Spiegels am 12. März 1933 und der nachfolgenden Verhaftung führender Kieler Kommunalpolitiker wichen Hansen und Verdieck nach Hamburg in den Untergrund aus. Von dort aus versuchten sie, soweit möglich die Parteiarbeit in Schleswig-Holstein aufrecht zu erhalten. Mitte Mai 1933 unternahmen Verdieck und Hansen mit dem Pkw eine Tour durch Schleswig-Holstein, um an mehreren Orten (Kiel, Eckernförde, Schleswig und Flensburg) Vertrauensleute zu kontaktieren.

In Flensburg kam es zum Zugriff durch die Gestapo. Verdieck wurde festgenommen; Hansen konnte durch glücklichen Zufall entkommen. Mit Hilfe ortskundiger Genossen gelang ihm die Flucht nach Dänemark. Noch von Sonderburg aus – vor seiner Weiterreise nach Kopenhagen Ende Mai 1933 – nahm er Kontakt zum SPD-(SoPaDe-)Exilvorstand in Prag auf, und kündigte an, dass er seine antinazistische Arbeit fortsetzen wolle, nunmehr von Dänemark aus.

Richard Hansen erlangte rasch seine Anerkennung durch den SOPA-DE-Vorstand in Prag als Leiter des „SoPaDe-Grenzsekretariats Nord“ mit Sitz in Kopenhagen und auch die Anerkennung durch den Vorstand der dänischen Sozialdemokratie, der ihn mit der faktischen Geschäftsführung des „Matteotti-Komitees“ betraute, des Hilfskomitees der dänischen Arbeiterbewegung für Geflüchtete und Verfolgte aus dem Umfeld von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Offiziell wurde das Hilfskomitee durch Hans Hedtoft geleitet, dem späteren Vorsitzenden der dänischen Sozialdemokratie und „Statsminister“ (Ministerpräsident). Diese Doppelfunktion und sein unmittelbarer Zugang zu führenden dänischen Sozialdemokraten (u.a. auch Thorvald Stauning, H.C. Hansen und Alsing Andersen) verliehen ihm eine starke Machtposition, u.a. auch weil sein Votum für die dänische Fremdenpolizei bei der Anerkennung als verfolgter politischer Flüchtling in aller Regel entscheidend war.

(Links-)Abweichler von der politischen Linie des SoPaDe-Partei-vorstandes waren Hansen eher suspekt; eine Zusammenarbeit mit Kommunisten lehnte er konsequent ab. Von den vom Matteotti-Komitee anerkannten Emigranten forderte er strikte Disziplin ein; er war nicht unumstritten.²⁰

Richard Hansen organisierte den „sozialdemokratischen Grenzschnuggel“, den Transport von Informationen, Informationsmaterial und Zeitungen (u.a. den *Neuen Vorwärts*) sowie von verfolgten Personen über die „grüne Grenze“ und den Seeweg mit Hilfe von Kurieren aus der dänischen und deutschen Sozialdemokratie zur (illegalen) Verbreitung im gesamten norddeutschen Raum. Diese Arbeit war in den ersten Jahren ab 1933 recht erfolgreich und wurde vom Vorstand der dänischen Sozialdemokratie unterstützt. Wichtigster Kontaktmann an der Grenze bei Flensburg war Aage Lassen im dänischen Padborg. Erschwert wurde die Arbeit durch mehrere Verhaftungen von Kurieren und kam 1936/37 weitgehend zum Erliegen.

Ab 1937 bediente sich Richard Hansen auch der Mithilfe eines bezahlten nicht aus der Sozialdemokratie stammenden Kuriers, des angeblich oder tatsächlich beim Flensburger Zoll beschäftigten Sophus Rasmussen (der „Zöllner“). Dieser verfügte angeblich über persönliche Beziehungen zum deutschen Militär, insbesondere bei der Torpedoversuchsanstalt (TVA) in Eckernförde. Rasmussen beschaffte geheime Militärunterlagen, u.a. zu Versuchen der TVA mit neuartigen Torpedos.

Richard Hansen leitete diese Unterlagen an den britischen Geheimdienst weiter. Er handelte im Bewusstsein, dass das nationalsozialistische Unrechtsregime nicht mehr von innen heraus zu beseitigen sei und konsequent auf einen neuen Krieg zusteuere. Einen Erfolg der Nazis in diesem Krieg galt es zu verhindern.

Tatsächlich handelte es sich bei dem „Zöllner“ Rasmussen um einen von Hansen nicht erkannten Doppelagenten, der seinerseits gegenüber der Gestapo Bericht erstattete. Neben Richard Hansen waren auch sein aus Flensburg stammender enger Mitarbeiter Hans Hansen, der sich später Flensfelt nannte, und nicht zuletzt Aage Lassen aus Padborg in diese Arbeit eingebunden.²¹

Am 9. April 1940, dem Tag der Besetzung Dänemarks und Norwegens, wurde Aage Lassen festgenommen und geriet so in Gestapo-Haft in Flensburg. Richard Hansen gelang in buchstäblich letzter Minute die Flucht über den Öresund nach Schweden.

Die politisch-militärische Neutralität des am 9. April verschont gebliebenen Schweden war in den Anfangsjahren danach jedoch äußerst fragil, weil das weitere militärische Vorgehen Deutschlands ungewiss war. Auch Schweden stand daher unter erheblichem deutschem Druck. Nicht nur Richard Hansen, auch seine sozialdemokratischen Freunde und führenden schwedische Politiker fürchteten ein deutsches Auslieferungsbegehren vor dem Hintergrund der „antideutschen“ Betätigung Richard Hansens, wissend, dass mit der Festnahme Aage Lassens ein Mitwisser zur Aussage gezwungen werden konnte.

Langwierige Bemühungen Hansens um ein britisch-kanadisches Visum zur Weiterreise in ein sicheres Exilland blieben zunächst ergebnislos. Ein schließlich erhaltenes Visum für die USA führte am 26. Mai 1941 zum überstürzten Aufbruch. Wenige Wochen vor dem deutschen Angriff auf die UdSSR ging es auf dem Luftweg nach Moskau, von dort mit der transsibirischen Bahn nach Wladiwostok und weiter per Schiff über Manila/Philippinen nach Los Angeles, das er schließlich nach ca. acht Wochen am 21. Juli erreichte.

Hansen, dessen Familie in Stockholm zurückbleiben musste, verdiente in der Folgezeit seinen Lebensunterhalt in einem Ort im Mittleren Westen der USA als Metallarbeiter, ab 1943 als Schiffbauer in New York. Dort gehörte er mit u.a. Friedrich Stampfer, dem früheren Chefredakteur des *Vorwärts*, und dem (jüdischen) schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten Rudolf Katz zur engeren Führung der „German Labor Delegation in USA“, der von den amerikanischen Gewerkschaften anerkannten quasi offiziellen Vertretung deutscher sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Emigranten in den USA.

Anfang 1946 konnte er zu seiner Familie nach Stockholm zurückkehren, wo er sich gemeinsam mit seiner Frau Lisa mit umfangreichen Hilfeleistungen (Kleider- und Nahrungsmittelspenden) für das kriegszerstörte Deutschland engagierte. Im September 1947 gelang seine Rückkehr nach Kiel; seine Familie konnte er erst im darauffolgenden Jahr nachholen.

Eine seiner früheren Rolle und internationalen Erfahrung entsprechende politische und berufliche Nachkriegskarriere blieb Richard Hansen verwehrt. Von 1948 bis weit über die offizielle Pensionsgrenze hinaus diente er der SPD-Landtagsfraktion als (angestellter) Geschäftsführer. Als langjähriger Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten vertrat er zahlreiche Verfolgte in Wiedergutmachungs- und Entschädigungsverfahren, auch dies in einer Reihe von Einzelfällen bis ins ganz hohe Alter, mindestens bis 1972.

Wurbs' „Politische Korrespondenz“ und Kontakte zu Reichswehr und Marine

Auch nach seiner Flucht nach Dänemark hatte Wurbs seine politisch-journalistische Tätigkeit fortgesetzt. Tatsächlich verfügte er über eine Reihe Kontakte nicht nur zu Angehörigen der alten Arbeiterbewegung, sondern auch zu oppositionell eingestellten Angehörigen der Reichswehr (bzw. später: Wehrmacht) und dort wohl insbesondere der Marine. So bezieht er „aus dem Reich“ zahlreiche Berichte, die geeignet sind, über die tatsächliche Situation im „Dritten Reich“ aufzuklären. Er leitet diese Berichte und Informationen an den SoPaDe-Vorstand in Prag weiter, teilweise über Richard Hansen, teilweise auch direkt an Mitglieder des Exilvorstandes (Ollenhauer, Crummenerl). Nicht alles ist zur Veröffentlichung geeignet, ohne die Urheber oder sonstige Dritte zu gefährden.

Vor allem aber versucht er, eine eigene „Korrespondenz“ aufzubauen, indem er seine Berichte in allen geeigneten Fällen Zeitungsredaktionen und Institutionen der Arbeiterbewegung in den west- und nordeuropäischen Ländern gegen Entgelt anbietet. Er hat dabei, wie es scheint, nur begrenzten Erfolg. Denn tatsächlich konkurriert seine Tätigkeit mit den eigenen Aktivitäten des SoPaDe-Vorstandes, der sich mit seinen „grünen Berichten“ an den gleichen Adressatenkreis wendet, um das Ausland über das NS-Unrechtsregime etc. aufzuklären, so dass diese „Nische“ bereits weitgehend besetzt ist. Im späteren Entschädigungsverfahren hat Wurbs in einem Schreiben vom 4. August 1956 seine Einkommenssituation und seine Korrespondenz­tätigkeit betreffend ausgeführt:

„Meine Einkünfte betragen in der Emigrationszeit:

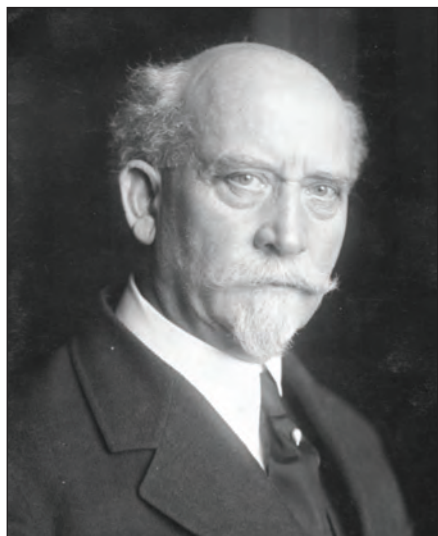
1. Eine Unterstützung von 15 dänischen Kronen wöchentlich durch das Matteotti-Komitee in Kopenhagen, wie sie jeder andere anerkannte Flüchtling erhielt. (Die Höhe der von diesem Komitee gezahlten Unterstützung orientierte sich an der in Dänemark üblicherweise gezahlten Arbeitslosenunterstützung.)
2. Eine in der Höhe schwankende gelegentliche Unterstützung durch die SPD – sie wird etwa im Durchschnitt die gleiche Höhe

gehabt haben – für die Herausgabe meiner politischen Korrespondenz. Diese Unterstützung wurde mir gewährt, weil die Unkosten die Einnahmen überstiegen. Der Zweck der Korrespondenz war ja auch nur, durch Übermittlung von Tatsachenmaterial die Auslandspresse in ihrem Kampf gegen den Nazismus zu unterstützen. Sie war eine Ergänzung der sonstigen Veröffentlichungen der SPD.“²²

Man wird diese Aussage vor dem Hintergrund des geltend gemachten und mit Argumenten zu untermauernden Entschädigungsanspruchs zu bewerten haben. Tatsächlich hatte Wurbs sicherlich auch ein legitimes „kommerzielles“ Interesse, zusätzlich zu seiner Matteotti-Unterstützung weitere Einnahmen zu erzielen, um seine in Kiel zurückgelassene und in hilfloser Lage befindliche Familie zu unterstützen. Auf seine Einnahmen durch von ihm gemalte bzw. gezeichnete Bilder wird in anderem Zusammenhang einzugehen sein.

Wurbs kommt auf seine Korrespondenztätigkeit in einem späteren Schreiben vom November 1945 zurück. Damals befand er sich in einer verzweifelten Situation, seit mehreren Wochen in Haft im Kopenhagener „Kastellet“, angeschuldigt der „Spionage“ durch Zusammenarbeit mit der deutschen Abwehr. (Hierauf wird ebenfalls später näher einzugehen sein.) Er schreibt an einen prominenten englischen Labour-Politiker, den amtierenden Premierminister Clement Attlee, und bittet um Unterstützung. Jener möge bestätigen, dass er (Wurbs) in den Jahren 1933 bis 1939 „Mitarbeiter“ des (labour-nahen) *Daily Herald* und der BBC gewesen sei, d.h. dass er relativ häufig Beiträge und Berichte zur Situation in NS-Deutschland geliefert habe.²³

Über sporadische Kontakte einzelner, auch führender Sozialdemokraten mit einzelnen Vertretern von Reichswehr incl. Marine und „Stahlhelm“ vor und nach dem 30. Januar 1933 ist verschiedentlich berichtet worden, ohne dass m.W. bislang darüber nähere historische Veröffentlichungen existieren. Der Grund dafür könnte darin liegen, dass schriftliche Quellen kaum vorhanden sein dürften und die Beteiligten – sofern sie NS-Zeit und Krieg überlebt haben – i.d.R. wohl eisern geschwiegen haben. Wohl nur selten waren diese Militärs lupenreine Demokraten gewesen, sondern eher Konservative, die von dem vulgären Nationalchauvinismus der Nazis angewidert waren und die die Eigenständigkeit der Reichswehr gegenüber den Gleichschaltungs- und Vormachtbestrebungen der Nazis bewahren wollten. Nicht wenige hingen noch an alten monarchistischen Vorstellungen, was auch Wurbs in seinen Berichten verschiedentlich deutlich macht. Später kamen die Erfahrungen mit dem Terror der Nazis (in einigen, wohl nicht in allen Fällen incl. Antisemitismus und Judenverfolgung) und auch die (begründete) Furcht vor einem neuen, von Hitler forcierten und nicht



Philipp Scheidemann (1865–1939)

Quelle: Bundesarchiv Bild 146-1979-122-29A / CC-BY-SA 3.0



Fritz Tarnow (1880–1951)

Quelle: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

gewinnbaren Zweiten Weltkrieg. Was sie ein- te, war die gemeinsame Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus.

In einem Interview von 1964 geht Richard Hansen auf solche Kontakte zu Beginn des Jahres 1933 ein, gedrängt durch den Interviewer Gerhard Beier und eher widerstrebend und ohne konkrete Namen zu nennen. Richard Hansen und Kurt Wurbs haben diese (illegalen) Kontakte auch nach ihrer Emigration von Dänemark aus fortge- setzt, mit Billigung und Wissen des SoPaDe- Vorstandes in Prag.

Hansen berichtet in dem Interview u. a., wie sie Ende Juni 1934 mit führenden Ver- tretern der dänischen Sozialdemokratie (i.e. inklusive der dänischen Regierung) anläs- slich des Geburtstags von Alsing Andersen zusammen waren, u.a. auch Philipp Schei- demann, Fritz Tarnow, Karl Raloff und Hans Reinowski. Plötzlich hören sie im Radio die Meldungen über die blutige Niederschla- gung des angeblichen „Röhm-Putschs“. Die Meldungen sind schockierend, offensichtlich auch im Hinblick auf die eigenen Kontakte zu „oppositionellen“ Offizieren in Reichs- wehr und Marine. In einer anschließenden Diskussion (Anm.: nach dem Interviewtext ist unklar, ob dies noch in Anwesenheit der dänischen Genossen und damit mit deren Kenntnis des Gesamtvorgangs geschah) zieht Richard Hansen hieraus eine eindeuti- ge Schlussfolgerung:

„Und dann habe ich gesagt: ‚So, Kurt und Fritz [Tarnow], ich will mit der Sache nichts mehr zu tun haben. Mit der Reichswehr, ganz gleich, wer sie sind, die das dulden, dass

ihre Leute, so wie der Schleicher, von SS-Leuten so abgeknallt werden [...]‘ Und sage, ‚Nee, nicht mehr mit mir. Macht das direkt mit Prag [i.e. SPD- Exilvorstand] aus.‘ und habe dann auch nichts mehr damit zu tun gehabt. Und habe später bemerkt, dass sie [Wurbs und Tarnow] immer noch Leute

zusammen hatten. Und Wurbs hat's auch weiter noch getrieben, solange er konnte.“²⁴

Der wohl wichtigste Verbindungsmann zur Reichswehr/Wehrmacht bzw. Marine war über einen sehr langen Zeitraum Fregattenkapitän bzw. (ab April 1941) Kapitän zur See Albert Howoldt. Howoldt war von April 1940, dem Zeitpunkt der Besetzung Dänemarks, bis Juni 1943 Leiter der Abwehrstelle Kopenhagen/Dänemark, danach bis Kriegsende als Abwehroffizier im Stab des Marineoberkommandos Ostsee, zu dessen Zuständigkeitsbereich auch Dänemark gehörte. Auch gegen Ende des Krieges hat er sich offensichtlich in Dänemark aufgehalten; anders ist seine spätere Vernehmung durch die dänische Polizei nicht zu erklären. Vor dem Krieg, in den 30er-Jahren, war er Leiter der Abwehrstelle Kiel.



Karl Raloff (1899–1976)

Howoldt war es, der nicht zuletzt den Kontakt zu Major Hans Georg Klamroth herstellte, der ebenfalls von Anfang 1940 bis Februar 1942 als Abwehroffizier in Dänemark tätig war. Klamroth wurde später, im August 1944, im Zusammenhang mit der Verschwörung und dem Hitler-attentat vom 20. Juli 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und wenige Tage später hingerichtet. Nähere Einzelheiten zu den beiden Klamroths, Hans Georg und Bernhard, folgen später.

Dass Kurt Wurbs Howoldt schon aus seiner Kieler Zeit gekannt hat, ist nicht belegt, aber naheliegend. Howoldt selbst hat in seiner späteren Vernehmung durch die dänische Polizei angegeben, dass er nach 1933 brieflich Kontakt zu Wurbs aufgenommen hat, als dieser sich anscheinend bereits im dänischen Exil befand. Wurbs selbst hat in seiner etwa zeitgleichen Vernehmung durch die dänische Polizei Anfang 1947 erklärt, nicht gewusst zu haben, dass es sich bei seinen militärischen Kontaktleuten um Offiziere der Abwehr gehandelt hat; dies sei ihm erst im Nachhinein klar geworden. Dies erscheint glaubhaft insoweit, als verdeckt arbeitende Angehörige eines militärischen Nachrichtendienstes sich nach außen verständlicherweise nicht als solche zu erkennen geben.

Dass dieses Nichtwissen tatsächlich über einen so langen Zeitraum von mehr als zehn Jahren mit relativ intensiven und häufigen Kontakten angehalten haben soll, erscheint allerdings doch ein wenig zweifelhaft.

Das Gift des Misstrauens

„Das Gift des Misstrauens – Genossen als Spitzel?“, so lautet die Überschrift eines Kapitels in Rolf Fischers 2017 erschienenem Buch *Die dunklen Jahre. Kiels Sozialdemokratie im Nationalsozialismus*.²⁵ Fischer schildert die Geschichte der Kieler Sozialdemokratie während der NS-Zeit als – wie könnte es anders sein – eine Geschichte von Verfolgung und Widerstand, von (teilweiser) Anpassung einerseits und Resistenz, d.h. dem zumindest teilweisen Überleben sozialdemokratischer Milieus entgegen allen Widrigkeiten andererseits. Diejenigen Sozialdemokraten, die NS-Zeit und Krieg überstanden hatten und sich nach der Befreiung wieder zusammenfanden, wussten natürlich, dass es in ihren Reihen auch solche gegeben hat, die sich unter massivem Druck oder um des eigenen Vorteils willen den Nazis und ihrer Gestapo als Zuträger und Informanten angedient hatten. Aber Genaueres wusste man nicht. Und wenn verlässliche Quellen nicht zugänglich sind, wachsen Gerücht und Misstrauen und erschweren den Neuanfang.

Im Mittelpunkt der Darstellung Fischers in dem o.g. Kapitel steht die Gestapo-Zuträgerin mit dem Decknamen „Paula Drews“, die u.a. offensichtlich enge Beziehungen zu wichtigen Personen des Flensburger Widerstandes (Amandus und Sophie Lützen, Julius Gregersen) hatte, deren Vertrauen sie ausnutzte. Indizien sprechen dafür, dass es sich tatsächlich um die seinerzeit bekannte und geschätzte Kieler Sozialdemokratin Emma Drewanz gehandelt haben dürfte; einen endgültigen Beweis gibt es nicht. 1947 muss sie sich bohrenden Nachfragen stellen, durch niemand Geringeres als Ida Hinz, damals Vorsitzende der SPD-Frauengruppe und spätere Kieler Stadtpräsidentin.

Fischer bezieht sich dann auf eine „dänische Quelle“, in der zunächst die Rede von drei prominenten Sozialdemokraten im dänischen Exil ist: Karl Raloff (ehemals MdR und Reichsbannvorsitzender in Hannover), Fritz Tarnow (ehemals führender Gewerkschafter, ab 1938 Vorsitzender der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften) und Kurt Wurbs. Sie treffen sich regelmäßig zu einer Skat-Runde.

Die „dänische Quelle“ ist das Buch von Carl Madsen, *Flygtning 33. Strejflys over Hitlers Danmark* (Kopenhagen 1972). Im Zuge seiner Recherchen hatte Madsen sich Zugang zu dem in Kiel wohnenden, inzwischen sehr betagten Richard Hansen verschafft und ihn mit Fragen bedrängt.

Wörtlich führt Fischer in seinem o.g. Buch aus: „Folgt man einer dänischen Quelle, ergibt sich ein anderes Bild: ‚Du siehst drei Karten spielende Sozialdemokraten: Tarnow, Raloff und den Spion, Vertrauensmann der Abwehr, Wurbs. Fragt sich nur, wer wen am meisten betrogen hat. ...‘ (Madsen a.a.O. S. 323) Kurt Wurbs soll ein Spion sein, denn ‚die Stapo Kiel

teilte mit Schreiben vom 10.9.39 mit, dass der vorstehend genannte Paul vermutlich mit dem deutschen Emigranten Kurt Wurbs, 10.9.91 Breslau geb., personengleich ist. Wurbs ist unter dem Decknamen ‚Kurt Paul‘ für die Abwehrstelle Kiel als V-Mann tätig. Der Hauptvorgang findet sich in den Akten der Stapo Kiel‘ (ebenda S. 321). Wurbs und Raloff wohnen im selben Haus in Kopenhagen, und somit hat die Gestapo einen Spitzel mitten in der Emigrantengruppe. Es scheint, als ob auch Richard Hansen Zweifel an der Zuverlässigkeit von Wurbs hat.

Ich [Madsen, d.V.] zeige ihm eine Fotokopie eines internen Gestapobereichs, aus dem hervorging, dass er angeblich gegen Deutschland arbeite [...] Er [Hansen] verneinte: Das Dokument sage ihm nichts. Ich wies darauf hin, dass die Informationen der Gestapo offenbar von Wurbs stammten. [...] Als ich den Namen ‚Wurbs‘ erwähnte und hinzufügte, dass er Gestapo- bzw. Abwehrgent war, beobachtete ich vorsichtig Richard Hansen und seine Frau. Sie reagierten auffällig. – Wie können Sie so gut informiert sein? Und an seine Frau gerichtet, sagte er: – Na, jetzt verstehe ich ... Er brach ab, und was es war, was er verstand, erfuhr ich nicht.⁴

Weitere Hinweise auf eine Spionagetätigkeit von Wurbs sind nicht zu ermitteln. Es bleibt offen, ob er wirklich der Abwehr zugearbeitet hat und welche Konsequenzen die Tätigkeit für die SPD-Emigranten zeitigte. Der Chefredakteur kommt erst Jahre später nach Deutschland zurück. Seine Ehe ist zerbrochen, und Wurbs lebt fortan in Bremen, wo er eine Redakteursstellung übernimmt.²⁶

Das sind schwere Anschuldigungen, die hier – wenn auch mit Vorbehalt und Fragezeichen versehen – referiert werden. Tatsächlich bezieht Fischer sich ja auch nicht auf eine zeitnahe historische Quelle, sondern auf eine Jahrzehnte später entstandene Sekundärquelle. Es erscheint daher sinnvoll, Person und Wirken des Autors dieser „Quelle“ mit ein paar „Streiflichtern“ näher zu betrachten.

Carl Madsen: prominenter dänischer Kommunist und Ankläger

Carl Madsen (1903 – 1978) war ein in Dänemark sehr bekannter Jurist. 1928 schloss er sich der dänischen kommunistischen Partei (DKP) an und trat im gleichen Jahr in den Staatsdienst ein, als Mitarbeiter zunächst des „Hovedrevisorats“ (Hauptrevisorats) der dänischen Regierung, danach verschiedener Ministerien. 1935 machte er sich als Anwalt selbstständig und wurde in der Folgezeit auch „Landsretssagfører“, d.h. mit Zulassung zur oberen dänischen Gerichtsbarkeit. Er machte sich einen Namen unter anderem als erfolgreicher Strafverteidiger, der vor allem auch „kleine“ Leute vertrat und sich mit den „Mächtigen“ in Staat und Wirtschaft anlegte.



Quelle: Arbejdermuseet København F20080506003

Carl Madsen, Rechtsanwalt, während der Besatzungszeit im Widerstand aktiv, streitbarer Kommunist und Publizist. Foto 1940er Jahre

Seine Rhetorik soll legendär gewesen sein.

Nach der Besetzung Dänemarks wurde er im Juni 1941 zusammen mit ca. 100 anderen Kommunisten von der dänischen Polizei verhaftet. Das oberste Gericht Dänemarks billigte diese auf Verlangen der deutschen Besatzungsmacht erfolgte Inhaftierung dänischer Kommunisten. Im August 1943 gelang ihm zusammen mit anderen Gefangenen die Flucht aus dem Horserødlager. Er schloss sich nun im Untergrund dem aktiven Widerstand gegen die deutsche Besatzung an und arbeitete eng mit dem „Frihedsråd“ zusammen, u.a. als aktives Mitglied des Ausschusses, der die strafrechtlichen Grundlagen für eine „Rechtsabrechnung“ nach der Befreiung ausarbeitete. Zugleich stellte er eine umfangreiche Kartei zusammen von Personen, die als „stikkere“ der Denunziation oder der sonstigen, insbesondere wirtschaftlichen Kollaboration mit der NS-deutschen Besatzungsmacht verdächtigt waren.

Nach der Befreiung wurde er im Juni 1945 zum Staatsanwalt für die besonderen Angelegenheiten der Kollaboration und des Landesverrats während der Besatzungszeit ernannt. Seine Ermittlungstätigkeit richtete sich vor allem gegen belastete wirtschaftlich mächtige Unternehmen/r; dabei geriet er zunehmend in Konflikte, auch mit seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem „Rigsadvokat“. Ende Oktober / Anfang November 1946 wurde Madsen von der Polizei nach einer aus besonderem Anlass durchgeführten Nacht bei einer Alkoholfahrt mit erheblichen Promillewerten und absoluter Fahruntauglichkeit gestellt. Er erhielt eine (kurze) Freiheits- sowie Geldstrafe bei Führerscheinentzug und wurde nur wenige Tage nach diesem Vorfall von seinem Dienst suspendiert.

In der Folgezeit war er wieder als bekannter und teilweise auch gefürchteter „Landsretssagfører“ tätig, aber auch als weiterhin streitbarer und bekennender Kommunist mit zahlreichen Publikationen. 1975 wurde er wegen unüberbrückbarer prinzipieller Meinungsverschiedenheiten aus der sich zunehmend „eurokommunistisch“ orientierenden DKP ausgeschlossen.

Gerd Callesen, langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter von „Arbejdernes Bibliotek og Arkiv“ in Kopenhagen und ein eher (links-)kritischer

Wegbegleiter der dänischen und deutschen Sozialdemokratie, hat in einer Rezension von *Flygtning 33* festgehalten: „Wenn gesagt wurde, dass Carl Madsen Kommunist ist, so reicht dies nicht aus: Für ihn ist ein zentraler Bestandteil kommunistischer Politik die Treue zur Sowjetunion.“²⁷

Man wird, mit einigem Recht, Madsen als den letzten prominenten Stalinisten Dänemarks und Verfechter der „Sozialfaschismustheorie“ bezeichnen können. Aus seiner Sicht waren nicht nur die Polizei, sondern auch Justiz und Parlament Teile der zu bekämpfenden und bloßzustellenden „bürgerlichen Staatsmacht“, deren Hauptfunktion sei, die Eigentumsverhältnisse zu sichern, die das Fundament des Ausbeutungssystems seien. Die Sozialdemokratie bezeichnete er zwar nicht als „Hauptfeind“, wohl aber unter ihrer „derzeitigen Führung“ als das „Haupthindernis“ auf dem Weg zum Sozialismus, d.h. auf dem Weg zur Beseitigung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die „einen Hitler hervorbringen, wenn er gebraucht wird. Oder einen Mussolini. Oder einen Nixon. Einen Krag. Einen Frits Clausen oder einen Hækkerup.“²⁸

Gerd Callesen sagt allerdings auch, *Flygtning 33* sei eine wertvolle Vorarbeit zu einer späteren Darstellung der Lage der deutschen Emigranten in Dänemark zwischen 1933 und 1945. Im Wesentlichen werde allerdings die KPD-Emigration behandelt, die sozialdemokratische nur teilweise und die bürgerliche Emigration nur am Rande. Insbesondere die Schicksale der kommunistischen Flüchtlinge werden am Beispiel einzelner Personen dargestellt.

Callesen weist darauf hin, dass die Hauptquelle für Madsens Bericht deutschen Ursprungs gewesen sei: Gestapo-Akten, die „jetzt“ [d.h. bis zur „Wende“ 1989/90] im Institut für Marxismus-Leninismus in Berlin vorhanden seien. Madsen konnte also authentisches Material einsehen, aus dem er, soweit erkennbar, auch zutreffend zitiert hat. Heute befindet sich dieses Material allgemein zugänglich im Bundesarchiv in Berlin, insbesondere im Bestand R 58. Madsen hatte seinerzeit, zu DDR-Zeiten, als bekennender Kommunist einen privilegierten Zugang hierzu. Dies ermöglichte, zumindest theoretisch, eine einseitige Auswahl und Darstellung.

Einen großen Teil seines „Kapitel(s) om Svig og Svindel“²⁹ widmet Madsen dem vermeintlichen Informanten Kurt Wurbs. Im Mittelpunkt stehen brisante Informationen über ein höchst vertrauliches Gespräch, an dem Wurbs selbst nicht beteiligt war, wohl aber einer der Teilnehmer seiner o.g. „Skatrunde“ (Tarnow, Raloff und Wurbs). Wurbs wäre danach der Zwischenträger gewesen; davon ist Madsen überzeugt. Nur jemand aus dem innersten Zirkel der sozialdemokratischen Emigration in Kopenhagen könne an derart detaillierte und brisante Informationen herangekommen sein.

Ein zweifelhaftes Gestapo-Dokument als Anhaltspunkt

Die Informationen finden sich in einem umfangreichen Gestapo-Bericht, genauer dem „Lagebericht der Stapo Kiel für November 1938“, seinerzeit „auffindbar“ im Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus, heute im Bundesarchiv Berlin.³⁰ Der Inhalt fasziniert Carl Madsen; scheint er doch zu bestätigen, wovon er als orthodoxer Kommunist zutiefst überzeugt



Quelle: Arbejdermuseet København F2010q08005

Karl Kristian Steincke, von 1924 bis 1926 dänischer Justizminister, von 1929 bis 1935 Sozialminister und von 1935 bis 1939 erneut Justizminister – gilt als der „Chefarchitekt“ des dänischen Wohlfahrtsstaates, vertrat als Justizminister eine eher zurückhaltende bis restriktive Flüchtlingspolitik. Foto 1938

ist. Der Gestapobericht selbst enthält keinen Hinweis auf seine Quellen. Es geht um ein Gespräch am 17. November 1938, zu dem der (sehr einflussreiche) dänische Justizminister Steincke die Vorsitzenden dreier Flüchtlings-Hilfskomitees sowie Philipp Scheidemann und Fritz Tarnow als wichtige sozialdemokratische Emigranten eingeladen hatte.

Anwesend ist auch Hans Hedtoft, seinerzeit 1. „Parteisekretär“ und offizieller Geschäftsführer des Matteotti-Komitees. Thorvald Stauning, legendärer Vorsitzender der dänischen Sozialdemokratie und amtierender „Statsminister“, kommt ein wenig später hinzu. Für das Matteotti-Komitee ist zusätzlich Richard Hansen anwesend. Das „Intellektuellen-Komitee“ ist durch Gerhard Breitscheid (Sohn von Rudolf Breitscheid) und das „Emigranten-Komitee“ durch den renommierten (linksliberalen) Prof. Aage Friis vertreten.

Es ist die Zeit nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 und einige Wochen/Monate nach dem „Münchener Abkommen“ vom September 1938, der Beset-

zung des Sudetenlandes und der inzwischen weithin, auch in England, spürbaren Ernüchterung über die Folgen von „München“. Das Novemberpogrom – die „Reichskristallnacht“ – ist gut eine Woche her.

Nach dem o.g. Lagebericht der Gestapo soll Steincke einleitend erklärt haben, dass er zu diesem Gespräch eingeladen habe, weil die Emigrantenfrage die dänische Regierung in mehreren Sitzungen beschäftigt habe und nur mit Mühe eine Behandlung dieser Frage im Parlament habe abgewehrt werden können. Es lägen eine Reihe ausländischer Anfragen vor, die die

Regierung beantworten müsse. Wörtlich heißt es dann in dem Bericht, in dem Steinckes Ausführungen in indirekter Rede wiedergegeben werden:

„England und Holland wünschten, dass Dänemark einige hundert tschechische und jüdische Flüchtlinge aufnehmen solle. Vom Ausland habe man Sammellager vorgeschlagen. Diesem Ansinnen zu entsprechen habe aber Dänemark wenig Neigung. In London bilde man sich augenscheinlich ein, alle Juden, die mit Geld geflüchtet seien und einen internationalen Namen in der Kunst und Wissenschaft besäßen, dort zu behalten. Den Rest der Nichtbesitzer könnten und sollten Dänemark und Schweden aufnehmen. Weder Dänemark noch Schweden wollten jedoch in eine solche „Teilung“ einwilligen. Die Regierung habe sich bereits mit Stockholm in Verbindung gesetzt, und man sei sich einig abzuwarten, wieweit die Verhandlungen gediehen, die auf eine Ansiedlung der Flüchtlinge in Übersee hienzielten.

Die beiden Regierungen lehnten es ab, die deutschen Flüchtlinge ohne Überprüfung aufzunehmen; man betone zwar von englischer und holländischer Seite, dass es sich nur um Monate handeln würde. Doch dass kenne man schon. [...] Zum anderen lägen einige hundert Gesuche von in Dänemark anwesenden deutschen Flüchtlingen vor, ihre Angehörigen aus Deutschland nachkommen zu lassen. Das habe er abgelehnt, und alle Gesuche würden abschlägig behandelt werden. In der Hauptsache wären es Juden, die ihre Verwandten nach Dänemark wünschten. So groß sein Mitleid mit den Opfern aus Deutschland auch wäre, als dänischer Minister könne er diesen Wünschen nicht entsprechen. Das Einzige, was er tun könne, sei eine Anweisung an die Polizei, die im Lande anwesenden Juden nicht auszuweisen.“

Weiter heißt es in dem Bericht, die „anwesenden einzelnen Vertreter“ hätten hierzu ihre Meinungen äußern können; diese seien jedoch darauf hinausgelaufen, dass man „die Schwierigkeiten Dänemarks wohl verstünde. Wie sich die Regierung zu noch weiteren Einwanderern, insbesondere von Juden, verhalte, sei ihre Sache“. Ministerpräsident Stauning sei in den Abendstunden hinzugekommen, „der noch einmal unterstrich, was Steinkke bereits gesagt hatte“.

Das Bild, das hier von der Führung der dänischen Sozialdemokratie und der Regierung sowie den anwesenden Vertretern der Hilfskomitees gezeichnet wird – nur gut eine Woche nach dem Terror der „Reichskristallnacht“ –, ist, vorsichtig ausgedrückt, befremdlich. Es passt nicht zur eindeutig antinazistischen Haltung etwa Hans Hedtofts oder auch Thorwald Staunings, die vor allem in den ersten Jahren nach 1933 die Flüchtlingshilfe und den „sozialdemokratischen Grenzschmuggel“, d.h. den „illegalen“ Transport von Informations- und Aufklärungsmaterial über die Grenze, nicht nur

geduldet, sondern aktiv gefördert haben. Und es scheint auch nicht zu dem heroischen Bild der Rettung nahezu aller dänischen Juden in einer „Blitzaktion“ im Oktober 1943 zu passen, die freilich durchgeführt wurde von einer widerständigen dänischen Zivilgesellschaft (allerdings ermöglicht nur durch Kontakte und Informationen „offiziöser“ Kanäle).



Quelle: Arbejdermuseet København F2009023065

Thorvald Stauning, von 1924 bis 1926 und erneut ab 1929 bis zu seinem Tod 1942 dänischer Ministerpräsident („Statsminister“), erreichte in der Zeit der Weltwirtschaftskrise die Stabilisierung der dänischen Wirtschaft und begründete den dänischen Wohlfahrtsstaat. Nach der Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 verfolgte er strikt die Linie der „Zusammenarbeitspolitik“, um so ein Höchstmaß an dänischer Autonomie zu bewahren.

Man wird bedenken müssen, dass es sich hier um ein Gestapo-Dokument handelt, dessen eigentliche Quelle und Authentizität ihres Inhalts entgegen der Überzeugung Carl Madsens nicht exakt bekannt sind.

Rolf Fischer hat hierzu Grundsätzliches ausgeführt: „Alle Berichte der Auskunftspersonen der Gestapo müssen mit großer wissenschaftlicher Skepsis gelesen werden, und es gibt oftmals nur wenige Belege, um die Richtigkeit der Inhalte zu überprüfen. Denn natürlich sind die Protokolle und Berichte auch „Arbeitsnachweise“ der Spitzel, die ja „liefern“ müssen. Und sie sind Dokumente der Tätigkeit der Beamten, die ebenfalls unter „Erfolgsdruck“ stehen. Insofern stellt sich die Frage nach der Erkenntnismöglichkeit, die diese Geheimdienstakten tatsächlich bieten. Welche „Wirklichkeit“ und welche „Wahrheit“ spiegeln Protokolle und Berichte wieder? Welcher Wert kann dem Material beigemessen werden?“³¹

Diese grundsätzliche Skepsis erscheint umso eher angebracht, wenn es um den weiteren Teil dieses Gestapo-Vermerks geht, der Carl Madsens Faszination bewirkte; geht es doch um nicht weniger als eine Art kapitalistischer Spekulation und Verschwörung als Ursache für das Desaster der „Münchner“ Appeasement-Politik. Wiedergegeben wird ein anschließender Bericht Thorwald Stau-

nings über eine Sitzung der („2.“) Sozialistischen Internationalen, in der der Vorsitzende der französischen Sozialisten und frühere Ministerpräsident der Volksfrontregierung von 1936/37 (und kurzfristig im März/April 1938) Léon Blum das (angebliche) Agieren der amtierenden französischen Regierung mit Ministerpräsident Daladier und insbesondere Außenmini-

ster Bonnet, beide maßgebende Politiker der sozialliberalen „Parti Radical Socialiste“, geschildert hatte.

Wörtlich heißt es in dem Vermerk über Staunings Bericht: „Nach den Ausführungen Staunings ist mit einer deutschfeindlichen Wendung der englischen Politik sicher zu rechnen. Chamberlain befände sich schon heute in einer Zwangslage, die ihn zwänge, alle Hoffnungen und Illusionen, die er nach München gehegt, aufzugeben. [...]“

Chamberlain würde heute schon viel kräftigere Töne gegen Deutschland anschlagen, wenn er nur Frankreichs ganz sicher wäre.

Bonnet müsse nach den Schilderungen, die Blum in der letzten Sitzung der Internationale gegeben habe, ein Spiel gespielt haben, das, wenn es in Deutschland richtig bekannt wäre, den Minister glatt in die Hände der deutschen Propaganda liefere. Bonnet habe gemeinsam mit einflussreichen französischen Finanzkreisen in den Septembertagen fest geglaubt, dass Deutschland nur mit dem Krieg bluffe. Wörtlich soll er gesagt haben:

„Hitler weicht zurück, wenn wir ihm die Zähne zeigen.“

Mit der Zunahme der Spannungen erfolgten die Einbrüche der Börsenkurse, weil ein großer Teil mit einem Kriege rechnete. Dies war die erhoffte Stunde für Bonnet und seinen Kreis, der mit einigen hundert Millionen an dem Börsenspiel interessiert war. Der erwartete Gewinn war aber nur zu realisieren, wenn der Krieg ausblieb. Andernfalls war der Verlust so groß, dass es eine erhebliche Erschütterung der französischen Finanzen nach sich gezogen hätte. Als dann aber England Ernst machen wollte und von Frankreich verlangte, dass es seine militärischen Verpflichtungen der Tschechei gegenüber innehalte, sah Bonnet die Katastrophe seines Börsenmanövers nahen. Er soll dann die englische Regierung entgegen dem Willen des französischen Kabinetts bewusst falsch informiert haben, soweit dies die angebliche Haltung von Frankreich betraf. Darauf erst erfolgte die Schwenkung der englischen Politik, deren Sprecher Chamberlain war und der nun zum Sündenbock gestempelt werden konnte.

Blum soll wörtlich erklärt haben: „Um einer in der Geschichte unerhörten Börsenspekulation willen ist die Tschechei von uns verraten und buchstäblich verkauft worden.“³²

Carl Madsen jedenfalls ist von dem Gestapo-Papier und der Beschreibung fasziniert. Er schreibt dazu: „Ich habe es wieder und wieder gelesen. Dass es so vor sich gegangen ist, wie es in dem vergilbten Gestapo-Papier stand, kommt mir glaubwürdig vor. So detailliert ist die Beschreibung. So genau wird z.B. Steincke aufs Korn genommen. Aber auch inhaltlich gibt es nicht Weniges, das die Wahrheit des Berichts indiziert.“

Ich hatte die großen Begebenheiten nach München unbegreiflich gefunden; aber das Papier gab Reim und Logik. Genau so k o n n t e es zusam-

menhängen; wie sonst ließe sich erklären, dass England es 1939 auf sich nahm, Polens Unabhängigkeit zu garantieren, nachdem seine [Englands] Regierung 1938 die Tschechoslowakei opferte? Wenn aber England in Wahrheit darauf eingestellt war, den Krieg 1938 in Kauf zu nehmen, aber von Bonnet und seinen Kumpanen hinters Licht geführt wurde, wird das Ganze ein gutes Stück mehr durchschaubar.“³³

Überrumpelung und Wahrheitsfindung

Aber Madsen hat doch Zweifel, ob das in dem Gestapodokument beschriebene Treffen bei Steincke überhaupt oder so – also mit dem beschriebenen Inhalt – stattgefunden hat. Er beschließt, sich Gewissheit zu verschaffen. Am besten durch ein Gespräch, oder besser: durch eine Art „Verhör“, mit einem der wenigen Anfang der 70er-Jahre noch lebenden Teilnehmer an der Besprechung vom November 1938.

Richard Hansen, inzwischen 83 Jahre alt, und seine Frau Lisa leben in Kiel, als Madsen sie im Juni 1971 unangemeldet aufsucht. Den Hansens ist Madsen nicht bekannt. Er stellt sich als Anwalt vor, der mit dem Matteotti-Komitee zu tun gehabt hätte. Hansen kann sich nicht erinnern. Allerdings hatte das Matteotti-Komitee nach dem 9. April 1940 ja noch eine ganze Weile weiterbestanden, als die Hansens nach Schweden weitergeflüchtet waren. So gehen die Hansens zunächst von einem „echten“, d.h. in ihrem Sinne positiven Interesse aus und bitten Madsen herein. Madsen gibt den Verlauf des Gesprächs in *Flygtning* 33 wieder. Es entwickelt sich immer mehr zu einem Verhör. Um der „Wahrheit“ auf die Spur zu kommen, ist ihm jedes Mittel recht, oder wie er selbst schreibt: „Jeg har tilladt mig både kup, overrumplinger og falskhed for at komme sandheden på sporet“.³⁴

Richard Hansen habe nun relativ ausführlich über die Umstände seiner Flucht Mitte Mai 1933 über Flensburg berichtet, wo er einer Verhaftung nur durch glückliche Umstände entgeht, unter Mithilfe unter anderem des „Grenzkommissars“ (und späteren Gestapo-Chefs) Hermannsen.³⁵ Zu seiner („illegalen“) politischen Arbeit, dem Verbringen von Informationsmaterial über die Grenze, habe er, so Madsen, nur recht allgemeine Angaben gemacht. Allerdings habe er in diesem Zusammenhang den Lokomotivführer Aage Lassen aus Padborg erwähnt. Ja, und hin und wieder hätten sie auch einem Flüchtling illegal über die Grenze geholfen. ...

Carl Madsen: „Die Zeit verging und mir wurde klar, dass mein Wirt – offensichtlich irritiert und ein wenig misstrauisch geworden – spontan nichts anderes erzählen würde als gleichgültige Allgemeinheiten. Daher beschloss ich – ungeachtet des Risikos, hinausgeschmissen zu werden –, ihn unter Schockbehandlung zu nehmen.

– Haben Sie Spionage organisiert für englische Rechnung in und gegen Nazi-Deutschland?

Sein Gesicht verfärbte sich.

– Spionage. Niemals. Wo haben Sie bloß diese Idee her, Herr Madsen?“

Madsen zeigt ihm nun die Kopie eines internen Gestapoberichts, aus dem hervorgeht, dass er angeblich für einen fremden Geheimdienst arbeitet. Hansen streitet weiterhin ab; das Dokument sage ihm nichts.

Madsen weiter: „Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass die Informationen der Gestapo offensichtlich von Wurbs stammten.

Indem ich den Namen Wurbs nannte und hinzufügte, dass er Gestapo- oder Abwehrgent war, beobachtete ich Richard Hansen und seine Frau genau. Sie reagierten auffallend.

– Wie können Sie so gut unterrichtet sein?

Und an seine Frau gerichtet, sagte er:

– Nun, dann verstehe ich besser ...

Er unterbrach sich selbst, und was es war, das er nicht verstand, bekam ich nicht aus ihm heraus.

In meinen Aufzeichnungen habe ich in parentes notiert, dass seine verblüffte Reaktion auf die Information, dass Wurbs ein Spion gewesen sein soll, mir spontan und echt vorkam, aber es andererseits wenig glaubhaft war, dass er ohne irgendein Misstrauen sein sollte.“³⁶

Madsen bleibt hartnäckig beim Thema nachrichtendienstlicher Betätigung für einen fremden, d.h. den britischen Geheimdienst. Er konfrontiert Hansen mit einer Fülle von Gestapo-Dokumenten, aus denen hervorgeht, dass die Gestapo auf Grund von V-Mann-Informationen eindeutig davon ausging, dass Hansen – und mit ihm Kurt Heinig – dem britischen ND in bedeutendem Umfang NS-Deutschland betreffende Informationen und Nachrichten militärischer Art lieferten. Danach soll er z.B. den Auftrag gehabt haben, präzise Informationen über Befestigungsanlagen auf Sylt und über einen elektrisch gesteuerten Torpedo, mit dem die Marine bei Eckernförde experimentierte, zu beschaffen. Fast durchweg unterstellt Madsen, dass Wurbs der Informant der Gestapo gewesen sei. Insgesamt beobachtet er eine zunehmende Hektik und Erregung Hansens, der weiterhin jede nachrichtendienstliche Betätigung im militärischen Bereich von sich weist.

Tatsächlich hatte Madsen hiermit ein sorgfältig gehütetes Tabu gebrochen. Nachrichtendienstliche Betätigung für einen fremden Geheimdienst von dänischem Boden aus war strafbar nach dänischem Strafrecht (§ 105 Straffelov) selbst dann, wenn dänische Interessen selbst unmittelbar gar nicht betroffen waren. Und in der frühen Bundesrepublik der ersten Nachkriegsjahrzehnte erschien militärischer „Landesverrat“, selbst wenn er gegen den kriegstreibenden NS-Staat gerichtet war, als in keiner Weise

akzeptabel. Das allein erklärt schon hinreichend die fast panische Abwehrreaktion Richard Hansens, unabhängig davon, auf wessen Informationen sich die Gestapo stützte.

Richard Hansen hatte in der Zeit ab ca. 1937 intensiv mit dem britischen Geheimdienst zusammengearbeitet, zu Lebzeiten aber aus nachvollziehbaren Gründen, die heute – Jahrzehnte später – keinen Bestand mehr haben können, niemals darüber gesprochen. Von 1933 an waren die Zweifel, ob das sich immer mehr verfestigende NS-Terrorregime noch von innen mit Mitteln des politischen oder gesellschaftlichen Widerstandes zu überwinden sei, immer stärker geworden. Immer deutlicher steuerte NS-Deutschland auf einen neuen großen Aggressionskrieg zu. Dass das menschenverachtende System des Nationalsozialismus siegreich aus diesem Krieg hervorgehen würde, galt es zu verhindern. Die Zusammenarbeit mit einem fremden Geheimdienst war dann ein legitimes Mittel. Andererseits: Wer als Sozialdemokrat im politischen Exil dieser Erkenntnis entsprechend gehandelt hatte, konnte im Nachkriegsdeutschland der 1950er- und 1960er-Jahre nicht mit einem mehrheitlich geteilten Einverständnis dafür rechnen.

Tatsächlich war es ab etwa 1937 gleich mehreren Gestapo-V-Leuten gelungen, in das unmittelbare Umfeld von Richard Hansen vorzudringen. Zwei Namen verdienen besondere Beachtung: Sophus Rasmussen und der in den Gestapo-Akten als „S 3“ bezeichnete Herbert Behrendt.

Sophus Rasmussen, tatsächlich oder formal beim Flensburger Zoll beschäftigt, hatte sich Hansen als bezahlter Kurier angedient und auch scheinbar erfolgreich eine Reihe von illegalen Materialtransporten durchgeführt. Er fand Richard Hansens besonderes Interesse, als er zu erkennen gab, dass er über Verbindungen verfügte, die es ihm ermöglichten, brisante militärische Informationen zu beschaffen, insbesondere über einen bei der Torpedoversuchsanstalt in Eckernförde beschäftigten Onkel. Die Torpedotechnik war für das britische Militär von höchstem strategischem Interesse. Tatsächlich beschaffte Rasmussen umfangreiches Material; ob echt oder „Spielmaterial“, muss dahingestellt bleiben. Als Mittelsmänner dienten in größerem Umfang auch Lokomotivführer Aage Lassen aus Padborg und der aus Flensburg stammende sozialdemokratische Emigrant Hans E. Hansen. Beide spielten im Rahmen des „sozialdemokratischen Grenzschnuggels“ eine zentrale Rolle.³⁷

Rasmussen war somit nicht nur Gestapo-V-Mann, sondern Doppelagent, der – weil unmittelbar involviert – für die Gestapo und sicher auch für die Abwehr, deren ureigenstes Gebiet betroffen war, ein „wertvoller“ Informant war.

Der mit Abstand intelligenteste und „erfolgreichste“ Gestapo-V-Mann war der unter verschiedenen Decknamen operierende und unmittelbar vom

Gestapa Berlin geführte Herbert Behrendt („S 3“). Ursprünglich in der Berliner Arbeiterjugend und auch im Widerstand aktiv, hatte er die Seiten gewechselt. Es war ihm gelungen, den Kontakt zum Prager Exilvorstand herzustellen und das Vertrauen zumindest einiger seiner Mitglieder (u.a. Erich Ollenhauer) zu gewinnen. Für den Prager Parteivorstand war er dann auch in internationaler Mission tätig; entsprechend groß war sein Verständnis auch für kompliziertere Probleme mit internationaler Dimension. Dass auch Richard Hansen dem ihm ausdrücklich empfohlenen „S 3“ großes Vertrauen entgegenbrachte, erscheint unter diesen Umständen wenn nicht verzeihlich, so doch verständlich. Nicht verzeihlich erscheint seine übergroße Mitteilsamkeit „S 3“ gegenüber.

Herbert Behrendts umfangreiche Berichte sind faktenreich, detailliert und (soweit überprüfbar) präzise. Sie wurden oft wortgleich in die jeweiligen Berichte verschiedener Gestapostellen (insbesondere Kiel) übernommen, wo es dann häufig hieß: „S 3 berichtet“.

Bei vielen Gestapo-Dokumenten, die Carl Madsen in seinem „Verhör“ Richard Hansen als angeblich von Kurt Wurbs stammend vorhielt, handelt es sich um Berichte von „S 3“. Man kann Carl Madsen zu Gute halten, nicht gewusst zu haben, wer sich hinter dem Kürzel „S 3“ verbarg. Erst nach der „Wende“ 1989/90 konnten die nun allgemein zugänglich gewordenen Archivbestände des Reichssicherheitshauptamtes bzw. der Gestapo systematisch ausgewertet werden.³⁸

Fazit 1

Im Hinblick auf das Gestapo-Dokument über die tatsächliche oder angebliche brisante Besprechung bei Justizminister Steincke vom 17. November 1938, das von Carl Madsen Kurt Wurbs zugeschrieben wird, und im Hinblick auf Madsens Annahme, dass Wurbs V-Mann und Informant der Gestapo gewesen sei, kann zusammenfassend festgehalten werden:

Entgegen Madsens Annahme und Überzeugung war Kurt Wurbs nicht der Einzige, der auf Grund seiner Zugehörigkeit zum inneren Führungskreis um Richard Hansen als möglicher Autor des in dem o.g. Dokument enthaltenen Berichts in Betracht kommt. Viele der Dokumente, die Madsen Richard Hansen in dem „Verhör“ vom Juni 1971 als von Wurbs stammend vorgehalten hat, stammen nachweislich nicht von Wurbs, sondern häufig von Herbert Behrendts („S 3“). Auch „S 3“ kommt beispielsweise wegen seiner besonderen „Befähigung“ als V-Mann und seiner Nähe zu dem mitteilbaren Richard Hansen als möglicher Urheber des fraglichen Dokuments in Betracht. Sicherlich ist es nicht zwangsläufig, dass z.B. „S 3“ und nicht der von Madsen verdächtige Wurbs der tatsächliche Urheber des in

dem Gestapo-Dokument wiedergegebenen Berichts gewesen sein muss. Eine mögliche Urheberschaft Wurbs' kann somit auch nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden.

Carl Madsen ist es in dem Verhör allerdings nicht gelungen, Hansen zu einer direkten Aussage zu Wurbs zu provozieren. Madsen zieht seine Schlüsse allein aus der nahezu panischen Reaktion Hansens, als er (Madsen) ihm seine nachrichtendienstliche Tätigkeit für den britischen Geheimdienst vorhält. Das aber ist ein anderes Thema, und die hierzu von Madsen herangezogenen Gestapo-Dokumente haben – soweit ersichtlich – ja auch gerade nicht Wurbs als Urheber. Das o.g. Gestapo-Dokument über die Besprechung vom 17. November 1938, das Madsen so sehr fasziniert hatte und das Auslöser seiner Recherchen und des „Verhörs“ war, kommt interessanterweise dann in dem „Verhör“ selbst gar nicht mehr zur Sprache. Madsens Argumentation ist nur auf den ersten Anschein hin überzeugend; tatsächlich schlüssig ist sie nicht.

Fingierter Bericht über eine sozialistische Konferenz

Soweit ersichtlich sind direkte Kontakte von Kurt Wurbs zur Gestapo nicht belegt, zu „oppositionellen Offizieren“, die tatsächlich der Abwehr angehörten, dagegen schon, insbesondere zu dem bereits erwähnten Marineoffizier Howoldt, mit dem es über einen langen Zeitraum einen nicht unerheblichen Austausch an Informationen gegeben hat. Zumindest teilweise erfolgte dies im Zusammenhang mit der von Wurbs herausgegebenen „Politischen Korrespondenz“ und zumindest teilweise auch in Kenntnis und sogar engem Zusammenwirken mit dem SoPaDe-Vorstand in Prag. Wurbs selbst hat darüber später Ende Februar / Anfang März 1947 in einem Verhör der dänischen Polizei ausgesagt und über eben diese Aussage zeitnah dem 1. Parteisekretär der dänischen Sozialdemokratie Oluf Carlson wie folgt berichtet:

„Die erste Unterredung [mit dem vernehmenden Polizeioffizier, d.V.] fand am Mittwoch, dem 27. 2., statt. [...] Wir begannen mit meiner Tätigkeit im Jahre 33. Ich sagte ihm, dass ich die Korrespondance herausgegeben und daneben auch noch Sonderartikel etc. geschrieben hätte. Meine Mitarbeit habe sich über alle Länder erstreckt. Amerika, England, Frankreich, Belgien, Holland, Wien, Prag – solange dies möglich war. Besonders selbstverständlich auch für die dänischen Blätter, wie ‚Social-Demokraten‘.

Mein Material erhielt ich teils von Parteifreunden in Deutschland, teils von bürgerlichen Oppositionellen, zu denen auch Howoldt gehörte. Howoldt erhielt jenes Material – wie andere Oppositionelle auch –, das ich für diesen Zweck von der SoPaDe übermittelt bekam; ich bekam von ihm

Aufklärung, was in den bürgerlichen Oppositionsgruppen vorging, und diese Mitteilungen gingen teils in meine Korrespondance, teils direkt zur SoPaDe, und wenn es sich um Material handelte, das direkt auf Dänemark Bezug hatte, aber nicht geeignet war zur Veröffentlichung, ging ich mit ihm zu H.P. Sørensen³⁹, der es entsprechend der jeweiligen Wichtigkeit an die zuständigen dänischen Instanzen weiterleitete. Howoldt war nur einer meiner Gewährsmänner während der Periode bis zur Besetzung Dänemarks.“⁴⁰

Aus der Periode von 1933 bis zur Besetzung vom 9. April 1940 ist ein einzelnes Dokument erhalten geblieben, die Abschrift eines Schreibens vom 23. August 1938⁴¹ an den „Sehr geehrte[n] Herr[n] Howoldt“.

Es handelt sich um den sehr umfangreichen Bericht über eine Konferenz mit Teilnehmern aus dem sozialistischen bzw. links-sozialdemokratischen Parteienspektrum, an der er, folgt man seinen Ausführungen, wenige Tage zuvor teilgenommen hatte, und zwar, wie er ausdrücklich hervorhebt, als offizieller Vertreter der SoPaDe. Die schwedische Sozialdemokratie sei durch den 1. Sekretär Jansson vertreten gewesen. Anwesend gewesen sei auch Rudolf Breitscheid, von dem bekannt ist, dass er im Pariser Exil nicht die offizielle Linie der Prager SoPaDe-Vorstands vertreten hat.

Der seit einiger Zeit in Oslo befindliche parteilinke Karl Böchel habe sich in seinen einleitenden Ausführungen ausdrücklich auf die „Vorgänge in Paris“ bezogen, wo „unter dem Einfluss von [dem parteilinken] Dr. Herz [Dr. Paul Hertz] und Max Braun Bestrebungen im Gange [seien], die gesamte sozialistische Emigration zusammenzufassen.“ Diskutiert worden sei ein ähnlicher Zusammenschluss „der nördlichen Emigration“, ggf. auch „über den Kopf der von der SoPaDe geleiteten Matteotitkomitees hinweg“.

Diskutiert worden sei zudem über die Situation im spanischen Bürgerkrieg und, angeblich angestoßen von Rudolf Breitscheid, über die französische Politik und vor allem auch über die Rolle des französischen Militärs im Hinblick auf einen kommenden Krieg und die derzeitigen militärischen Kräfteverhältnisse, incl. der Möglichkeit eines Präventivschlags. Gesprochen worden sei zudem über die zwischenzeitlich erfolgte Übersiedlung des SoPaDe-Vorstands von Prag nach Paris. Die tschechische Regierung habe damit ihr Ziel erreicht, nachdem sie am Anfang zwar die Ansammlung der Emigranten in Prag begrüßt habe, da sie nicht mit einer so langen Dauer des Dritten Reiches gerechnet habe. Heute habe sie größte Schwierigkeiten und wolle sich den Luxus nicht leisten, ewig von London und Deutschland auf das Vorhandensein der Emigranten hingewiesen zu werden.

Schließlich kommt Wurbs im Laufe seines Berichts noch einmal auf den o.g. Karl Böchel⁴² zurück und führt aus: „Mit Böchel hatte ich am Donnestag eine längere Unterredung. [...] Ich wollte natürlich wissen, was er in Oslo macht, wie weit er um die Verhältnisse des Bromme“⁴³ weiss, wie weit

seine Kenntnisse um die Spionage reichen. Er wusste gut um Br. [Bromme] Bescheid, kannte dessen Abgang aus Stockholm. Und da er sehr große Sympathien für die Russen hat, schien er nicht nur nichts gegen die Arbeit des Br. zu haben, sondern ihr zuzustimmen. Er verteidigte die Spione mit der seltsamen Bemerkung, dass das Dritte Reich sie ja erst zu dem zwingt, was sie betreiben.“⁴⁴

Wurbs berichtet hier von einer Konferenz, die nach allem, was wir wissen, niemals stattgefunden hat, jedenfalls nicht in Stockholm 1938.



Paul Bromme (1906–1975)

Allerdings hatte es eine ähnliche Konferenz im Jahr zuvor, 1937, gegeben, über die auch in der Presse berichtet worden war, wovon Wurbs Kenntnis gehabt haben dürfte. Einhart Lorenz, langjähriger Leiter des Archivs der norwegischen Arbeiterbewegung, schreibt hierzu in seinem Buch Willy Brandt in Norwegen:

„Die in Oslo und in Skandinavien zu diesem Zeitpunkt praktizierte Einheits- und Volksfrontarbeit fand ihren ‚Höhepunkt‘ in der Nordischen Herbstkonferenz am 16. und 17. Oktober 1937 in Göteborg., an der 23 Sozialdemokraten, Kommunisten und SAP-Mitglieder aus Oslo, Bergen, Kopenhagen, Stockholm, Göteborg und Hålsingborg teilnahmen. Die SAP stellte mit Brandt, Wassermann und Schwarz das größte Kontingent aus Oslo. Konkret beschäftigte sich die Tagung mit den Grundlagen und Aufgaben

der Volksfront im Exil und in Norddeutschland sowie mit Betriebs- und Gewerkschaftsfragen, Jugendarbeit und antifaschistischer Hilfsarbeit.“⁴⁵

Zu den Teilnehmern der Konferenz in Göteborg 1937 hatte auch der von Wurbs ausdrücklich genannte Lübecker Sozialdemokrat Paul Bromme gehört, der sich im skandinavischen Exil der Gruppierung der „Revolutionären Sozialisten (RS)“ angeschlossen hatte bzw. in Stockholm dem „Rydlingkreis“ angehörte. In der politischen Bromme-Biografie von Ulrich Meyenborg wird ausgeführt:

„Er schließt sich, als Vertreter der SoPaDe und der RS, dem „Rydlingkreis“, an. Hier wurde mit der SAP und den Kommunisten nicht nur über eine zukünftige antifaschistische Einheitsfront der Arbeiterklasse (Volksfront) diskutiert, sondern es wurden auch die „Deutschlandbriefe“ (brev från Tyskland) herausgebracht, die nicht nur in verschiedenen Städten in

Schweden verkauft wurden und die auch in Hilfspaketen an die Familien von KZ-Insassen in Deutschland verschickt wurden.

Die nachträgliche Berichterstattung über ein großes Treffen in Göteborg, an der Emigranten aus allen skandinavischen Ländern teilnahmen, lösten dann die Vorgänge aus, die zur Übersiedlung Paul Brommes nach Norwegen führten. In einer Artikelserie wurde das Treffen als nordische „GPU-Konferenz“ [Anspielung auf den sowjetischen Geheimdienst GPU, d.V.] bezeichnet und Paul Bromme zu einem Agenten des russisch-tschechischen-französischen Geheimdienstes gestempelt. (Hierzu Bromme, Zitat:) „Es war klar, dass ich auf diese Weise noch mehr die Aufmerksamkeit der Stockholmer Sicherheitspolizei auf mich lenkte, die natürlich auf alle Flüchtlinge Obacht gab. Ich machte dann auch sehr bald Bekanntschaft mit dem Polizeigefängnis in Stockholm. Aber die anfangs gravierenden Beschuldigungen lösten sich nach einigen Tagen des Verhörs in ‚unerlaubte politische Betätigung‘ auf, die ich weder bestreiten konnte noch wollte.“⁴⁶

An anderer Stelle hat Bromme ergänzend ausgeführt: „Die Konferenz in Göteborg, die keine neuen politischen Erkenntnisse brachte, wurde einige Wochen später in der [angeblich, d.V.] sozialistischen Zeitung ‚Folkets Dagblad‘ als eine nordische GPU-Konferenz bezeichnet. ‚Folkets Dagblad‘ hatte sich damals schon an die Nazis verkauft. Bei Kriegsausbruch entpuppte es sich offen als ein nazistisches Propagandaorgan.“⁴⁷

Die tendenziöse Berichterstattung hatte Bromme in erhebliche Schwierigkeiten gebracht; er war in das Visier der nicht gerade zimperlichen oder linksverdächtigen schwedischen „Säpo“ (Sicherheitspolizei) geraten. Um weiter unbehelligt politisch arbeiten zu können, zog er es vor, nach Oslo auszuweichen. Die Besetzung Norwegens am 9. April 1940 erzwang dann seine Rückkehr nach Schweden.

Die Berichterstattung in *Folkets Dagblad* lässt sich nur als „üble Nachrede“ bezeichnen. Die nicht-kommunistischen, nämlich sozialistischen bzw. links-sozialdemokratischen oder auch links-bürgerlichen Teilnehmer an den damaligen Diskussionen bzw. Bestrebungen für eine sozialistische Einheitsfront oder Volksfront waren keineswegs kommunistisch gesteuerte Agenten einer fremden Macht. Die Verdächtigung, für einen fremden Geheimdienst zu arbeiten, war andererseits geeignet, wenn schon nicht zu strafrechtlicher Verfolgung, so doch zu einer möglichen Ausweisung aus Schweden zu führen.

Tatsächlich ist Bromme mit großer Wahrscheinlichkeit neben seiner politischen Arbeit auch für einen fremden Geheimdienst in Rüstungsangelegenheiten tätig gewesen. Hinweise darauf finden sich in einer Reihe von Dokumenten von Gestapo und Abwehr in verschiedensten Archiven und Sammlungen. Allerdings dürfte es sich um den britischen Geheimdienst

gehandelt haben. Motivation und Legitimation dürften ähnlich wie bei Richard Hansen gewesen sein, auch wenn Bromme durchaus unabhängig von Hansen operiert hat.

Allem Anschein nach hat Wurbs hier, möglicherweise gutgläubig, Dinge kolportiert, die er einschlägigen Presseveröffentlichungen entnommen hatte. Im Zusammenhang mit den späteren Vernehmungen durch die dänische Polizei Ende 1945 und Anfang 1947 hat er hervorgehoben, dass er i.d.R. nur weitergegeben habe, was aus derartigen Quellen zugänglich war, und er keinerlei Geheimnisverrat oder Spitzeldienste geleistet habe. Er räumt ein, einiges „erdichtet“ zu haben, indem er z.B. bestimmte sachlich möglicherweise durchaus zutreffende Aussagen als konkrete Interviewäußerungen wiedergibt, also, wenn man so will, als Stilmittel aus dem journalistischen Instrumentenkasten, um seinem Bericht den Anschein größerer Authentizität zu geben.

In diese Kategorie scheint auch die Berichterstattung über eine Konferenz zu fallen, die so, zum angegebenen Ort und Zeitpunkt, gar nicht stattgefunden hat, wobei ein Großteil der berichteten Umstände nicht unzutreffend oder abwegig zu sein scheint. Aber eben dies erschwert es, Wurbs, seine Person und Handlungsweise sicher einzuschätzen. Und im Fall „Bromme“ wird deutlich, dass dabei auch die Grenze, wo einem Dritten möglicherweise Schaden zugefügt wird, überschritten werden kann.

Der von Wurbs verfasste Tagungsbericht enthält im Übrigen Widersprüche, die die Zweifel verstärken, dass er tatsächlich an einer solchen Konferenz teilgenommen hat. So betont er am Anfang, dass er ausdrücklich als einziger anwesender offizieller Vertreter der SoPaDe begrüßt worden sei. Später bezieht er sich ausdrücklich auf den ebenfalls angeblich anwesenden Hans Vogel, immerhin der zusammen mit Otto Wels amtierende Ko-Vorsitzende der SPD / SoPaDe. Und schließlich war in der zweiten Hälfte des Jahres 1938 der Höhepunkt der Volksfrontbestrebungen bereits überschritten, u.a. weil angesichts der grotesken Moskauer Prozesse und der Rolle der Komintern im spanischen Bürgerkrieg die Skepsis gegenüber den Kommunisten gewachsen war.

„Die Geldfrage“

Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Kurt Heinig, der als einer der profiliertesten sozialdemokratischen Emigranten in Dänemark zum engsten Führungskreis gehört hatte und nach seiner Weiterflucht nach Schweden Richard Hansen in der Funktion als Leiter der SoPaDe-Emigrantengruppe nachgefolgt war, äußerte sich in einem Schreiben vom 20. Januar 1947

an Hans Hedtoft neben anderen vorrangigen Themen auch zu Kurt Wurbs, und das mit drastischen Worten. Wurbs sei zweifellos ein phantastischer Lügner und seit langem darin erfahren, dass man damit täuschen und Geld verdienen kann, ein „Geschäftsmann“ in politischen Nachrichten. Schon bald nach 1933 habe man festgestellt, dass er vertrauliche politische Informationen, die er an Otto Wels lieferte, auch an die Kommunisten weitergeben habe.

Und weiter: „Dann haben der alte H.P. Hanssen⁴⁸ zusammen mit dem Oberamtmann Thomson und ich festgestellt, dass Wurbs über eine angebliche Konferenz mit dem deutschen Marinenachrichtendienst berichtete, die gar nicht stattgefunden hatte – aber Reisegeld und Unkosten hatte er sowohl von Otto Wels und von H.P. Hanssen genommen.“⁴⁹

Kurt Heinig selbst war nicht nur einer der profiliertesten, sondern auch einer der schwierigsten unter den sozialdemokratischen Emigranten in Dänemark bzw. Schweden, in hohem Maße von sich selbst überzeugt mit einer Neigung zur Überheblichkeit und einseitigen Werturteilen über seine Genossen, der dann in seiner Funktion als offizieller Leiter der SoPaDe-Gruppe im schwedischen Exil stark polarisierend gewirkt hat.⁵⁰ Gleichwohl sind die von ihm erhobenen Vorwürfe schwerwiegend.

Waren also Handlungs- und Vorgehensweise von Kurt Wurbs vorrangig von finanziellen Interessen bestimmt? War dies das treibende Motiv, das ihn, der sich 1932 anlässlich des Hitler-/Wurbs-Verfahrens als entschiedener Nazigegner hervorgetan hatte, zum „Verräter“ werden ließ?

Kurt Wurbs hatte, wie oben bereits angedeutet, ein legitimes Motiv, zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Die 15 Kro-



Kurt Heinig (1886–1958)



Otto Wels (1873–1939), SPD-Vorsitzender von 1919 bis 1939

Quelle: AdasD/FES 6/FOTAG8863

Quelle: <http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/images/highres/10002240%20copy.jpg> CC BY-SA 4.0

nen wöchentlicher Matteotti-Unterstützung waren weder dafür bestimmt noch auch nur annähernd ausreichend, um damit seine in hilfloser Lage in Kiel zurückgelassene umfangreiche Familie zu unterstützen. Dass er darunter extrem gelitten hat bis hin zu schweren psychischen (depressiven) Störungen, erscheint glaubwürdig und belegt, ungeachtet des späteren Scheiterns seiner unter hohem Belastungsdruck stehenden Ehe. Die Annahme, dass er versucht hat, mit Hilfe zusätzlicher Einnahmen seine Familie zu

unterstützen, ist sicherlich plausibel. Was er dafür einsetzen konnte, waren u.a. seine journalistischen Fähigkeiten und seine Kontakte. Und sicherlich hat er dabei nicht nur gelegentlich Grenzen überschritten.

Im Laufe des Jahres 1946 (bzw. gegen Ende 1946) hatten die eng mit dem während der Besatzungszeit gebildeten „Frihedsråd“ verbundenen Zeitungen *Land og Folk* und *Information*, insbesondere die kommunistisch orientierte *Land og Folk*, in mehreren Artikeln über den vermeintlichen „Stikker“ (Spitzel) der deutschen Abwehr berichtet. Sie stützten sich dabei auf inzwischen bekannt gewordene Berichte, die Wurbs für seine Verbindungsleute bei der Abwehr geschrieben hatte, und auf Aussagen des Gestapo-Kommissars Hans Hermannsen, bis 1940 Leiter des Gestapo-Grenzkommissariats Flensburg, ab Ende April 1940 in leitender Gestapofunktion in Kopenhagen. Nach der Befreiung Dänemarks hat Hermannsen dann eng mit den dänischen Behörden zusam-



Quelle: Aalborg Stadsarkiv 851-01B2668

Hermann Hermannsen, Leiter der Abteilung Kommunistenbekämpfung der Gestapo in Dänemark, 1940 bis 1945

mengearbeitet, wohl um sich selbst zu entlasten, und dabei, wie jedenfalls Wurbs hervorhob, Dritte belastet. Danach sollte Wurbs ein „hoch bezahlter Agent Andersens“⁵¹ gewesen sein.

In ausführlichen Anmerkungen zu diesen Artikeln hat Wurbs u.a. ausgeführt: „Von solcher Bezahlung habe ich nichts gespürt. Mit Ausnahme von Zigarren und Zigaretten bekam ich nichts – und die Rauchwaren auch erst, als man nichts mehr kaufen konnte. [...] Von den Monarchisten [i.e. NS-oppositionelle Offiziere mit einer monarchistischen Grundhaltung, d.V.] bekam ich auch nichts, nicht einmal, was ich zu Recht hätte beanspruchen können. Dafür nur ein Beispiel: Etwa 35/36 fragte Kpt. Topp⁵², ob man mir nicht helfen könne, wenn man schon Pengehilfe aus ihrem, der Opposition,

Propagandafond ablehne. Ich sagte ihm, ich verdiene, was ich zum Leben dringend brauche, durch meine schriftstellerische Arbeit. Er meinte, schreibe doch mal ein paar kleine unpolitische Novellen. Wir werden sie absetzen bei unseren Zeitungen, und du bekommst ein paar Kronen.

Schön, dagegen war nichts einzuwenden, und ich übersetzte Szenen aus Peter Freuchens „Min anden Ungdom“ und Ähnliches. Howoldt teilte mir später mit, man habe die Novellen (im Verlauf einiger Wochen etwa 15 Stück) gut unterbringen können. – Aber man stelle sich meine Verwunderrung vor, als ich auch für sie nicht einen Öre erhielt.⁵³

Nachfolgend erörterte Wurbs die Möglichkeit, dass Hermannsen seinerzeit als grenznaher Gestapobeamter von der Abwehr gebeten oder beauftragt war, Geldbriefe an Kontrollen vorbei über die Grenze zu schaffen, und das Geld unterschlagen habe. Wurbs weiter: „Ich hätte natürlich nach dem Verbleib des Geldes fragen können, aber in Geldfragen bin ich äußerst empfindlich, und um jeden Anschein zu vermeiden, dass ich von den Leuten Geld möchte, habe ich niemals um das Honorar gefragt.“⁵⁴

Die leitenden Abwehroffiziere Kapitän zur See Albert Howoldt und Major Carl Andersen sowie später auch ein Oberleutnant Falland, mit denen Wurbs in Verbindung gestanden hat, sind nach der Kapitulation bzw. Befreiung ebenfalls von der dänischen Polizei Anfang 1947 verhört worden. Wurbs' Verbindung zu ihnen endete offensichtlich nicht mit dem Tag der Befreiung. Unmittelbar nach ihren Vernehmungen haben sie jeweils Wurbs im Detail berichtet; Wurbs hat den Inhalt seinerseits zeitnah in Berichtsform an den „lieben Oluf Carlsson“, 1. Sekretär der dänischen Sozialdemokratie, weitergeleitet. Die Annahme einer Zeugenabsprache und „korrekten“ politischen Ausrichtung ihrer Aussagen drängt sich auf. Über die Motive hierfür lässt sich nur spekulieren. Danach hat Kpt. z. See Howoldt u.a. ausgesagt:

„Militärische Geheimnisse habe er [Howoldt] mir niemals verraten, das habe ihm seine militärische Ehre als Offizier verboten. [...] Er sei mit mir auf dem brieflichen Wege nach 33 in Verbindung getreten und habe auch einige Male kleinere Geldbeträge an mich per Brief geschickt, da ich ihm bzw. der Opposition Novellen und Jagdszenen mit dem Ersuchen übermittlelt habe, diese in den Zeitungen unterzubringen, auf die die Opposition Einfluss habe. Ob er diese Briefe zur Beförderung Hermannsen übergeben habe? fragte man ihn, und er meinte, dies sei leicht möglich, da man für solche Zwecke Hermannsen oft gebraucht habe; die Marine benutzte Hermannsen nicht selten für solche Aufgaben. [...] Ob H. mir Geld gegeben habe, als er sich nach der Besetzung in Dänemark aufhielt? wurde er gefragt. Das könne schon sein, sagte er; denn er könne sich nur sehr dunkel daran erinnern.“

Hierzu fügte Wurbs in seinem Bericht in Klammern folgende Anmerkung an: „(Das stimmt insofern, als mir einmal Klamroth ein paar hundert Kronen anbot und mir sagte: Wir sind ja hier mehrere Offiziere, die Ihnen gerne auch finanziell helfen möchten. Ich lehnte das Geld ab, worauf Klamroth meinte: Ja, Mensch, wenn Sie schon so empfindlich sind, dann malen Sie uns ein paar Jagdbilder. Und das habe ich später dann auch getan.)“⁵⁵

Auch Major Andersen hat in seiner Vernehmung im entsprechenden Sinne ausgesagt, wie sich aus Wurbs' weitergeleiteten Bericht ergibt: „Was Geldzahlungen angehe, so hätte ich jede Unterstützung immer abgelehnt. Aber er und andere hätten dafür gesorgt, dass meine Bilder immer gekauft wurden.“⁵⁶

Kurt Wurbs selbst hat der Führung der dänischen Sozialdemokratie über sein Verhör durch die dänische Polizei Ende Januar 1947 u.a. berichtet, dass er dort folgendes ausgesagt hat: „Die Geldfrage: Bezahlung habe ich keine erhalten. Tatsache sei, dass ich eine Anzahl Bilder – 8 – 10 – an Andersen verkauft habe und auch an Klamroth; mir wurde aber ausdrücklich gesagt, dass das Geld (der Preis schwankte zwischen 200 und 500 Kronen) aus den Taschen der oppositionellen Offiziere kam, weil ich jede andere Form der Unterstützung immer ablehnte.“⁵⁷

Ganz offensichtlich war „die Geldfrage“ für Wurbs eine heikle Angelegenheit. Auch er bestreitet nicht, dass es Geldzahlungen tatsächlich gegeben hat oder sie (im Falle der Honorare für gelieferte „Novellen“-Texte) zumindest vereinbart waren. Fraglich ist, wofür die Zahlungen geleistet wurden und in welcher Höhe. Welches der tatsächlich Wert der an Major Andersen und an Major Klamroth⁵⁸ verkauften Bilder war, ist unbekannt. Und wir wissen auch nicht, welches der Marktwert vergleichbarer Bilder Anfang der 40er-Jahre gewesen sein mag. Offenkundig ist aber, dass es sich bei Beträgen zwischen 200 und 300 Kronen um damals beträchtliche Summen gehandelt haben muss. Deutlich wird dies insbesondere, wenn man sie in Relation setzt zu der an Wurbs und andere Emigranten gezahlten Unterstützung des Matteotti-Komitees von wöchentlich 15 Kronen. Es spricht also einiges dafür, dass die gezahlten Kaufpreise den adäquaten Gegenwert weit überschritten haben.

Man könnte danach schlussfolgern, dass Wurbs zu allererst aus finanziellem Interesse als bezahlter Agent der Abwehr tätig gewesen ist. Zwingend ist dies nicht, auch wenn man in Betracht zieht, dass Wurbs ein legitimes Interesse an zusätzlichen Einnahmen hatte, nämlich um seiner in hilfloser Lage in Kiel zurückgelassenen Familie zumindest finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. Möglich ist, dass die gewählte Form von Leistung und Gegenleistung unausgesprochen der Gesichtswahrung und Gewissensberuhigung dienen sollte.

Portfolio: Kurt Wurbs als Kunstmaler

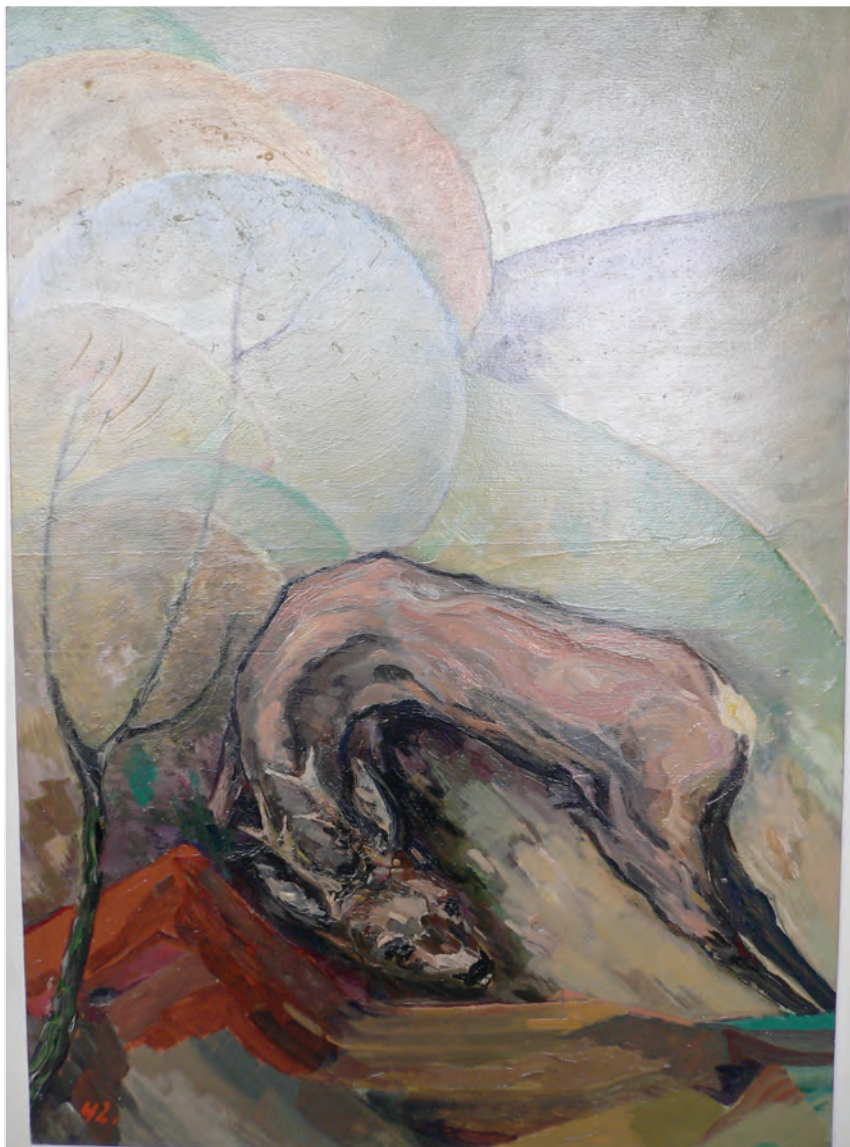
Die Bilder entstanden zumeist in den 1940er-Jahren unter Kurt Wurbs' Künstlernamen Kurt Paul. Sie befinden sich in Privatbesitz.



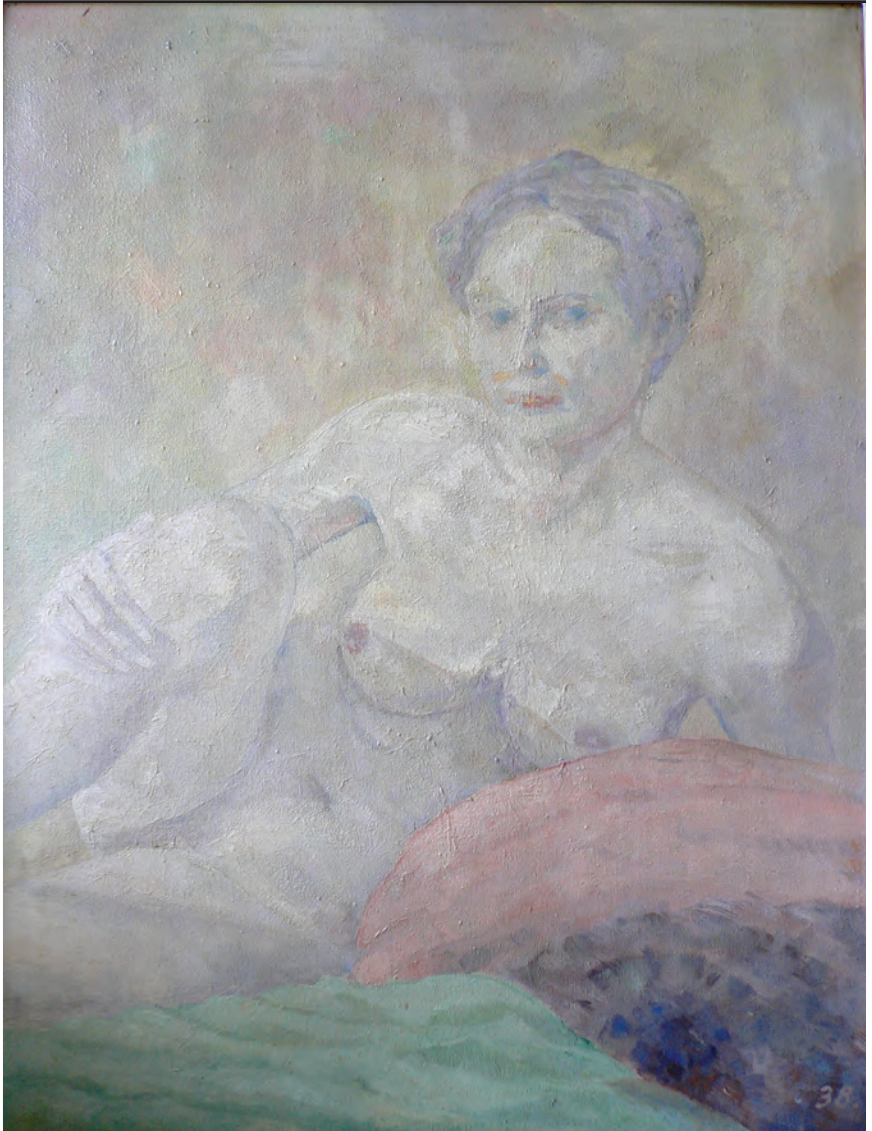
Reh, ca. 1940



Seitlicher Akt, Skizze, 1941



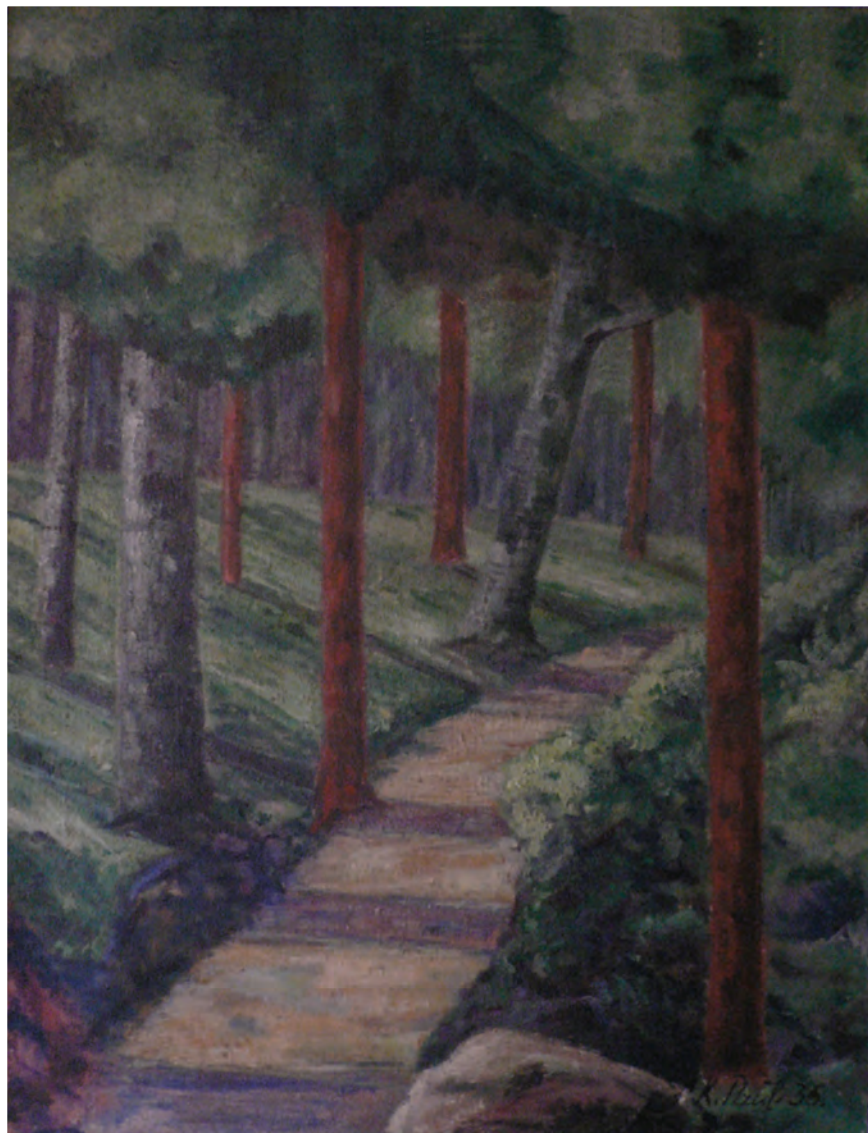
Ohne Titel, Entstehungsjahr unbekannt



Ohne Titel, Entstehungsjahr unbekannt



Ohne Titel, Entstehungsjahr unbekannt



Waldweg, 1936

Mögliche Geldleistungen, deren exakte Höhe, Zweckbestimmung und Angemessenheit nicht vollständig zu klären sind, lassen Kurt Wurbs' Glaubwürdigkeit und Integrität in einem zweifelhaften Licht erscheinen. Umso bedeutsamer sind dann die Personen, die diese Geldzahlungen zugesagt und zumindest teilweise auch erbracht haben. Wurbs selbst spricht von „oppositionellen Offizieren“ und nennt vier Namen: Kapitän zur See Howoldt, Major Andersen, Oberleutnant Falland und Major Klamroth. Von den drei Erstgenannten haben wir nur bruchstückhafte oder gar keine näheren Kenntnisse, mehr dagegen von Major Hans Georg Klamroth.

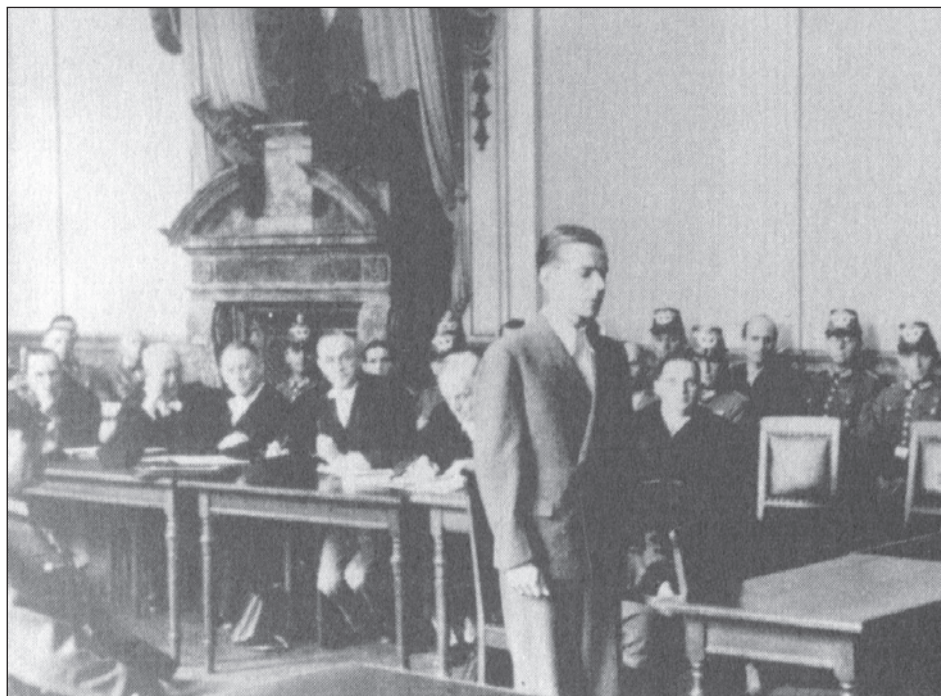
In dem bereits erwähnten Bericht über seine Vernehmung durch die dänische Polizei Ende Februar / Anfang März 1947 hat Wurbs über den Beginn und die Art seiner Zusammenarbeit mit Klamroth u.a. ausgeführt: „Wir begannen mit dem ersten Zusammentreffen zwischen mir, Howoldt und dem gehängten Klamroth. Ob schon meine Arbeit festgelegt worden wäre? Ich sagte nein. Howoldt sagte mir, ich solle mit Klamroth alles Nötige verabreden; das einzige, was er wolle, sei: Ich müsse dableiben [d.h. unmittelbar nach der Besetzung Dänemarks nicht nach Schweden weiter flüchten wie ein Großteil der deutschen Emigranten, d.V.] und helfen, dass die Nazi nicht in die Lage kommen, Stauning zu stürzen und norwegische Zustände in Dänemark herbeizuführen.

Von Klamroth verlangte ich an jenem Abend, dass er versuchen solle zu erfahren, was die Pläne der dänischen und die der deutschen Nazi und die Absichten des Berliner Außenministeriums seien. Wenn er das wüsste, solle er mir Bescheid geben. Nach 14 Tagen war er dann mit mir zusammen und er berichtete, was er wusste. Darauf begannen wir die Abwehrarbeit. [...] In den meisten Fällen waren die Berichte eine direkte Zusammenarbeit mit Klamroth, später mit Andersen. Ich hatte zwar die illegalen Blätter, das Radio, die schwedischen Zeitungen und meine eigene Urteilskraft, aber zu vielen mir unbekannten Einzelheiten brauchte ich die Miteilungen der deutschen Offiziere.“⁵⁹

Exkurs 2: „Der gehängte Klamroth“:

Hans Georg und Bernhard Klamroth – zwei Abwehr-Offiziere im Widerstand

Sie waren eng miteinander verwandt und entstammten einer angesehenen großbürgerlichen Kaufmannsfamilie in Halberstadt am nordöstlichen Rand des Harzes. Sie waren Vettern zweiten Grades, und da der jüngere von beiden, Bernhard, eine Tochter von Hans Georg geheiratet hatte, war dieser, Hans Georg Klamroth, zugleich der Schwiegervater von Bernhard. Während des Zweiten Weltkriegs waren beide zeitgleich, aber unabhängig



Quelle: Wibke Bruns, *Meines Vaters Land*, letzte Seite

Bernhard Klamroth vor dem Volksgerichtshof

voneinander als Offiziere für die Abwehr tätig. Von ihrer Herkunft und ihrer politischen Grundeinstellung her waren sie keine „geborenen“ Nazi-gegner gewesen, im Gegenteil.

Am Ende aber teilten sie das gleiche schreckliche Schicksal. Im Zusammenhang mit der Verschwörung und dem gescheiterten Hitler-Attentat des 20. Juli 1944 wurden sie im so genannten dritten Schauprozess des „Volksgerichtshofs“ am 15. August zum Tode verurteilt und am 26. August 1944 auf bestialische Weise umgebracht, durch qualvolles Erhängen, gemeinsam mit u.a. Adam von Trott zu Solz, hochrangiger Diplomat des Auswärtigen Amtes und designierter außenpolitischer Sprecher der Verschwörer.

Alle wesentlichen Informationen zu den beiden Klamroths sind dem Buch „Meines Vaters Land – Eine deutsche Familiengeschichte“⁶⁰ entnommen. Die Autorin, die 2019 verstorbene Wibke Bruhns, geborene Klamroth, war die jüngste Tochter von Hans Georg Klamroth und damit zugleich die Schwägerin von Bernhard Klamroth. Als renommierte Journalistin, Fernsehmoderatorin und Autorin konnte sie alle Möglichkeiten professioneller Recherche für ihr faktenreiches und anschauliches und mit kritischer Empathie geschriebenes Buch nutzen.

Allerdings, beim Thema Widerstand und Verschwörung stößt auch sie an Grenzen. Beide Klamroths haben über ihre Widerstandstätigkeit eisern geschwiegen, auch gegenüber allerengsten Familienangehörigen. Schriftliche Aufzeichnungen hierzu haben sie nicht hinterlassen. Auch die Protokolle des Schauprozesses und der Ermittlungen sind offensichtlich nichtsagend, da die Betroffenen trotz unvorstellbaren Drucks weder umfassend gestanden noch sich gegenseitig belastet haben. Details über ihre Widerstandstätigkeit in der Abwehr und über einzelne Kontakteleute im Zusammenhang damit sucht man darin vergeblich. Und wirklich erklären, was ihren Vater, den Kaufmann, Unternehmer und Offizier der Reserve, der nach 1933 auch in der Reiter-SS aktiv war, an die Seite des Widerstands gebracht hat, kann Wibke Bruns nicht. Was sie herausgefunden hat, ist gleichwohl bedeutsam.

Hans Georg Klamroth hatte als junger Offizier am Ersten Weltkrieg teilgenommen und war nach einem einjährigen USA-Aufenthalt 1923/24 in das Familienunternehmen in Halberstadt eingetreten, dessen Leitung er später übernehmen sollte. Das Unternehmen handelte in großem Stil, auch im Außenhandel, mit Saatgut und Düngemitteln. 1939 wurde er als Reserveoffizier reaktiviert und nahm zunächst am Polenfeldzug teil. 1940 wurde er nach Dänemark geschickt, nunmehr als „Offizier zur besonderen Verwendung“ (Abwehroffizier). Sein offensichtliches Sprachtalent dürfte dabei eine Rolle gespielt haben. Er sprach sehr gut Dänisch. Seine Schwiegermutter stammte aus Dänemark, von der Insel Lolland. Zu ihrer Familie bestand eine freundschaftlich-herzliche Beziehung, in die Hans-Georg eingebunden war. Darüber hinaus gab es geschäftliche Kontakte im noch stark agrarisch geprägten Dänemark. Der kontaktfreudige Hans Georg Klamroth war in Dänemark, für das er offensichtlich Sympathie empfand, im Vorwege gut „vernetzt“. Seiner Abwendung vom chauvinistischen Nationalsozialismus mag dies förderlich gewesen sein.

Die Abordnung, getarnt als ziviler „Geschäftsmann“, erfolgte bereits im Februar, also mehr als einen Monat vor der militärischen Besetzung Dänemarks am 9. April 1940. Angeblich hatte er den Auftrag, ein gemeinsames deutsch-dänisches Saatgut-Handelsunternehmen aufzubauen. Nach dem 9. April war er dann für zwei Jahre offiziell Besatzungsoffizier (Major), tatsächlich Abwehroffizier (mit Kpt. zur See Howoldt als Leiter der „Abwehrstelle Kopenhagen“).

Im Februar 1942 wurde er „auf eigenen Wunsch“ (die tatsächlichen Motive sind nicht bekannt) an die Ostfront versetzt, als Abwehrmann nunmehr zuständig für die ebenso „fordernde“ wie brutale Partisanenbekämpfung. Im März 1943 wurde er zurückversetzt nach Berlin in das „Amt Ausland Abwehr III im OKW“ (Oberkommando der Wehrmacht),



Quelle: Wibke Bruns, Meines Vaters Land, S.353

Hans Georg Klamroth vor dem Volksgerichtshof

zuständig nunmehr für den „abwehrmäßigen“ (militärisch-geheimdienstlichen) Schutz der Rüstungsindustrie, u.a. für den Schutz der Entwicklung der „Wunderwaffen“-Raketen V1 und V2. Somit hatte er seit Februar 1942 keine direkte (dienstliche) Verbindung mehr zu dänischen Angelegenheiten.

Der wesentlich jüngere, 1920 geborene Bernhard Klamroth war ein ambitionierter „begabter“ Berufsoffizier (Eintritt in die Reichswehr 1930), dem ein rascher Aufstieg zum Oberstleutnant gelang. Als Offizier der 10. Panzerdivision nahm er am Polen-, Frankreich- und Russlandfeldzug teil. Auf Betreiben von Generalmajor Hellmut Stieff wurde er 1942 in den Generalstab der 4. Armee berufen und 1943 zum OKH (Oberkomman-

do des Heeres) mit Sitz in Mauerwald/Ostpreußen, unweit von Hitlers ostpreußischem „Führerhauptquartier Wolfsschanze“. Wie im Fall von Hans Georg Klamroth ist nicht bekannt, wann seine Hinwendung zum Widerstand begann. Aber im Unterschied zu diesem gehörte Bernhard Klamroth zum engsten militärischen Verschwörerkreis. Sein unmittelbarer Vorgesetzter Generalmajor Stieff war einer der Hauptakteure in Sachen „Beseitigung“ (Verhaftung oder Tötung) Hitlers. Die Position, die Bernhard Klamroth innehatte (d.h. mit Stieff als unmittelbarem Vorgesetzten), hatte vor ihm Claus Schenck von Stauffenberg inne, der (gescheiterte) Attentäter vom 20. Juli 1940. Bernhard Klamroth besorgte zusammen mit Oberleutnant Albrecht von Hagen den Sprengstoff für die Bombe.

Von diesen Bestrebungen hatte auch Hans Georg Kenntnis. Mehr als die (eher passive) Teilnahme an einer Zusammenkunft vor dem Attentat und die Verbindung zu mehreren Beteiligten konnte ihm allerdings nicht nachgewiesen werden. Seine ihm nachgewiesene „Mitwisserschaft“ reichte dem Volksgerichtshof jedoch aus, ihn das gleiche furchtbare Schicksal wie den Haupt- bzw. Mittäter Bernhard Klamroth erleiden zu lassen. Vieles spricht



Cécil von Renthe-Finck, Diplomat, von 1936 bis 1942 deutscher Gesandter in Kopenhagen, nach dem 9. April 1940 zugleich Reichsbevollmächtigter für das besetzte Dänemark

allerdings dafür, dass Hans Georg Klamroth tatsächlich in stärkerem Maße denn als bloßer „Mitwisser“ involviert war. Auch seine aus NS-Sicht „landesverräterische“ Betätigung während seiner Zeit in Dänemark spielte, weil unerkannt geblieben, im Verfahren des Volksgerichtshofs keine Rolle.

Wibke Bruhns beschreibt die Rolle ihres Vaters als Besatzungsoffizier und Abwehrmann in Dänemark wie folgt: „Es war ein militärischer Befehl, der HG [Hans Georg] nach Dänemark beordert hat, und ich weiß nicht, ob er den hätte verweigern können. [...] Ich weiß aber nicht, ob dieser Befehl HG zuwidergelaufen ist. Tatsächlich hat es sich als Glücksfall erwiesen, dass er dort war. Der zweite Mann der dänischen Abwehr, Oberst [Hans Mathiesen] Lunding, schreibt in seinen Erinnerungen 1968, HG habe die Dänen mehrfach vor Aktionen der Deutschen gewarnt und sie in den Stand versetzt, ihre Widerstandsgruppen zu schützen. Hatte er sich das vorgenommen, als er in Berlin das Einmaleins der Abwehr lernte?“⁶¹

Situation und Ausgangslage, die HG Klamroth 1940 in Dänemark vorfand und die auch für einen dort nach der Besetzung verbliebenen Emigranten wie Kurt Wurbs bestimmend waren, charakterisiert sie treffend wie folgt: „Allerdings war die deutsche Besatzungspolitik in Dänemark, anders als in anderen okkupierten Ländern, in den Anfangsjahren moderat. Die dänische Verfassung blieb in Kraft, der dänische König im Amt, Regierung,

Verwaltung und Parlament [sowie Gerichte und Justiz, d.V.] setzten ihre Arbeit fort. Es gab keine deutsche Militäradministration wie in Frankreich oder Belgien und keinen nationalsozialistischen Reichskommissar wie in Norwegen oder Holland. Die deutschen Belange wurden weiterhin durch den bisherigen Gesandten Cécil von Renthe-Fink vertreten. Die wenigen dänischen Nazis waren an der Regierung nicht beteiligt und politisch irrelevant. Sogar die kleine dänische Armee blieb [zunächst, d.h. bis Ende August 1943, d.V.] intakt und bewaffnet. Bis zum Spätherbst 1943 lebten die knapp 7000 Juden im Land unbehelligt, dann wurden sie fast vollzählig nach Schweden gerettet. Zu der Zeit war HG schon an der Ostfront.

Die ‚weiche‘ Besetzung Dänemarks war ein Experiment und Gegenstand ständiger Auseinandersetzungen zwischen SS, Wehrmacht und Auswärtigem Amt. Die Streitfrage ging darum, ob die Politik der Partnerschaft langfristig den deutschen Interessen besser diene als die der Unterdrückung etwa wie in Norwegen. Ohne dänische Agrarexporte nach Deutschland konnte das Reich nicht existieren, sie deckten zwischen 10 und 15 Prozent des Gesamtbedarfs an Lebensmitteln. Abgesehen von den Besatzungstruppen war der Personalaufwand gering – Werner Best, der spätere Reichsbevollmächtigte in Dänemark, kam mit 215 Angestellten und Beamten aus. Eine Besatzung, die dem Land seine Autonomie ließ, würde – war die Vermutung – weniger Widerstand erzeugen und weniger Sicherheitskräfte binden.

Zu Anfang klappte das ganz gut; denn die dänische Regierung hatte ein Interesse daran, das Land intakt zu halten einschließlich funktionierender Zeitungen und Hochschulen, frei von Nazi-Agitationszentren oder Flaggen- und Aufmarschzwang. Dänemark wollte möglichst unbeschadet durch den Krieg kommen ohne Gesichtsverlust wegen übermäßiger Deutschen-Hörigkeit. Klugen Männern auf beiden Seiten gelang dieser Drahtseilakt, bis 1943 wechselseitige Gewalt das Experiment scheitern ließ.

In den Jahren, als HG in Kopenhagen war, haben Bevölkerung und die im Verhältnis dazu wenigen Deutschen – wenige, weil die Besatzungstruppen bald reduziert worden waren – sich miteinander arrangiert. Es war eine kühle Zweckgemeinschaft, die Dänen liebten die Deutschen nicht. Aber der wütende Hass auf die Besatzer kam erst später.⁶²

Der von Wibke Bruhns zitierte Oberst Lunding stammte aus dem seinerzeit noch zu Preußen-Deutschland gehörenden Nordschleswig. Als dänisch gesinnter Nordschleswiger hatte er am Ersten Weltkrieg auf deutscher Seite teilgenommen, 1918/19 für Dänemark optiert und seine militärische Laufbahn im dänischen Militär erfolgreich fortgesetzt. Er war somit perfekt zweisprachig, beide Seiten waren ihm gleichermaßen vertraut. Als Dänemark besetzt wurde, war er stellvertretender Leiter der dänischen militärischen Abwehr („Efterretningstjeneste“). Während der

oben beschriebenen Periode der „Verständigungs-“ oder „Zusammenarbeitspolitik“ war er zur „loyalen“ Zusammenarbeit mit den deutschen Dienststellen verpflichtet und pflegte auch diese Kontakte.⁶³

In seinen „Lebenserinnerungen“⁶⁴ beschreibt Lunding unter anderem seine Zusammenarbeit mit u.a. Hans Georg Klamroth: „Um überhaupt existieren zu können, war es für den dänischen Generalstab notwendig, eine gewisse Verbindung mit den Deutschen aufrecht zu erhalten, und keine Gelegenheit wurde versäumt, ihnen gegenüber zu unterstreichen, dass dänische Offiziere sich nicht an irgendwelchen Betätigungen gegen die Wehrmacht beteiligten. Das war in genauer Übereinstimmung mit dem englischen Nachrichtendienst.

Für die „Efterretnings“-Abteilung war die Verbindung mit den Deutschen dadurch bedeutsam, dass wir schlicht und einfach Massen an Informationen von ihnen bekamen, und wir somit in der Lage waren, Fallschirmleute [d.h. Widerständler, die die Aufgabe hatten, von den Briten mit Fallschirmen abgeworfenes Material und Waffen zu bergen] und illegale Gruppen über bevorstehende deutsche Aktionen gegen sie zu warnen.

Ein kleiner Coup war uns gelungen, als es uns geradezu glückte, den deutschen Major Klamroth von der deutschen Abwehr als Informant für uns zu gewinnen. Er versorgte uns mit höchst wertvollen Informationen. Klamroth gehörte zur deutschen Widerstandsbewegung unter Canaris und Oster und wurde nach dem Attentat gegen Hitler im Juli 1944 gehängt.

Das Verhältnis zu den Deutschen kühlte sich jedoch 1942/43 ab, nämlich nach General von Hannekens⁶⁵ Ankunft. Die Deutschen waren inzwischen gegenüber einigen Generalstabsoffizieren misstrauisch geworden, und im Frühjahr 1943 wurde es feste Praxis, alle Widerstandsleute, die die Deutschen festnahmen, genau nach ihren Verbindungen und Bekanntschaften mit dänischen Offizieren zu befragen. Außerdem hatte uns Major Klamroth darüber informiert, dass der deutsche Sicherheitsdienst in Dänemark eine besondere Dienststelle eingerichtet habe mit der Aufgabe, das Tun und Lassen dänischer Offiziere zu verfolgen.“

Nachfolgend beschreibt Lunding dann kurz den Beginn der Zusammenarbeit des „Efterretningstjeneste“ mit dem „Frihedsråd“ und dem kon-



Quelle: www.djdhistorie.de/69124/731

Hans Mathiesen Lunding (1899–1984), dänischer Offizier, Widerstandskämpfer und stellv. Leiter des dänischen Geheimdienstes



Quelle: Danks Nationalmuseum

Wehrmachtsbefehlshaber in Dänemark, Hermann von Hanneken (l.), und der Chef der Königlich Dänischen Armee, Ebbe Gørtz (r.), während einer Parade, 1942

servativen Politiker im britischen Exil Christmas Møller, ferner die Mitwirkung an den Verhandlungen, die die Reise des führenden (Kern-)Physikers und Nobelpreisträgers Nils Bohr in die USA ermöglichten (Bohr war dann dort in Los Alamos am „Projekt Manhattan“ zur Entwicklung der Atom-bombe beteiligt, deren Anwendung er später kritisch gegenüberstand). Er fährt dann fort:

„Aus London liegt eine Bestätigung vor, dass es der dänische Nachrichtendienst war, der die Engländer mit den ersten genauen Informationen über die deutsche geheime Waffe V 1 versorgte. Es war also auf der Grundlage unserer Meldungen, dass die Engländer im September 1943 den großen Luftangriff gegen die Raketen-Versuchsstation Peenemünde führten, der die Royal Air Force 86 Maschinen kostete, aber die Anwendung der V-Bomben um ein halbes Jahr hinausschob.“⁶⁶

Dass der dänische Nachrichtendienst über so genaue Kenntnisse über die „Raketenversuchsstation Peenemünde“ verfügte, um sie an die Briten weitergeben zu können, war sicherlich nicht selbstverständlich. Lunding macht keinerlei Angaben, welches die Quellen des „Efterretningstjeneste“ hierfür waren. Auffällig ist allerdings, dass Hans Georg Klamroth nicht nur über direkte Kontakte zum dänischen Nachrichtendienst verfügte,

sondern ab März 1943 in Berlin als Abwehroffizier im OKW unmittelbar zuständig war für den „abwehrmäßigen Schutz“ von „Peenemünde“, also über das dortige Vorhaben und die konkreten Örtlichkeiten im Detail unterrichtet war.

Ging seine Gegnerschaft gegen das NS-Regime inzwischen so weit, dass er zu einem derartigen Geheimnis- bzw. Landesverrat (denn darum handelte es sich bei streng formaler juristischer Betrachtung) bereit war, mit dem Ziel, den „Endsieg“, den endgültigen Triumph NS-Deutschlands und seines terroristischen Regimes zu verhindern? Es ist möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich. Genau dies war ja auch Motivation und Legitimation der Verschwörer des „20. Juli“. Ein unumstößlicher „gerichtsbarer“ Beweis ist mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht zu führen.⁶⁷

Fazit 2

Es ist nicht auszuschließen, dass sich Kurt Wurbs bei seinen Mitteilungen und Berichten, die er so genannten „oppositionellen Offizieren“ zukommen ließ, auch von finanziellen Motiven hat leiten lassen. Anlass dafür könnte nicht zuletzt der Wunsch gewesen sein, seine umfangreiche in Kiel in hilfloser Lage zurückgelassene Familie zu unterstützen. Er bediente sich bei seinen Berichten anscheinend auch des „journalistischen“ Mittels „erdichteter“ Interviews, Treffen oder sogar Konferenzen, um Inhalte zu transportieren, die er aus anderen, auch teilweise aus allgemein zugänglichen Quellen kannte. Dabei war nicht immer sicher auszuschließen, dass er dabei auch Dritte gefährden konnte, wie das Beispiel „Bromme“ zeigt. Das mindert seine Glaubwürdigkeit.

Für Kurt Wurbs' Glaubwürdigkeit spricht dagegen, dass es sich bei den von ihm als „Gewährsleute“ bezeichneten „oppositionellen Offizieren“ der Wehrmacht zwar um Angehörige der Abwehr handelte (was ihm wohl kaum bis zum Schluss verborgen geblieben sein kann), aber eben doch um Personen, die (aus möglicherweise sehr unterschiedlichen Motiven) im Widerspruch zum NS-Regime und zu Hitler und seiner Kriegs- und Vernichtungspolitik standen. Dies dürfte zutreffen für u.a. Kpt. zur See Albert Howoldt, mit dem Wurbs nach 1933 am längsten in engem und regelmäßigem Kontakt gestanden hat. Ein deutlicher Hinweis auf Howoldts oppositionelle Haltung findet sich in dem Buch des renommierten dänischen Historikers Hans Kirchhoff über Georg Ferdinand Duckwitz⁶⁸, seinerzeit Schifffahrtssachverständiger der deutschen Besatzungsmacht mit engen Verbindungen auch zur dänischen Seite (u.a. Hans Hedtoft), der an der fast vollständigen Rettung sämtlicher dänischen Juden im Oktober 1943 einen maßgeblichen Anteil hatte.

Kirchhoff schildert dort⁶⁹, dass Duckwitz über ein weit gefächertes deutsch-dänisches Netzwerk von Verbindungen verfügt habe, dessen Kern auf deutscher Seite der NS- bzw. Hitler-kritische so genannte „AHOI Club“ (Motto: „Adolf Hitler ohne Interesse“) gebildet habe. Zu den „Mitgliedern“ habe u.a. auch Paul Ernst Kanstein gehört, der von April 1940 bis Ende August 1943 „Beauftragter des Auswärtigen Amtes für Fragen der inneren Verwaltung in Dänemark“ war und somit zuständig für die Kontrolle von dänischer Zivilverwaltung und Polizei. Kanstein hatte in der Tat Kontakt zu wichtigen Personen des deutschen Widerstandes, insbesondere zu Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg aus dem engeren Verschwörer-kreis des 20. Juli. 1944.

Zum „AHOI-Club“ führt Kirchhoff weiter aus (und erwähnt dabei ausdrücklich auch Kpt. z. S. Albert Howoldt): „Andere Mitglieder des AHOI-Clubs waren der Marineattaché Kpt. z.S. Hans Henning und dessen Nachfolger als Verbindungsoffizier zur dänischen Marine Fregattenkapitän Eduard Hashagen sowie der Chef der Abwehr Kpt. z.S. Howoldt⁷⁰, dessen Ablösung und Versetzung General von Hanneken⁷¹ [...] 1943 veranlasste.“⁷²

Als wichtige „Gewährsleute“ nennt Wurbs weiterhin in seinen Berichten über die Vernehmungen Anfang 1947 durch die dänische Polizei Major Andersen, Nachfolger von Kpt. z.S. Howoldt in der Funktion des Abwehrschefs in Dänemark, und den Abwehroffizier Oberleutnant Falland. Auf die Vernehmungen 1947 wird in einem der nachfolgenden Kapitel weiter eingegangen. Näheres über die genannten Personen – Howoldt, Andersen und Falland – ist im Übrigen nicht bekannt, was vor allem dem Umstand geschuldet ist, dass ihr widerständiges Handeln offensichtlich (insbesondere für die Gestapo) unerkannt geblieben war.

Umso eindeutiger belegt ist die Rolle von Wurbs' wichtiger Kontaktperson Hans Georg Klamroth: durch die Angaben in Oberst Hans M. Lundings „Erinnerungen“ (wenn auch nicht im Detail, aber doch unzweideutig in der Sache) und letztlich auch durch das Todesurteil des „Volksgerichtshofs“ mit nachfolgender grausamer Vollstreckung, ferner durch die Angaben in Wibke Bruhns Buch. Klamroths Aktivitäten beschränkten sich nicht nur darauf, gegen radikalere Bestrebungen von Teilen des Militärs und insbesondere der Gestapo („norwegische Lösung“) die „Zusammenarbeits- und Verhandlungspolitik“ zu unterstützen (Wibke Bruhns spricht insoweit von einer „Politik der Partnerschaft“, allerdings einer „Partnerschaft“, die von der eindeutigen militärischen Überlegenheit der deutschen Seite bestimmt war). Mit seinen Warnungen vor bevorstehenden Aktionen gegen Widerstandsgruppen, insbesondere gegen die „Fallschirmleute“, unterstützte er aktiv den dänischen militanten Untergrund.

Kurt Wurbs' Glaubwürdigkeit kommt zugute, dass nicht nur einzelne Personen, sondern – im Unterschied zur Gestapo – maßgebliche Teile der Abwehr im Widerstand aktiv oder dazu bereit waren. Das trifft zu für den Chef der Abwehr, General Wilhelm Canaris, und noch mehr für den Chef seines Stabes, Oberst Hans Oster. Neben der Ablehnung des NS-Regimes ging es vor allem darum, den Krieg zu verhindern oder ggf. zu verkürzen. Der Umfang ihres Engagements wurde deutlich, als während der Prozesse vor dem Volksgerichtshof nach dem 20. Juli 1944 die Tagebücher von Canaris aufgefunden wurden.⁷³

Allerdings: Auch wenn man davon ausgehen kann, dass es innerhalb der Abwehr einen bedeutenden aktiven Widerstand gegeben hat – vorangetrieben vor allem von Hans Oster und zumindest gedeckt auch von Canaris selbst –, so wird man andererseits immer auch berücksichtigen müssen, dass sich kein Widerständler in einer wichtigen Position, die eine effektives Widerstandshandeln erst möglich machte, halten konnte, wenn er nicht gleichzeitig bei der Erfüllung der ihm offiziell obliegenden Aufgaben so „gut“ wie möglich funktionierte; d.h. er musste auch „liefern“.

Es kommt hinzu, dass der eine oder andere in seinem Widerstand auch schwankend, d.h. nicht immer gradlinig war und oder ggf. auch unter Druck gestanden hat. Wer also, wie offensichtlich Kurt Wurbs, einem Vertreter der Abwehr vertrauliches und brisantes Material zulieferte, konnte nicht mit letzter Sicherheit davon ausgehen, dass dieses Material nicht evtl. doch „in falsche Hände“ geriet. Erforderlich war also eine Gratwanderung. Es ist fraglich, ob Wurbs dem gerecht werden konnte.



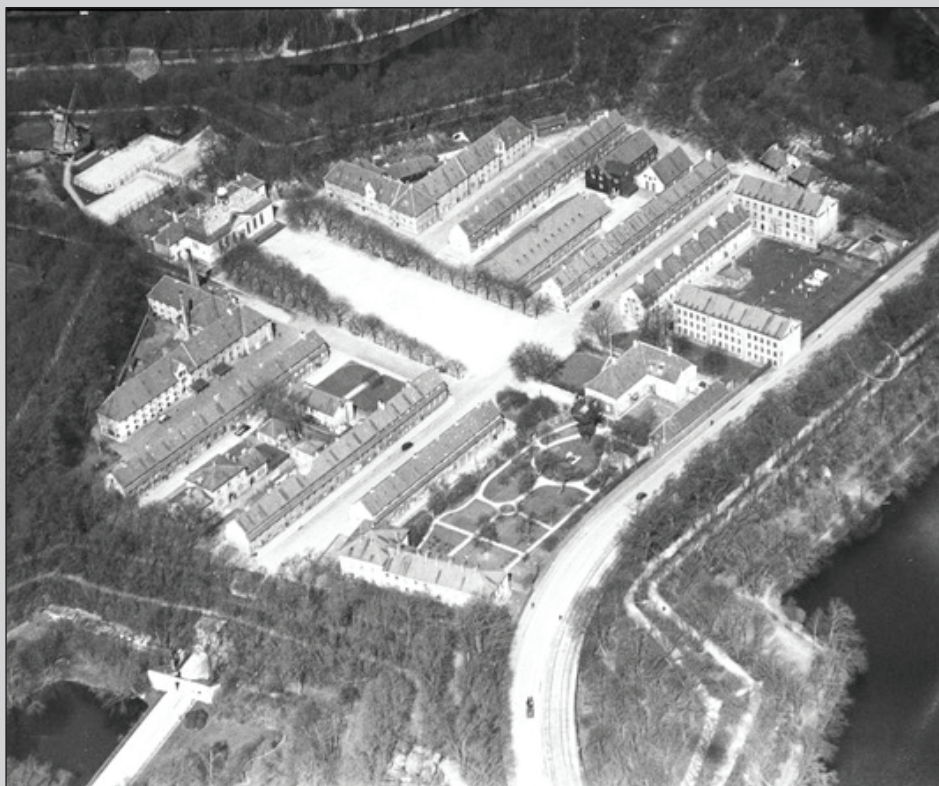
Wilhelm Canaris (1887–1945), Admiral, Leiter der Abwehr (militärischer Geheimdienst der Wehrmacht). Foto 1940



Hans Oster (1887–1945), Generalmajor der Wehrmacht, Widerstandskämpfer

Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-1979-013-43 / CC-BY-SA 3.0

Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-2004-0007 / CC-BY-SA 3.0



Das Kastellet in Kopenhagen – seit Jahrhunderten Sitz der dänischen obersten Militärführung und Staatsgefängnis. Kurt Wurbs war hier im Herbst 1945 inhaftiert

III. 1945 – Verdächtig als „Stikker“ nach der Befreiung

Gefangen im „Kastellet“

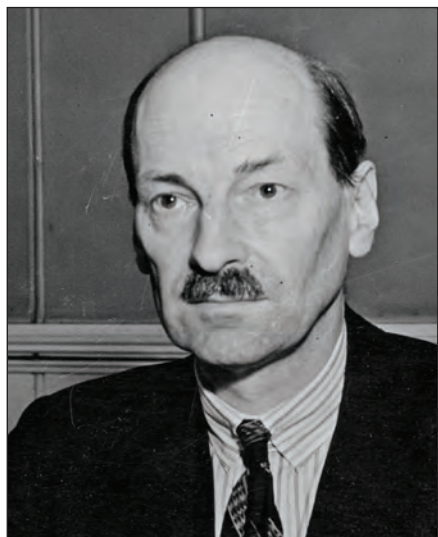
Die Festungsanlage „Kastellet“ ist ein traditionsreicher Ort in Kopenhagen. Ursprünglich errichtet im 17. und wesentlich erweitert im 18. Jahrhundert, diente es dem Schutz von Hafen und Stadt und ist bis heute der traditionelle Sitz des „Forsvarschefs“, der Spitze des dänischen Militärs. Neben anderem beherbergte es seit jeher ein Gefängnis, das viele, auch prominente Häftlinge gesehen hat. Friederich Johann Struensee, der „Leibarzt des Königs“ (Kristian VII.), verbrachte hier 1772 die letzten Wochen vor seiner Hinrichtung.

Kurt Wurbs war hier gelandet, im Oktober/November 1945, relativ unvorhergesehen wie es scheint, nicht gerade seine Hinrichtung erwartend, aber doch in einer verzweifelten Situation. Im Raum stand der Vorwurf, er, Wurbs, sei in der Besatzungszeit ein Spion, ein Informant und Spitzel der Abwehr gewesen. Die näheren Umstände seiner Haft sind nicht bekannt. Erhalten geblieben sind die undatierten Abschriften zweier Briefe, Hilferufe nach mehrwöchiger Haft, deren Ende nicht absehbar war.

Einer dieser (handschriftlichen) Briefe ist gerichtet an „Sir Attlee“ und somit an den seinerzeit einflussreichsten britischen Labour-Politiker. Seit Juli 1945 war Clement Attlee Premierminister, nach dem überraschenden überwältigenden Sieg der Labour Party bei den ersten Nachkriegswahlen; Vorsitzender der Labour Party war er seit 1935 (bis 1955), zuvor seit 1931 stellvertretender Parteivorsitzender.⁷⁴

Wurbs erinnert in seinem Schreiben eingangs daran, dass er 1932 – anscheinend als Teilnehmer einer offiziellen Delegation – zu einem Besuch in London gewesen sei, bei dem es offensichtlich zu einer persönlichen Begegnung mit Attlee gekommen war. (Er erwähnt zwei weitere, leider unleserliche bzw. schwer leserliche Namen; in einem Fall könnte es sich um Dr. Hertz, prominenter Vertreter des linken Flügels der SPD, gehandelt haben.) Er fährt dann fort:

„Und Sie erinnern sicher die paar Briefe, die ich Ihnen später aus der Emigration nach London schicken konnte. Sie waren damals so freundlich, sich für die Berichte aus dem „Dritten Reich“, die ich Ihnen übermittelte, zu bedanken. Schließlich erinnern Sie [...], dass ich von 1933 bis 1939 Mitarbeiter des „Dayly Herald“ und der BBC gewesen bin.“ Nach einer kurzen Erläuterung seiner derzeitigen Situation kommt er zur Sache: „Die vorläufige Hauptsache ist: Sorgen Sie dafür, dass die ungerechtfertigte Haft ein Ende findet. Ich werde Ihnen den Dienst nie vergessen. Mit vielen Grüßen Ihr ...“⁷⁵



Clement Attlee, britischer Premierminister

Quelle: Alamy Photo C3YWAT / Pictorial Press

In einem „P.S.“-Nachsatz bittet er zudem, Grüße auszurichten an Herbert Morrison, seinerzeit einflussreicher stellvertretender Vorsitzender der Labour Party, und an Erich Ollenhauer, der sich seit 1941 in London im Exil aufhielt, zusammen mit u.a. dem Vorsitzenden der SPD, Hans Vogel.

Wir kennen nicht die Reaktion auf dieses Schreiben. Aber deutlich ist, dass es Kurt Wurbs darum ging, von prominenter Seite Hilfe und ein positives Leumundszeugnis zu erhalten, u.a. unter ausdrücklicher Bezugnahme auf seine ab 1933 betriebene „politische Korrespondenz“, zu deren Abnehmern (in welchem Umfang auch immer) offensichtlich auch der angeschiedene Adressat sowie die BBC und dem *Daily Herald* gehört hatten. (Der *Daily Herald* war lange Zeit eine der einflussreichsten labour-nahen Zeitungen in Großbritannien.) Ersichtlich ging es ihm um den Nachweis seiner Seriosität und Glaubwürdigkeit.

Das zweite etwa zeitgleiche Schreiben war gerichtet an den „lieben Hans“, d.h. Hans Hansen-Hedtoft, den nach Thorvald Staunings Tod (1942) einflussreichsten Politiker der dänischen Sozialdemokratie. Hedtoft war in seiner früheren Funktion als 1. Parteisekretär offizieller Geschäftsführer des Matteotti-Hilfskomitees gewesen. Wurbs, der zu den prominenteren sozialdemokratischen Flüchtlingen im dänischen Exil gehört hatte, hat ihn selbstverständlich relativ gut gekannt. Aus einer kurzen „P.S.“-Notiz lässt sich auf das ungefähre Datum des Schreibens schließen. Es wird Bezug genommen auf eine für die dänische Sozialdemokratie



Hans Hedtoft-Hansen (Foto 1953)

Quelle: Folketingets Bibliotek og Arkiv

offensichtlich enttäuschend ausgegangene Wahl: die erste Folketingswahl nach der Befreiung vom 29. Oktober 1945, bei der die Kommunisten starke Gewinne erzielten und die Sozialdemokratie herbe Verluste. Das nicht sehr umfangreiche Schreiben soll hier im Wortlaut wiedergegeben werden:

H.

H. Hedtoft-Hansen.

Lieber Hans!

Gestaltungs volle 4 Wochen sage ich ihm oben ^{mit} den 4 Wänden der Zelle des Kastells.
Du weißt weshalb, da ich höre, es sei mit dir später gesprochen worden. Keine Freunde kennst
Du außer ein unregelmäßigen Besuchszeiten; denn selbst, wenn Du alles für jemanden erhalten hast,
weißst Du doch nur den kleinsten Teil. Was ich tat, wirst Du, wirst, gibt anständiger Karl am
meinen Stelle auch schon haben. Ich will mich nicht rühmen: doch in ein-keinen der Fälle
habe ich Dich, bist er - das Land vor dem Schicksal Vorgesamt sein Führer bewahren können.
Ein das gestrich, was alles gestrich, werde ich in einer Dankbrief ausführlich vorlegen. Aber - der
Versandliche ist für mich heute, wie er auf dem Fuß zu kommen. Ich habe nie zugelassen, so lange ge-
fangen gehalten werden zu können. Einmal mir brach nach meiner ersten Krankheit gesagt worden
war, ich würde in den nächsten Tagen wohl wieder frei kommen. Seitdem ist lange Zeit vergangen; auch
nach meiner zweiten Krankheit erhielt ich das Versprechen, es könne innerhalb mir noch, ein paar Tage
hasten, dann würde ich freilassen. 4 Wochen aber bin ich nun schon gefangen.

Ich höre zudem, dass die meisten dabei sein könnten, und somit möchte ich dich nicht
bilden. Du kennst die Herren, die die Angelegenheit besprechen und ich bitte dich, in Verbindung mit
Klein zu stehen, damit die Freilassung nicht aufgelegt. Aus vielen Gründen - aber du bist hier aber
nicht sprechen möchte. Ich hoffe ganzsinnlich, dass du meinem Wunsch entsprechen!

Viele Dank zu viele Grüsse

Dein Kurt Wurbs

P.S. Entschuldige die Scheiß; aber ohne bist es auf den kleinen Abschied geht es nicht
besser. - Das Wahlrecht? - Ja, du bist klug! wenn der Nationalrat ein
Korshell gefangen sitzt!...

Schreiben von Kurt Wurbs vom November 1945 an Hans Hedtoft-Hansen

Hans Hansen, der sich später Hedtoft bzw. Hedtoft-Hansen nannte, war in den 1930er Jahren als Erster Parteisekretär Vorsitzender des „Mateotti-Komitees“, des Flüchtlingshilfs-Komitees von dänischer Sozialdemokratie und Gewerkschaften, ab 1939 Parteivorsitzender und ab 1947 „Statsminister“ bis zu seinem Tod 1955.

„Geschlagene volle vier Wochen sitze ich nun schon in den vier Wänden der Zelle des Kastellet. Du weisst weshalb, da ich hörte, es sei mit Dir darüber gesprochen worden. Meine Gründe kennst Du nur in unzulänglichen Bruchstücken; denn selbst, wenn Du alles zur Kenntnis erhalten hast, weisst Du doch nur den kleinsten Teil. Was ich tat, würdest Du, würde jeder anständige Kerl an meiner Stelle auch getan haben. Ich will mich nicht rühmen: Doch in mindestens drei Fällen habe ich Dich, Euch und – das Land vor dem Schicksal Norges [Norwegens] und seiner Führer bewahren können. Wie das geschah, was alles geschah, werde ich in einer Denkschrift ausführlich darlegen. Aber – das Wesentliche ist für mich heute, wieder auf freien Fuss zu kommen. Ich habe nie geglaubt, so lange gefangen gehalten werden zu können. Zumal mir bereits nach meiner ersten Vernehmung gesagt worden war, ich würde ‚in den nächsten Tagen wohl wieder frei gelassen‘. Seither ist lange Zeit vergangen; auch nach meiner zweiten Vernehmung erhielt ich das Versprechen, es könne nur noch ‚ein paar Tag‘e dauern, dann würde ich entlassen. 4 Wochen aber bin ich nun schon gefangen.

Ich hörte indessen, dass Du manches dabei tun könntest, und darum möchte ich Dich hierdurch bitten. Du kennst die Herren, die die Angelegenheit bearbeiten, und ich bitte Dich, in Verbindung mit ihnen zu treten, damit die Freilassung endlich erfolgt. Aus vielen Gründen – über die ich hier aber nicht sprechen möchte. Ich hoffe zuversichtlich, dass Du meinen Wünschen entsprichst.

Vielen Dank und viele Grüsse

Dein Kurt Wurbs⁴⁷⁶

Ob und welche Reaktionen es auf diese Schreiben gegeben hat – und wenn ja, mit welchen konkreten Auswirkungen –, ist nicht bekannt. Jedenfalls ist Wurbs nach einiger Zeit entlassen worden, d.h. dass das Verfahren, das zu seiner Inhaftierung geführt hatte, zumindest vorläufig eingestellt worden ist. Kurt Wurbs verblieb bis auf weiteres in Dänemark. Eine Rückkehr nach Deutschland wäre in den ersten Jahren nach der Befreiung 1945 wenn überhaupt nur unter erschwerten Bedingungen möglich gewesen. Auch die für Norddeutschland zuständige alliierte Besatzungsmacht Großbritannien verhielt sich insoweit sehr restriktiv.

Weitere Vernehmungen Anfang 1947

Endgültig ausgestanden war die Angelegenheit damit nicht. Im Laufe des Jahres 1946 tauchten erneut Beschuldigungen auf, Kurt Wurbs sei während der Besatzungszeit (bezahlter) „Mitarbeiter“ der deutschen Abwehr gewe-

sen. Seine von ihm für die Abwehr gefertigten Berichte seien so detailliert und umfangreich gewesen, dass er sein Wissen nur unmittelbar von den betroffenen Personen erhalten haben könne und er somit vertrauliches, nicht allgemein zugängliches Wissen weitergegeben habe. Kolportiert wurden diese Anschuldigungen in Presseartikeln der kommunistischen Zeitung *Land og Folk* und in der Zeitung *Information*. Beide Zeitungen hatten 1943 bis 1945 als Untergrundzeitungen und als Stimmen des Widerstandes im Kampf gegen das Besatzungsregime eine wichtige Rolle gespielt. Die eher national-bürgerliche *Information* war das offiziöse Mitteilungsorgan des maßgeblich von beiden Gruppierungen geprägten „Frihedsråd“ gewesen. Nach der Befreiung 1945 gab es Bestrebungen, den im Widerstand errungenen Einfluss zu bewahren und die durch die „Zusammenarbeitspolitik“ angeblich diskreditierten „alten“ Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie und die sozialliberale „Radikale Venstre“, zurückzudrängen. Diesen wiederum war an einer möglichst raschen Rückkehr zur alten verfassungsmäßigen Ordnung des parlamentarisch-demokratischen Systems gelegen und natürlich auch daran, alle Vorwürfe im Zusammenhang mit der von ihnen verantworteten „Zusammenarbeitspolitik“ zurückzuweisen. Ein relativ hochrangiger deutscher Sozialdemokrat, der der Spionage und Zusammenarbeit mit der deutschen Abwehr überführt werden konnte, würde ein schlechtes Licht auch auf die Führung der dänischen Sozialdemokratie werfen, mit der er kooperiert hatte.

Eine Folge dieser Pressekampagne war, dass sich offensichtlich der „Rigsadvokat“ veranlasst sah, erneut Ermittlungen aufzunehmen und polizeiliche Vernehmungen durchführen zu lassen. Es erscheint möglich, dass daran zunächst auch der oben erwähnte Carl Madsen Anteil hatte, der als damaliger „Statsadvokat“ für Kollaborationsdelikte aus der Besatzungszeit zuständig war, allerdings Anfang November 1946 aus den genannten Gründen von seinem Amt entbunden worden war.

Vernommen wurden interessanterweise zunächst die drei Abwehroffiziere Kapitän zur See Albert Howoldt, Major Carl Andersen und Oberleutnant Falland. Ihre auch widerständige, oppositionelle Betätigung war seitens der Gestapo unerkannt geblieben, so dass ihnen das Schicksal ihres Kameraden Hans Georg Klamroth (und Canaris und Oster u.a.) erspart geblieben ist. Die Kapitulation, die Befreiung Dänemarks von deutscher Besatzung, scheinen sie jedenfalls in Dänemark erlebt zu haben. Und anscheinend sind sie dort auch noch längere Zeit verblieben; Näheres darüber ist jedoch nicht bekannt.

Kurt Wurbs hat über die Vernehmungen der drei ehemaligen Abwehroffiziere, die im Laufe des Januar 1947 stattfanden, der Parteiführung der dänischen Sozialdemokratie durch Schreiben an den 1. Parteisekretär

Oluf Carlsson zeitnah, wenige Tage später, ausführlich berichtet, nachdem die Betroffenen ihrerseits unmittelbar nach ihren Vernehmungen Wurbs gegenüber Bericht erstattet hatten. Das ist natürlich bemerkenswert nicht zuletzt deshalb, weil es nahelegt, dass es auch vorab eine Verständigung zwischen den Beteiligten im Hinblick auf die bevorstehenden Vernehmungen gegeben hat. Eine (möglicherweise) abgesprochene Zeugenaussage muss inhaltlich nicht falsch sein; in ihrem Wert ist sie aber doch relativiert. Tatsächlich haben danach alle drei anscheinend Aussagen gemacht, die nicht nur ihre eigene, sondern auch Kurt Wurbs' Rolle in einem positiven Licht erscheinen ließen.

In seinem Begleitschreiben vom 30. Januar 1947 zu seinem Vernehmungsbericht hat Wurbs – vor dem Hintergrund der Pressekampagne von *Land og Folk* und *Information* – u.a. ausgeführt: „Das Verhör Howoldt hat drei Stunden gedauert. Die ersten Seiten des Rappports [Vernehmungsprotokolls] wurden, sowie nur eine Seite fertig war, durch einen wartenden Boten sofort zum Rigsadvokat gebracht, und als sich herausstellte, dass die Aussagen nur bestätigen konnten, was auch vorher schon bekannt war, ließ das Interesse nach, und den Rest des Rappports bekam der Rigsadvokat gekabelt.“⁷⁷

Howoldt habe nach dem Verhör erklärt, dass die Äußerungen des vernehmenden Polizeibeamten vermuten ließen, dass die ganze Angelegenheit im Sande verlaufen werde. Und Andersen habe nach dem Verhör erklärt: „Mein Verhör war nicht kürzer; auch ich hatte drei Stunden damit zu tun. Ich war froh, endlich einmal mich richtig aussprechen zu können. Die Polizei wird wahrscheinlich die ganze Sache als sinnlos und bloße Denunziation des Hermannsen aufgeben.“⁷⁸

Am Ende seines umfassenderen Berichts über diese beiden Zeugenvernehmungen merkt Wurbs dann noch an: „Ähnlich wie die Genannten [Howoldt und Andersen] hat sich auch Oberleutnant Falland geäußert, den ich nur flüchtig kennenlernte, als ich bei einer Möde [einem Treffen] oppositioneller Offiziere anwesend war.“⁷⁹

In dem Bericht vom 30. Januar 1947 heißt es dann u.a.: „Major Andersen wurde gefragt, ob erstens ich gewusst habe, dass er der Chef der Abwehr gewesen sei, und ob ich zweitens mit ihm in Verbindung gestanden hätte, weil er diese Stellung eingenommen habe. A. erklärte dazu, er habe mit mir über seine militärische Stellung natürlich niemals gesprochen. Er sei mit mir durch Klamroth bekannt geworden, und im Auftrage von Klamroth, als dieser im Ministerium [gemeint ist das OKW in Berlin, an das Klamroth im März 1943 – nach einem gut einjährigen Zwischenaufenthalt an der Ostfront im baltisch-russischen Raum – versetzt worden war, d. V.] beschäftigt gewesen, habe er mit mir Teile der Oppositionsarbeit gegen Hitler geleistet.

Meine Berichte, die er erhalten, seien ihm nicht als Offizier der Abwehr, sondern als oppositionellem Militär übermittelt worden. Was er mit den Berichten gemacht, also wie er sie am zweckentsprechendsten verwandt habe, habe er mir nicht gesagt.

Militärische Geheimnisse hätte er mir nicht mitgeteilt. Aber was er gewusst habe in Bezug auf die unmittelbar Dänemark angehenden Vorgänge und Absichten habe er mir immer mitgeteilt, da er wusste, dass ich die Nachrichten weitergäbe.“

Im weiteren Verlauf des Verhörs ist Andersen dem Bericht zufolge dann ausführlicher auf die hier bereits erörterte „Geldfrage“ eingegangen, vgl. das insoweit wiedergegebene Zitat aus dem Bericht, s. o.

Die „norwegische Lösung“ verhindern

Wiederholt betont Kurt Wurbs, dass die „oppositionellen Offiziere“ und er das gemeinsame Anliegen gehabt hätten, eine „norwegische Lösung zu verhindern“, oder mit anderen Worten: zu verhindern, dass Dänemark das „Schicksal Norwegens erleide“. So führt er im Schreiben vom 30. Juli 1953 an Alsing Andersen rückblickend folgendes aus: „... Mir genügte immer das Bewusstsein, dass die Leute genau wie ich nur ein Bemühen kannten: Komplikationen von Dänemark und der dänischen Regierung fernzuhalten und vor allem zu verhindern, dass etwa ähnlich wie in Norwegen eine Nazi-Regierung ernannt werden könnte. Gerade gegen Ende 1940 spukte das Beispiel Quislings in vielen deutschen Köpfen. Es war damals eine beliebte Theorie, Dänemark zu „norwegisieren“ und anschließend Schweden in die internationalen Komplikationen einzubeziehen.“

Und im Schreiben vom November 1940 an Hans Hedtoft, seinem „Hilferuf“ aus dem „Kastellet“, hatte er fast beschwörend gesagt: „Ich will mich nicht rühmen: Aber in mindestens drei Fällen habe ich Dich, Euch und – das Land vor dem Schicksal Norges und seiner Führer bewahren können.“

Den Stellenwert dieser Argumentation mag ein Zitat aus dem Werk des Historikers und Publizisten Bo Lidegaard über das besetzte Dänemark verdeutlichen: „Will man sich eine Vorstellung darüber bilden, wie die deutsche Besatzungspolitik in Dänemark sich hätte entwickeln und auswirken können, wenn sich das Land am 9. April überraschend energisch zur Wehr gesetzt hätte und wenn König und Regierung nach Großbritannien ins Exil gegangen wären, dann bietet die Entwicklung in Norwegen die beste Anschauung für ein wahrscheinliches deutsches Reaktionsmuster.“⁸⁰

Alle drei skandinavischen Länder wiesen am Vorabend des deutschen Überfalls vom 9. April 1940 auf Norwegen und Dänemark bemerkenswerte Gemeinsamkeiten auf: Als konstitutionelle, parlamentarisch demokratische

Monarchien war es ihnen unter sozialdemokratischer Führung gelungen, die verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden und den Sozialstaat auszubauen. In der Außen- und Verteidigungspolitik verfolgten sie einen Kurs strikter Neutralität.

Umso gravierender waren die Unterschiede Dänemarks und Norwegens in geografischer, topografischer und geostrategischer Hinsicht. Das relativ kleine Dänemark hatte eine Landgrenze mit Deutschland, die von einer militärischen Übermacht – insbesondere bei einem Überraschungscoup – leicht zu überrennen war, wie sich am 9. April 1940 drastisch zeigte. Erörterungen, ob nicht wenigstens ein „ehrenvoller“, symbolischer hinhaltender militärischer Widerstand angezeigt gewesen wäre, erscheinen vor diesem Hintergrund relativ müßig, auch wenn dies aus dänischer Perspektive verständlicherweise zum Teil auch anders gesehen wird.

Nach dem Überfall Deutschlands auf Dänemark und Norwegen am 9. April 1940 („Aktion Weserübung“) sollten auch in Norwegen, in gleicher Weise wie in Dänemark, König und Regierung zur Zusammenarbeit und Loyalität gegenüber der deutschen Besatzung genötigt werden, mit der Fiktion einer „friedlichen Besetzung“ und angeblich fortbestehenden „Sou-

veränität“ und „Neutralität“ des besetzten Landes. Es gelang jedoch nicht, in einer Art Handstreich noch am selben Tag die Hauptstadt Oslo einzunehmen. König Håkon VII und die Regierung unter Johan Nygaardsvold riefen die Bevölkerung zum Widerstand auf. Die erbitterten Kämpfe wurden erst nach 62 Tagen eingestellt.⁸¹ König und Regierung hatten kurz zuvor, am 7. Juni, Norwegen rechtzeitig auf einem britischen Kriegsschiff verlassen können und bildeten in London eine Exilregierung.

Einem wichtigen Teil der Führung der Norwegischen Arbeiterpartei (darunter auch Willy Brandt) gelang die Flucht ins schwedische Exil. Andere gingen in den Untergrund. Zu denjenigen, denen mehrjährige KZ-Haft (u.a. im KZ Sachsenhausen) nicht erspart blieb, gehörten Einar Gerhardsen und Trygve Bratteli⁸², norwegische Ministerpräsidenten



Quelle: KZ-Gedenkstätte Vaihingen/Enz

Trygve Bratteli (1910–1984), norwegischer Ministerpräsident von 1971 bis 1976

Nachkriegspolitik maßgeblich geprägt. Insbesondere auf diese Personen bezog sich offensichtlich Kurt Wurbs mit seiner Bemerkung, dass es darum gegangen sei, „das ganze Land vor dem Schicksal Norges und seiner Führer zu bewahren.“

Zivilbevölkerung und Wirtschaft litten unter dem Besatzungsregime und der systematischen wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes.⁸³ Als „Reichskommissariat“ unterstand Norwegen nahezu unmittelbar dem Innenministerium des Deutschen Reichs, vertreten durch den mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten „Reichskommissar“ Josef Terboven. Mit brutaler Konsequenz betrieb Terboven die Ausbeutung Norwegens im Interesse der deutschen Kriegswirtschaft. Dem zunehmenden Widerstand der Bevölkerung begegnete er mit rücksichtsloser Unterdrückung und Verfolgung. So wurde er zur Symbolfigur deutscher Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik.

Das im Innenministerium angesiedelte Reichssicherheitshauptamt mit Gestapo und Sicherheitsdienst (SD) hatte einen viel direkteren Zugriff als im (fingiert) „souveränen“ und „neutralen“ Dänemark, dessen Beziehungen zu Deutschland formal auf dem Verhandlungsweg über die Außenministerien geregelt wurden, und zwar auch dann noch, als Werner Best im Mai 1942 als „Reichsbevollmächtigter in Dänemark“ eingesetzt war. Natürlich war dies angesichts der militärischen Besetzung nur von relativer, gleichwohl substanzieller Bedeutung. Entsprechend sehr viel brutaler waren in Norwegen die Unterdrückungsmaßnahmen. An vier Standorten gab es in Norwegen große KZ-artige Haftlingszentren. Ab Oktober/November 1942 wurden zahlreiche der in Norwegen lebenden ca. 2.100 Juden verhaftet. Etwa 700 wurden deportiert und überwiegend in Auschwitz ermordet. Gut 1.000 gelang die rechtzeitige Flucht in das benachbarte Schweden, begünstigt durch die lange, kaum zu kontrollierende Landgrenze und zu einem großen Teil unterstützt und geschleust durch ihre nichtjüdischen norwegischen Mitbürger.⁸⁴

Von Anfang an hatte Vidkun Qisling, „Führer“ der (an sich unbedeutenden) faschistischen „Nasjonal Samling“ (offizielle Abkürzung: „NS“), darauf gedrängt, als Ministerpräsident eingesetzt zu werden. In den ersten Tagen nach dem deutschen Überfall hatte er sich sogar selbst zum nor-



Quelle: Riksarkivet 1942 # RA/DACA-3309/U39A/16img73

Josef Terboven (1898–1945), 1940 bis 1945 Reichskommissar der vom Deutschen Reich besetzten norwegischen Gebiete



Quelle: Riksarkivet Norge

Vidkun Quisling (1887–1945), ab 1933 Parteiführer der faschistischen Nasjonal Samling, 1942 bis 1945 Ministerpräsident einer von den deutschen Besatzern eingesetzten Marionettenregierung

wegischen Regierungschef ausgerufen. Er fand aber zum damaligen Zeitpunkt nicht die Billigung Hitlers und des deutschen Militärs und Außenministeriums, die ja – wenn auch vergeblich – eine „Lösung“ wie in Dänemark angestrebt hatten. Völlig fallen ließen sie Quisling allerdings nicht. Die „Lösung Quisling“ hing weiterhin als Damoklesschwert über Norwegen. Im Februar 1942 war es so weit. Quislings Marionettenregierung von Hitlers Gnaden, die sich nie auch nur annähernd auf eine Mehrheit in der norwegischen Bevölkerung stützen konnte, änderte nichts an der nahezu unbeschränkten Allmacht des Reichskommissars, des deutschen Militärs und nicht zuletzt von SD und Gestapo.

Die „norwegischen Zustände“ („norske tilstande“) wurden auch nach der Befreiung zum Schlagwort in der innerdänischen Diskussion über die Besatzungszeit. Oft wurde darunter die Forderung nach klarer Frontstellung und reinen Linien verstanden, wie angeblich oder tatsächlich in Norwegen im

Kampf gegen die Besatzungsmacht. Aber während der Besatzungszeit war die illegale Presse der im Untergrund mit u.a. zahlreichen Sabotageakten gegen die deutschen Besatzer kämpfenden Widerstandsbewegung beim Gebrauch dieses Begriffs eher zurückhaltend gewesen. Dagegen wurden von Beginn an von den Politikern der traditionellen demokratischen Parteien, die die Zusammenarbeitspolitik trugen und unterstützten, die „norwegischen Verhältnisse“ als Schlagwort angeführt, in der Bedeutung eines Terror- und Schreckensregimes und als abschreckendes Beispiel: Norwegen als „Reichskommissariat“ unter dem Reichskommissar Terboven und dann auch mit einer Marionettenregierung von Hitlers und Terbovens Gnaden, dem sprichwörtlichen „Quislingregime“.⁸⁵

Unter aller höchstem Schutz der Abwehr?

In dem o.g. Bericht vom 30. Januar 1947⁸⁶ führt Wurbs weiterhin aus: „Howoldt wurde gefragt, ob er bei meiner Besprechung mit Hammerstein [Hervorhebung durch Verf.] zugegen gewesen wäre. Er konnte sich dessen nicht erinnern (er war es, wie bekannt nicht, W.), sagte aber, er [Howoldt]

sei mit mir in Gegenwart des ermordeten Klamroth bei ... [Name nicht leserlich] gewesen, und das mag Ende April oder Anfang Mai 1940 gewesen sein. Dort habe er mir gesagt:

Unsere, also die oppositionellen Kreise in Berlin, wünschen dringend, dass ich in Dänemark bleibe, da man auf meine politische Hilfe im Kampf gegen Hitler nicht verzichten könne und wolle. Man werde mich schützen und wenn nötig nach Schweden bringen. Ich solle über meine bisherige nur Deutschland betreffende Arbeit hinaus auch Hilfe leisten, wenn die Interessen Dänemarks betroffen seien, d.h. wenn die Nazis versuchen sollten, ähnliche Verhältnisse wie in Norwegen herbeizuführen.

Ihm sei bekannt, dass, seit die Gestapo in Dänemark gewesen, ich mehrfach gefährdet war, und dass es allein dem Einfluss von Canaris [Hervorhebung d.V.] zuzuschreiben sei, dass man mich nicht verhaftet und nach Deutschland gebracht habe. H. [Howoldt] sei mehrfach zu Canaris gerufen worden, der ihm erklärt hätte: ‚Habt Ihr in Kopenhagen alles getan, um ihn zu schützen und wenn nötig fortzubringen? Solange ich, also C., noch ein klein wenig Einfluss habe, darf dem W. nichts passieren; er ist der Opposition viel zu wertvoll.‘⁸⁷

General v. Hammerstein-Equord: Auch im bereits zitierten nicht datierten Schreiben an den 1. Parteisekretär Olof Carlson (vermutlich von Anfang Februar 1947) erwähnt Wurbs kurz und ohne sonstige nähere Angaben seine „Zusammenkunft mit Hammerstein im Astoria“, einem seinerzeit noch relativ neuen renommierten Hotel in Kopenhagen.

General, genauer: Generaloberst Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord stand in engem Kontakt zu führenden Vertretern des militärischen und zivilen Widerstands (u.a. Generaloberst Ludwig Beck und Carl Goerdeler).⁸⁸ Das von Wurbs behauptete Treffen dürfte nach dem 9. April 1940 stattgefunden haben zu einem Zeitpunkt, als Hans Georg Klamroth, der ja in diesem Zusammenhang erwähnt wird, sich noch in Dänemark befand (bis Februar 1942). Über eine Reise Hammersteins nach Kopenhagen ist jedoch Näheres nicht bekannt.

Der Stellenwert dieser Aussage Wurbs‘ ist daher nur schwer einzuordnen. Dass Hammerstein eine solche Reise unternommen hat, z.B. um im benachbarten „neutralen“ Ausland relativ ungestört von der Gestapo und sonstiger Kontrolle Kontakte wahrzunehmen, erscheint aber plausibel, wobei ein Treffen mit Kurt Wurbs sicherlich nicht das einzige und vorrangige Ziel einer solchen Reise gewesen sein wird.

Verbindungen zu Abwehrchef Admiral Canaris: Wurbs behauptet nicht, zu Canaris in direktem Kontakt gewesen zu sein, sondern bezieht sich insoweit auf Kpt. z. S. Albert Howoldt, der nach seiner Zeit als Chef der Abwehr in Dänemark von Juni 1943 bis Kriegsende erneut in Kiel beim

Stab des Marinekommandos als Abwehroffizier tätig war⁸⁹ und seinerseits direkten Zugang zu Abwehrchef Canaris gehabt haben dürfte. Dass in diesem Rahmen auch über den Schutz von Verbindungsleuten und Informanten der Abwehr u.a. in Dänemark, auch über Verbindungen widerständiger Art, gesprochen wurde, erscheint nicht unplausibel. Da Abwehr und Gestapo häufig in einem Rivalitätsverhältnis zueinander gestanden haben und sicherlich auch zu divergierenden Einschätzungen von Mitarbeitern und Informanten der jeweils anderen Seite kamen, ergab sich die Notwendigkeit, diese ggf. vor dem Zugriff der Gegenseite zu schützen.

In den 1946/47 erschienenen, zumindest teilweise polemisch-kritischen Zeitungsartikeln in *Information* und der kommunistischen *Land og Folk* zur Person und Rolle Kurt Wurbs' findet sich eine Major Andersen, dem Abwehrchef in Dänemark ab Juni 1943, zugeschriebene Bemerkung, nämlich dass Wurbs „das beste Pferd im Stall der Abwehr“ gewesen sei.

Andersen selbst soll hierzu in seiner Vernehmung laut o.g. Bericht von Kurt Wurbs vom 30 Januar 1947 folgendes ausgesagt haben: „Er [Andersen] wurde befragt, wie er denn dazu gekommen sei, mich als „das beste Pferd im Stall“ und als „hochbezahlten Menschen“ hinzustellen. Er hat darauf geantwortet: Eines Tages wurde er von Dr. Hoffmann zur Gestapo gerufen. Bei seinem Eintreffen waren drei führende Gestapo-Beamte anwesend: Dr. Hoffmann, Hermannsen und noch einer. Hermannsen führte das Wort. Er erklärte: Wir haben hier die zersetzenden Schriften und Zeitungen, die in der Truppe verbreitet werden. Und ich bin vollkommen davon überzeugt, dass der Verfasser Wurbs ist. Ich weiß, dass er mit Dir in Verbindung steht. Es tut mir leid, aber der Mann muss unschädlich gemacht werden. Ich selber werde das Schwein fertig machen! Und Dr. Hoffmann soll gesagt haben: Es ist interessant, dass einer Ihrer Freunde der Verfasser der Schriften ist.

Worauf A. [Andersen] erklärt haben soll: Ich glaube an die Anschuldigungen nicht. Aber was die Verhaftung anbelangt, so ist sie nur möglich, wenn zuvor Canaris zugestimmt hat. Im Übrigen ist eine Verhaftung einfach Wahnsinn. Ihr könnt mir nicht das beste Pferd aus dem Stall holen, und wenn der Mann auch mit Gold aufgewogen würde, er ist es noch immer wert. Ohne Wurbs bin ich einfach fertig und kann mit meiner Arbeit nicht weiter.

Er habe so sprechen müssen, einmal weil er gegenüber seinen Verbindungsleuten die Verantwortung für meine Sicherheit übernommen hätte, und zum andern, weil es die einzige Möglichkeit war, der Verhaftung entgegenzuwirken. Er habe mich als seinen Mann, als Mitglied der Abwehr bezeichnen müssen. Es habe keine andere Möglichkeit bestanden, mich vor der Gestapo zu beschützen.“⁹⁰

Fazit 3:

Auch der Stellenwert dieser Ausführungen ist schwer einzuschätzen. Letztlich rühmt sich Wurbs hier indirekt durch die Wiedergabe von Zeugenaussagen Dritter der besonderen Wertschätzung und des Schutzes von allerhöchster Stelle, von Abwehrchef Admiral Canaris selbst, der nach dem 20. Juli 1944 für seine Beteiligung am Widerstand zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Man wird bei der kritischen Wertung der Berichte, die Wurbs Anfang 1947 für den Vorstand der dänischen Sozialdemokratie verfasste, zu berücksichtigen haben, dass Wurbs sich in einer heiklen Verteidigungsposition befand, nämlich dass er Spitzel, Informant und Spion der NS-Besatzungsmacht gewesen sei.

Man kann auch sagen, dass auch bei Betrachtung eines längeren Zeitraums möglicherweise eine gewisse Neigung bei Wurbs deutlich wird, sich auf hochgestellte angesehene Persönlichkeiten zu berufen und sich ihrer Unterstützung zu versichern. Als er Anfang der 1930er-Jahre Bürgen für ein Stipendium der Marine für das beabsichtigte Medizinstudium seines ältesten Sohnes Siegfried benennen sollte, nannte er niemand Geringeres als den damaligen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD) und den in Kiel lehrenden, der Arbeiterbewegung nahestehenden Mitbegründer der Soziologie in Deutschland Ferdinand Tönnies. Als er 1945 als Gefangener im Kopenhagener Kastellet festsaß, wandte er sich hilfesuchend an Clemens Attlee, britischer Premierminister und höchster Repräsentant der Labour Party.

Für die Glaubwürdigkeit von Wurbs' Berichten über die Vernehmungen Anfang 1947 spricht dagegen, dass er sich eine allzu verzerrte oder gar „erdichtete“ Sachverhaltsdarstellung dem einflussreichen und sicherlich i.d.R. gut informierten dänischen Parteivorstand gegenüber kaum leisten konnte; denn dieser hatte sicherlich auch insoweit weitere Informationsmöglichkeiten und -quellen. Wurbs wird dies bewusst gewesen sein.

Rückblick auf das Schicksalsjahr 1940

„Unsere, also die oppositionellen Kreise in Berlin, wünschten dringend, dass ich in Dänemark bleibe, da man auf meine politische Hilfe im Kampf gegen Hitler nicht verzichten könne und wolle.“⁹¹ Mit diesen Worten beschreibt Kurt Wurbs selbst seine Situation im unmittelbaren Zusammenhang mit der deutschen Besetzung Dänemarks am 9. April 1940. Was verbirgt sich hinter dieser Formulierung, was war tatsächlich seine Rolle und Funktion in dem kritischen Jahr 1940?

Fingierte Berichte und ein Missverständnis

Es gibt einen bemerkenswerten Briefwechsel zwischen Alsing Andersen⁹² und Kurt Wurbs aus dem Jahr 1953, der geeignet ist, hierauf ein wenig Licht zu werfen. Es begann mit einem Missverständnis:

Alsing Andersen, der seit den 1930er-Jahren zum engeren Führungskreis der dänischen Sozialdemokratie gehörte und von 1935 bis 1940 dänischer Verteidigungsminister gewesen war, schreibt am 10. Juli 1953 an den

„lieben Genossen“ (Wurbs), seinerzeit Chefredakteur der relativ kleinen, wöchentlich erscheinenden Bremer Volkszeitung. Andersen nimmt Bezug auf die nach der Befreiung 1945 eingesetzte Untersuchungskommission des Rigsdags zur Aufklärung „der Begebenheiten um den 9. April 1940 und während der Besatzungszeit“. Es ging um eine kritische Aufarbeitung der Rolle der dänischen Regierung im Zusammenhang mit der kampflosen Kapitulation und Besetzung 1940 und der nachfolgenden „Zusammenarbeitspolitik“.

Andersen merkt an, dass voraussichtlich demnächst, im Oktober 1953, die beiden letzten Bände des Untersuchungsberichts veröffentlicht werden. Darin sei ein Dokument – ohne irgendeine Unterschrift – enthalten mit einem Berichtsschreiben von Kopenhagen nach Berlin über „dänische Politik und Verhältnisse“. Er (Andersen) werde dort mit dem Vornamen in einer Weise genannt, dass beim Leser der Eindruck entstehen müsse, dass er die Quelle dieser Berichterstattung sei. Auch Carlssons Name (seinerzeit 1. Parteisekretär

der dänischen Sozialdemokratie) werde erwähnt. Auch früher schon seien ähnliche Berichte aufgetaucht, in denen außer seinem der Name von Wilhelm Buhl genannt werde. Sein (Wurbs') Name sei mit diesen Berichten in Verbindung gebracht worden. Nach der Anhörung (von 1947) sei in dieser Angelegenheit jedoch Ruhe eingekehrt, und Wurbs habe heimreisen können (i.e. aus dem Exil nach Deutschland zurückkehren können).

Nach Veröffentlichung dieses neuen Dokuments sei es möglich, dass sein (Wurbs') Name erneut in der Presse hochgespielt werde und sie (die Führung der dänischen Sozialdemokratie) Fragen danach beantworten



Quelle: Arbejdermuseet København F2000028003

Alsing Andersen (1893–1963), dänischer Verteidigungsminister von 1935 bis 1940, starker Verfechter der dänischen Neutralitätspolitik

müssten. Und auch er (Wurbs) müsse evtl. damit rechnen, von dänischen Journalisten angerufen und interviewt zu werden.

Hierfür sei es zweckmäßig, die Erklärung zu kennen, die er (Wurbs) bei der Anhörung 1947 dazu abgegeben habe, um ggf. sofort angemessen reagieren und einer weiteren Diskussion vorbeugen zu können.

Es könne vielleicht auch notwendig werden zu erklären, wie die Verhältnisse damals [i.e. 1940 und während der Besatzungszeit] waren: Nämlich dass er (Wurbs) ab und zu zu ihnen gekommen sei mit Informationen über Auffassungen und Stimmungen in deutschen Besatzungskreisen und dass er ihnen damit mehrere Male wertvolle Dienste geleistet habe.

In Übereinstimmung mit den tatsächlichen Verhältnissen müsse er (Andersen) noch einmal betonen, dass sie ihm während seiner Besuche niemals Informationen über dän. Verhältnisse gegeben hätten, was er (Wurbs) sich im Übrigen auch ausdrücklich verbeten habe. Mit Nachdruck betont Andersen, dass er von den im jetzt zur Veröffentlichung anstehenden Dokument angeführten Begebenheiten keinerlei Ahnung habe. Sollte er von der Presse nach seiner Meinung dazu gefragt werden, werde er mit gutem Gewissen die Benutzung seines Namens als groben Missbrauch stempeln.

Es handelte sich bei den in Rede stehenden Dokumenten offensichtlich um Berichte, bei denen Wurbs seinerzeit fingierte, „erdichtete“ Quellenangaben gemacht hatte, wohl um den Anschein größerer Authentizität und Bedeutung zu erwecken. Der Inhalt musste deswegen im Übrigen weder falsch noch abwegig sein. Für die hiervon Betroffenen jedoch musste es im Nachhinein erheblichen Erklärungsbedarf und Verstimmung auslösen. Und Wurbs selbst hatte sich mit dieser Art von Berichten in eine Situation und Verlegenheit manövriert, die ihn im Nachhinein zur peinlichen und umfangreichen Rechtfertigung nötigten.

Alsing Andersen jedenfalls geht es ersichtlich um eine gemeinsame Sprachregelung. Mit keinem Wort erwähnt er allerdings, welchen Inhalt das besagte „kritische“ neue Dokument konkret hat. Und hier kommt es dann zu einem Missverständnis: Wurbs bezieht die Anfrage irrtümlich auf Vorgänge im unmittelbaren Zusammenhang mit dem deutschen Überfall auf Dänemark am 9. April 1940. Seine Ausführungen hierzu erwecken bei Andersen erkennbar Unbehagen.

Kurt Wurbs' unpassende Erinnerung: einige Wochen vor dem deutschen Überfall auf Dänemark und Norwegen

In seinem ausführlichen Antwortschreiben vom 14. Juli 1953⁹⁴ berichtet Wurbs, er sei im Februar oder März 1940 mit „einigen Leuten zusammengekommen, die der Opposition gegen Hitler“ angehört hätten. Diese hätten

ihm mitgeteilt, sie hätten gehört, in Berlin werde „geflüstert“, es werde ein Vorstoß gegen die skandinavischen Länder erwogen.

Gegenüber seinen „Gewährsleuten“ habe er argumentiert, dass sich in Dänemark niemand einen militärischen Vorstoß Hitlers gegen Dänemark oder andere skandinavische Länder vorstellen könne. Er habe in diesem Zusammenhang auf die bewährte Neutralitätspolitik Dänemarks und den „Freundschaftspakt“ (i.e. den deutsch-dänischen Nichtangriffspakt vom 31. Mai 1939) hingewiesen. Man dürfe auch die besonders in Schweden verbreitete deutschfreundliche Haltung nicht außer Acht lassen. Auch das dänische Volk lehne zwar den Nazismus ab, sei aber durchaus nicht deutschfeindlich. Dies und auch die vorsichtige Haltung der Regierung Stauning dürfe man nicht um eines – wie Wurbs gemeint habe – vermeintlichen geringen militärischen Vorteils willen aufs Spiel setzen. Seine „Gewährsleute“ hätten erwidert, man bewundere seinen Optimismus. Allerdings würden auch sie gegenüber den zuständigen Stellen des Außen- und des Kriegsministeriums in ähnlicher Weise argumentieren und dies weiterhin tun. Aus militärischer Sicht könne man aber sehr wohl auf den Gedanken kommen, dass eine Besetzung von Norwegen, Dänemark und Schweden „günstig“ auf den Verlauf des Krieges einwirken könne. Man habe die militärischen Aspekte dann weiter vertiefend diskutiert.

Abschließend habe er gefragt, ob er der Führung der dänischen Sozialdemokratie von dieser „Gefahr für Dänemark“ Kenntnis geben könne. Die Antwort seiner „Gewährsleute“ sei gewesen: „Es wäre gut, wenn ich ihnen einen warnenden Bericht geben würde, den sie mündlich untermauern wollten [i.e. bei der Weitergabe an die genannten „zuständigen Stellen des Außen- und Kriegsministeriums“].“ Und weiter: „Euch [i.e. die Führung der dän. Sozialdemokratie] solle ich in vorsichtiger Form wenigstens von der Möglichkeit eines deutschen Vorgehens gegen Dänemark Andeutungen machen.“

Im Februar oder März 1940 sei er dann bei Alsing Andersen gewesen und habe ihm gesagt, gerüchteweise verlautete, es gebe in Berlin Leute, die sich mit dem Gedanken trügen, den Krieg auch nach Skandinavien zu tragen. Er persönlich könne zwar daran nicht glauben, aber politische Überlegungen seien in Berlin nicht sehr hoch im Kurs. Immerhin halte er es für richtig und wichtig, dass man sich in Kopenhagen mit der Frage beschäftige, was zu tun sei, wenn Hitler Skandinavien doch angreife.

Ende März habe er dann eine kurze Information von Canaris bekommen, der ihm mitgeteilt habe, es wäre klug von ihm, sich „auf allerlei“ vorzubereiten und zu prüfen, ob er gegebenenfalls in Dänemark untertauchen oder in Schweden verschwinden könnte. Soweit er sich erinnern könne, habe er ihnen (i.e. der Führung der dänischen Sozialdemokratie) auch von dieser Warnung Kenntnis gegeben.

Bündig und wohl ein wenig pikiert, jedenfalls erkennbar um „Klarstellung“ bemüht, antwortet Andersen mit Schreiben vom 21. Juli 1953 an den „lieben Wurbs“, u.a.: „Dank für Deinen Brief vom 14. d. M. Du erinnerst Dich indessen verkehrt. Vor dem 9. April [1940] bist Du nicht bei mir gewesen, der damals im Kriegsministerium saß. Andere hier erinnern sich auch nicht an irgendeinen Besuch während dieser Zeit. Es muss also die Rede von einer Erinnerungsverschiebung bei Dir sein.“⁹⁵

Bericht vom Oktober 1940 in Absprache mit Hans Georg Klamroth

Auch das Dokument, um das es hier gehe, handle nicht davon. Leider könne er es im Augenblick nicht im Wortlaut herbeischaffen. Soweit er sich erinnere, sei es vom Oktober 1940 und handle von einem Ministertreffen und erwähne in diesem Zusammenhang den Kronprinzen (i.e. der spätere Frederik IX). Sodann würden auch seinerzeit in Schweden vertretene Auffassungen wiedergegeben.

Er habe keine Ahnung von diesen Dingen, und so könne er sich natürlich nicht dazu geäußert haben. Daher werde er mit gutem Gewissen die Verwendung seines Namens als Missbrauch bezeichnen.

Die Frage sei indessen, was er (Wurbs) seinerzeit bei den Vernehmungen vor seiner Heimreise (1947) über die hier aufgefundenen Berichtsschreiben ausgesagt habe. Ob er zurückgewiesen habe, irgendetwas damit zu tun gehabt zu haben, oder ob er erklärt habe, dass er Gerüchte und Gehörtes für seine Berichte zusammengeschrieben habe.

Wenn er nichts wisse, könne er natürlich auch nichts dazu sagen. Die Frage sei also, ob er (Wurbs) etwas dazu beitragen könne, so dass er seine (Wurbs') Erklärung dazu nutzen könne, dass nach seinem Verständnis die Sache sich „so und so“ verhalte.

Wurbs antwortet hierauf mit Schreiben vom 30. Juli 1953 und nutzt dies zu ausführlicheren Erläuterungen der Vorgehensweise bei seiner Zusammenarbeit mit den „oppositionellen Kreisen“ der Besatzungsmacht. Hier gehe es also um einen Bericht vom Oktober 1940, der „die Sitzung eines Staatsrats behandeln soll und in dessen Verbindung der Kronprinz genannt wird, wie auch politische Urteile aus Schweden“.

Dieser Bericht, so Wurbs, dürfte abgefasst sein „nach einer mündlichen Absprache mit mir durch den damaligen Verbindungsmann zu General Canaris, den Oberstleutnant Klamroth“. Soweit er sich erinnern könne, habe damals die Neigung bei (Reichsaußenminister) Ribbentrop bestanden, die dänische Regierung zu beseitigen und den König zu einer bestimmten Hitler-freundlichen Erklärung zu zwingen. Nach Ansicht der „deutschen militärischen Opposition“ habe der Versuch gemacht werden müs-

sen, „Stauning unter allen Umständen zu halten und den König außerhalb jeder dänisch-feindlichen Diskussion zu stellen“. Für einen Bericht, der auf eine derartige Wirkung abzielte, habe man immer an bestimmte Anlässe angeknüpft, die sich aus der Presse ergaben, also allgemein bekannt und nachvollziehbar waren. Er, Wurbs, könne sich deutlich erinnern, dass Mitteilungen über Staatsratssitzungen und Kabinettsberatungen, die in der dänischen Presse bekannt gemacht wurden, beliebte Ansatzpunkte lieferten. Die endgültige Formulierung dieser Berichte sei dann nach Besprechungen erfolgt, die „Klamroth mit den übrigen oppositionellen Widerstandsgruppen in Heer und Politik hatte“.

Eine ähnlich lautende Erklärung wie diese Ausführungen habe er seinerzeit auch in Kopenhagen, also bei seiner Vernehmung zu Beginn des Jahres 1947, abgegeben. Dabei habe er betont, dass Berichte, die ausschließlich politische Erwägungen wiedergaben, von ihm stammten. So genannte „Fakt-Berichte“, also Berichte, die an bekannte Fakten anknüpften, seien letztlich von den „Widerstandsgruppen der deutschen Opposition“ selbst formuliert worden. Da habe er zwar über den Inhalt im Allgemeinen, nicht jedoch über einzelne Formulierungen Bescheid gewusst. Es folgt die bereits zitierte Aussage, ihm habe „immer das Bewusstsein genügt, dass die Leute genau wie ich nur ein Bemühen kannten: Komplikationen von der dänischen Regierung und dem dänischen Volk fernzuhalten und vor allem zu verhindern, dass in Dänemark wie in Norwegen eine Naziregierung ernannt würde. [...] Es war damals eine beliebte Theorie Dänemark zu „norwegisieren“ und anschließend Schweden in die internationalen Komplikationen einzubeziehen.“⁹⁶

Ohne auf Wurbs' Darstellung und Argumente näher einzugehen, reagiert Alsing Andersen nach geraumer Zeit mit einem abschließenden relativ kurzen Schreiben vom 3. Oktober. Mit der Veröffentlichung des abschließenden Kommissionsberichts sei nun im Laufe des Monats zu rechnen. Hinsichtlich der im Wesentlichen schon 1946/47, vor Wurbs' „Heimreise“, bekannt gewordenen Dokumente ergebe sich jetzt kein neues Bild der Verhältnisse. Sollte es dennoch notwendig werden, mit einem Kommentar zu reagieren, werde Hans Hedtoft sich dazu äußern. Er selbst werde in den nächsten Tagen nach New York reisen, um an einer Sitzung der Vereinten Nationen (Uno) teilzunehmen.

Situation und Lagebeurteilung in Dänemark in den Monaten vor und nach dem Überfall vom 9. April 1940

Für die Einordnung und Auswertung des geschilderten Briefwechsels erscheint es sinnvoll, die zeitlichen Umstände um den 9. April und den Herbst 1940 zu reflektieren, auf die konkret Bezug genommen wird.

Etwa seit Jahresbeginn 1940 hatte sich die Situation Norwegen betreffend zugespitzt; eine Invasion Norwegens durch NS-Deutschland oder durch Großbritannien (letzteres ggf. präventiv bzw. zur Abwehr einer deutschen Invasion) deutete sich an. Andererseits waren die deutschen militärischen Vorbereitungen des „Aktion Weserübung“ genannten Vorhabens unter größter Geheimhaltung erfolgt. Die dänische Regierung (und nicht nur sie) rechnete bis zuletzt damit, dass im Falle einer Invasion Norwegens allenfalls Teile des dänischen Territoriums betroffen sein würden, quasi als Trittsteine auf dem Weg nach Norden, z.B. Häfen und Flugplätze. Mit einer blitzartigen, vollständigen und dauerhaften Besetzung des ganzen Landes rechnete sie nicht. In grundsätzlich realistischer Einschätzung der begrenzten militärischen Möglichkeiten eines kleinen Landes im Verhältnis zum übergroßen Nachbarn hielt die dänische Regierung an der strikten Neutralitätspolitik fest, dabei sorgsam alles vermeidend, was von deutscher Seite als Provokation hätte aufgefasst werden und als Vorwand hätte dienen können.

Dagegen hatten die großen bürgerlichen Oppositionsparteien (liberale Venstre und Konservative) seit jeher ein stärkeres militärisches Engagement gefordert, um ggf. zumindest einen „ehrvollen“ Abwehrkampf zu ermöglichen. Entsprechend groß war dann die Verbitterung über die als erniedrigend empfundene kampflose Übergabe. All dies sollte bei der späteren Abrechnung nach der Befreiung eine wichtige Rolle spielen und prägt bis heute die historische und politische Debatte in Dänemark. Aus Sicht der Opposition trug die Regierung mit Stauning und seinem sozialliberalem Außenminister Peter Munch sowie dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister Alsing Andersen schwere Verantwortung für die Besetzung.⁹⁷

Gleichwohl überwog nach der Invasion vom 9. April in beiden Lagern die Einsicht, in dieser zugespitzten Situation geschlossen gegenüber der Besatzungsmacht auftreten zu müssen. Das Resultat war die „Sammlungsregierung“ unter Einbeziehung der bisherigen großen Oppositionsparteien, die sich so auf eine breite Mehrheit im Reichstag stützen konnte. Es wurde zur entscheidenden gemeinsamen Zielsetzung, eine parlamentarisch legitimierte Regierung aufrecht zu erhalten, die freilich eine unsichere Existenz führen musste unter dem ständigen Druck durch die Besatzungsmacht und bei fortbestehenden inneren Gegensätzen zwischen den Parteien.⁹⁸

Von Anbeginn standen die Regierung und die sie tragenden Parteien unter dem Druck schwierigster Abwägungen, welche Zugeständnisse gegenüber der Besatzungsmacht noch vertretbar seien, um die stets im Raum stehende Alternative abzuwehren: „norwegische Zustände“, d.h. die Einsetzung einer parlamentarisch nicht legitimierten (nazistischen) Regie-

rung und die vollständige deutsche Kontrolle auch der dänischen Zivilgesellschaft.

Im Mai 1940 setzte in Teilen der bürgerlichen Presse eine Kampagne ein mit scharfen Angriffen auf die Zusammenarbeitspolitik der „Sammlungsregierung“ und gelegentlich auch mit anti-parlamentarischen Obertönen, die geeignet war, die Grundlagen dieser Regierung zu unterminieren. Die Furcht vor innerdänischen totalitären Strömungen verstärkte sich, als im Juni 1940 die radikale Bauernbewegung („Landbrugernes Sammenslutning“) und ihr parlamentarischer Arm („Bondepartiet“) eine unheilige Allianz mit der dänischen Nazi-Partei (DNSAP) eingingen.

Der Højgaard-Kreis: eine rechtsbürgerlich-autoritäre Herausforderung für die parlamentarisch legitimierte Sammlungsregierung

Der wichtigste Vorstoß rechtsbürgerlicher Kreise ging jedoch zunächst nicht von der eher marginalen DNSAP aus. Im Herbst 1940 versuchte eine Gruppierung aus einflussreichen Wirtschaftskreisen, der so genannte Højgaard-Kreis, benannt nach dem international tätigen führenden dänischen Unternehmer Knud Højgaard, eine Alternative zu etablieren, die sich sowohl gegen den Parlamentarismus als auch gegen den Nazismus wandte. Angestrebt wurde die Einsetzung einer nicht parlamentarischen Regierung aus parteipolitisch nicht gebundenen „unabhängigen“ Personen, mit starker Anlehnung an das Königshaus und unter der Führung von Prinz Axel. Prinz Axel, ein Vetter des Königs (Kristian X.), war der respektierte langjährige Aufsichtsratsvorsitzende der Østasiatiske Kompagni (ØK), des einflussreichen und traditionsreichsten dänischen Handelsunternehmens.

Ziel des Højgaard-Kreises war es u.a., eine nazistische Machtübernahme zu verhindern, die die ganze Zeit in den Kulissen spukte, zumal der deutsche Gesandte v. Renthe-Fink, als „Reichsbevollmächtigter“ oberste Instanz der Besatzungsmacht, am 22. Oktober diese Forderung ausdrücklich erhoben hatte. Der Kreis hatte die Vorstellung, dass eine „Genrejsning“ (i.e. eine Wieder-Erweckung, Erhebung) unter einer starken Führung eine nationale Sammlung bewirken könne, um so einerseits stärker gegen deutschen Einfluss auftreten zu können, andererseits aber auch um die Möglichkeiten, die die deutsche „Neuordnung Europas“ bot, besser nutzen zu können, ein Konzept, wie es ähnlich von der französischen Vichy-Regierung vertreten wurde.

König Kristian X. widersetzte sich diesem Ansinnen und erklärte nachdrücklich in einer Rede im Folketing am 15. November 1940, „dass die ganze Regierung auf parlamentarischem Grund steht. Der Rigsdag kann nicht von der Teilnahme an der Regierungsbildung ausgeschlossen werden, und

niemand in der gesamten Regierung – auch nicht der König dieses Landes – nährt irgendeinen Wunsch, außerhalb und ohne den Rigsdag zu handeln. Es gibt im Augenblick eine gesetzmäßige Regierung, und soll dies geändert werden, muss es auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise geschehen, entsprechend dänischem parlamentarischem Staatsbrauch.“

Die Wirkung ging weit über den konkreten Anlass hinaus. Es war ein klares Signal, dass König und Parteien – d.h. alle maßgeblichen politischen Kräfte in Dänemark – ungeachtet interner Streitigkeiten unverbrüchlich am Grundprinzip des Parlamentarismus festhielten, ein entscheidender Parameter der Zusammenarbeitspolitik, den auch der Reichsbevollmächtigte v. Renthe-Fink akzeptieren musste. Bis auf weiteres galt, dass die parlamentarisch legitimierte dänische „Samlingsregering“ einer nicht parlamentarischen Alternative vorzuziehen sei. Damit hatte nicht nur der Højgaard-Kreis seine Rolle ausgespielt, auch die dänischen Nationalsozialisten, die DNSAP mit ihrem „Führer“ Frits Clausen, fanden sich in einer Sackgasse wieder.

Betrachten wir zunächst noch einmal die Ereignisse zu Beginn des Jahres 1940. Alsing Andersens deutlich „pikierte“ Reaktion auf Kurt Wurbs‘ Ausführungen hierzu und das schroffe Dementi in seiner Replik vom 21. Juli 1953 („Du erinnerst Dich indessen verkehrt.“), zeigen, dass Wurbs sicherlich unwillentlich – bedingt durch sein Missverständnis – einen wunden Punkt getroffen hatte.

Überrumpelung und kampflose Übergabe am 9. April 1940 als wunder Punkt der Regierung

Die kampflose Übergabe am 9. April 1940 hatte weite Kreise der dänischen Bevölkerung tief in ihrem nationalen Selbstrespekt verletzt, unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Einstellung, auch Sozialdemokraten, vor allem aber national-bürgerliche Kreise und am äußeren linken Rand nicht zuletzt auch Kommunisten.⁹⁹ Die Auffassung, dass man am 9. April hätte kämpfen müssen, selbst wenn es letztlich ergebnislos gewesen wäre, war weit verbreitet, und je länger man sich zeitlich davon entfernte umso mehr. Eine „realistischere“ Verteidigungspolitik und bessere Vorbereitung hätte demnach die Überrumpelung und ehrlose Kapitulation verhindern können. Die Hauptvorwürfe gegen die verantwortlichen Politiker richteten sich gegen den sozialliberalen Außenminister Peter Munch und gegen Alsing Andersen als Verteidigungsminister.¹⁰⁰

Nach der Befreiung 1945 wurde zwischen dem den aktiven Widerstand repräsentierenden „Freiheitsrat“ mit den ihn dominierenden nationalbürgerlichen und kommunistischen Kräften einerseits und den traditionel-

len parlamentarischen Parteien andererseits hart um Einfluss und um die Wiederherstellung und Zukunft des parlamentarischen Systems gerungen. Dazu gehörte nicht zuletzt die Deutungshoheit über die vorangegangene Besatzungszeit und die Zusammenarbeitspolitik. Ihren sichtbarsten Ausdruck fand dies in der jahrelangen, zähen und erst im Herbst 1953 endgültig abgeschlossenen Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, auf den sich Alsing Andersen in seinem Anschreiben an Kurt Wurbs vom 10. Juli 1953 bezog.

Der von Wurbs angegebene Zeitpunkt, zu dem er erstmalig eine wenn auch noch recht vage Warnung vor einer möglichen deutschen Invasion Dänemarks und der skandinavischen Länder an Alsing Andersen weitergeben haben will, und zwar auf Veranlassung „einiger Leute, die der Opposition gegen Hitler angehörten“, fällt in den Zeitraum, als die streng geheimen Planungen für die „Aktion Weserübung“ ein entscheidendes Stadium erreicht hatten.¹⁰¹ Tatsächlich sollte nach den ursprünglichen Planungen für die Invasion Norwegens Dänemark nur insoweit betroffen sein, dass zunächst auf diplomatischem Wege Forderungen erhoben werden sollten. Um die Versorgung in Norwegen zu sichern, sollte der Zugang zu Luftbasen in Nordjütland verlangt werden sowie ein Recht zum Überflug des Landes und ein Dispositionsrecht über gewisse Häfen. Allerdings hieß es in einem internen Dokument vom Februar 1940 auch: „Wenn notwendig müssen wir mit einer Invasion drohen, für die die notwendigen Truppen in Bereitschaft zu halten sind.“

Eine wesentliche Verschärfung erfolgte am 1. März 1940 mit einer Anordnung Hitlers. Nunmehr sollten Norwegen und auch das gesamte Dänemark vollständig besetzt werden, mit folgender Begründung: „Hiermit soll einem englischen Übergriff auf Skandinavien und die Ostsee vorgebeugt, unsere Erzbasis in Schweden gesichert und die Ausgangsposition der Kriegsmarine und der Luftwaffe gegen England erweitert werden.“

Vor diesem Hintergrund erscheint es plausibel, dass innerhalb der Wehrmacht bzw. der Abwehr „Leute, die der Opposition gegen Hitler angehörten“, Dänemark eine Warnung zukommen lassen wollten, um eine Ausweitung des Krieges zu verhindern oder zu erschweren. Dass diese Warnung nach Wurbs' Angaben zunächst noch relativ vage ausfiel, mag darin begründet sein, dass sie selbst wegen der strikt eingehaltenen Geheimhaltung nur über begrenzte Informationen verfügten. Plausibel ist auch, dass sie sich dabei Wurbs' als Übermittler bedienten, von dem sie wussten, dass er als relativ prominenter sozialdemokratischer Emigrant Zugang zu einflussreichen Personen der dänischen Regierung und Sozialdemokratie hatte; zumindest die Verbindung zu dem Abwehroffizier Kpt. z. S. Howoldt hatte ja nachweislich bereits vor Kriegsbeginn bestanden.

Eine Enthüllung über Informationskontakte in den Wochen und Tagen vor dem 9. April 1940 musste Alsing Andersen ungelegen sein angesichts der u.a. im Rahmen der parlamentarischen Untersuchung gegen die Regierung und besonders auch gegen ihn als Verteidigungsminister erhobenen Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblich mangelnder militärischer Vorbereitung und der gelungenen Überrumpelung am 9. April. Dies kann sein schroffes Dementi in seinem Replik-Schreiben an Wurbs vom 21. Juli 1953 erklären. Tatsächlich lesen sich Andersens weitere relativ knappe Ausführungen wie eine Sprachregelung für den Fall irgendwelcher Nachfragen.

Natürlich beinhaltet dies einen nicht eben belanglosen Vorwurf gegen Alsing Andersen. Aber andererseits: Warum sollte Kurt Wurbs 1953 an einer „Erinnerungsverschiebung“, wie Andersen dies unterstellt, gelitten haben, als er anscheinend relativ arglos seine Erinnerungen an die Begebenheiten in den Wochen und Tagen vor dem 9. April niederschrieb, ausgelöst durch das Missverständnis und den Irrtum, Alsing Andersen hätte genau danach gefragt?

1940 war für Dänemark ein Jahr der Herausforderungen und Weichenstellungen. Die nach der „friedlichen Besetzung“ bei angeblich fortbestehender Souveränität verfolgte „Zusammenarbeitspolitik“ war ungeachtet der anfänglich relativ breiten Unterstützung der dänischen Bevölkerung stets besonderen Bedrohungen ausgesetzt, von innen wie von außen – innenpolitisch durch die DNSAP im Bündnis mit der populistisch-extremistischen Landvolkbewegung von „Landbrugernes Sammenslutning“, vor allem aber durch den rechtskonservativen, antiparlamentarischen „Højgaardskreis“, und von außen durch die Drohung mit der „norwegischen Lösung“ eines „Reichskommissariats“ in Form eines direkten Besatzungsregimes oder einer oktroyierten dänischen NS-(„Quisling“-)Regierung. Vor allem die militanten Teile des Militärs waren zur vermeintlich effektiveren Durchsetzung ihrer Sicherheitsinteressen im Hinblick auf Sabotage- und „Terror“-Akte eher an einer Verschärfung des Besatzungsregimes interessiert, und ebenso naturgemäß Gestapo und SD.

Ein Vergleich mit der Situation in den anderen deutschbesetzten Ländern zeigt, dass die in Dänemark verfolgte Politik der „friedlichen Besetzung“ und der (tatsächlich natürlich nicht freiwilligen) „Zusammenarbeit“ für beide Seiten erhebliche Vorteile bot. Dies ist offenkundig im Hinblick auf die besetzten mittel-osteuropäischen, überwiegend „slawischen“ Länder von der CSR über Polen und später die UdSSR bis hin zu Jugoslawien, aber auch im Vergleich mit den besetzten „germanischen“ und damit nach NS-Ideologie eher privilegierten Ländern Norwegen und den Niederlanden. Einem solchen Vergleich zufolge blieb Dänemark von den aller

schlimmsten, alle Vorstellungskraft sprengenden Verheerungen von Terror und Krieg weitgehend verschont.

Auch aus Sicht von NS-Besatzungsmacht und Militär bot die Zusammenarbeitspolitik erhebliche Vorteile. Anders als in Norwegen konnte das Militär seine Präsenz auf ein Minimum beschränken. Entsprechendes galt für die Zivilverwaltung, da mit der Regierung alle übrigen Institutionen und Behörden ihre Arbeit fortsetzten. Ein drohender Zusammenbruch der Wirtschaft lag in Niemandes Interesse. Dänemark trug während des Krieges in erheblichem Umfang zur Nahrungsmittelversorgung Deutschlands bei. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Ersten Weltkriegs mit seinen gravierenden Versorgungsengpässen („Steckrübenwinter“ mit daraus folgender Kriegsverdrossenheit) war dies nicht zuletzt auch aus militärischer Sicht von unschätzbarem Vorteil.

Somit gab es von Anbeginn auf dänischer wie auf deutscher Seite trotz möglicher Vorbehalte gewichtige Gründe und Interessen, an der Zusammenarbeitspolitik festzuhalten, aber jeweils auch komplizierte Gemengelage und Herausforderungen. Ein Scheitern und ein Abgleiten in „norwegische Zustände“ waren zu keinem Zeitpunkt ausgeschlossen. Jede Seite musste ein Interesse daran haben, möglichst exakte Informationen über Verhältnisse, Einschätzungen, Entwicklungen u. dgl. auf der jeweils anderen Seite zu erlangen; dies umso mehr, als unter den während der Besatzungszeit herrschenden Zensurbedingungen exakte Informationen auf dem üblichen Weg über die Medien nur schwer zu beschaffen waren. Wer über wichtige Informationen verfügte, konnte evtl. den Gang der Entwicklung beeinflussen. Das Interesse an der Aufrechterhaltung der Zusammenarbeitspolitik teilten die Angehörigen der innermilitärischen Opposition mit maßgeblichen Teilen der militärischen Führung. Auch wer das NS-System ablehnte und den Krieg möglichst beenden wollte, konnte kein Interesse an der drohenden Alternative haben: verstärkte Repression und direkte NS-Herrschaft.

In eben diesem Umfeld, so hat es den Anschein, bewegte sich Kurt Wurbs: als Übermittler von Informationen und Botschaften zwischen beiden Seiten. In seinem ersten Anschreiben vom 10. Juli 1953 bestätigt Alsing Andersen dies, wenn er dort (wenn auch eher etwas zurückhaltend) formuliert: „Es könnte vielleicht auch notwendig sein zu erklären, wie die Verhältnisse damals waren: Dass Du hin und wieder zu uns gekommen bist mit Informationen über Auffassungen und Stimmungen in deutschen Besatzungskreisen und dass Du uns damit mehrere Male wertvolle Dienste geleistet hast. In Übereinstimmung mit den faktischen Verhältnissen muss ich natürlich auch wiederholen, dass wir während Deiner Besuche niemals Informationen über dänische Verhältnisse gegeben haben – was Du Dir im

Übrigen auch ausdrücklich verboten hattest, als Du das erste Mal zu uns kamst, um Deine Mitteilungen zu machen.“¹⁰²

Sammlungsregierung und König Christian X. als verlässliche Partner

Folgt man Wurbs' eigenen Worten in seinem zweiten ausführlichen Schreiben vom 30. Juli 1953, dann war seine Zusammenarbeit mit den „oppositionellen Offizieren“ in der Wehrmacht (Abwehr) umso intensiver. Der konkrete Bericht vom Oktober 1940, der Auslöser von Andersens Anschreiben im Juli 1953 war, ist danach in ausdrücklicher Absprache verfasst worden („nach einer mündlichen Absprache mit mir durch den damaligen Verbindungsmann zu General Canaris, den Oberstleutnant Klamroth“) und verfolgte einen eindeutig politischen Zweck: durch Art und Inhalt des Berichts dazu beizutragen, Angriffe gegen die parlamentarisch-demokratisch legitimierte „Sammlungsregierung“ Stauning abzuwehren. Und ausdrücklich erwähnt er in diesem Zusammenhang auch den Kronprinz Frederik, offensichtlich als Vertreter des König Kristian X. Wurbs schreibt nicht, welche Argumente im Einzelnen er hierfür lieferte. Letztlich kann es nur darum gegangen sein, Regierung und König als verlässliche Partner der für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeitspolitik darzustellen.

Am Beispiel des Berichts vom Oktober 1940 erläutert Wurbs somit die gemeinsame Vorgehensweise (gemeinsam mit seinen „oppositionellen Gewährsleuten“ auf Seiten der Wehrmacht). Die nach Absprache verfassten und konstruierten Berichte verfolgten von vornherein ein bestimmtes Ziel. Der Inhalt war nicht reine Fantasie, sondern Wurbs griff auf, was er an Informationen und Hinweisen aus unterschiedlichen Quellen, etwa auf Grund persönlicher Kontakte, aus ausländischen Zeitungen oder aus Untergrundgrundzeitungen gesammelt hatte. Wenn dabei an bestimmte bekannte „Fakten“, über die z.B. in der Presse berichtet worden war, angeknüpft wurde, erhöhte dies die Plausibilität und Glaubwürdigkeit.

Da mit den Berichten bestimmte Wirkungen erreicht werden sollten, musste davon ausgegangen werden, dass die Berichte nicht nur für die unmittelbaren Empfänger bzw. Auftraggeber bestimmt waren, sondern dass sie oder ihr Inhalt weitergegeben wurden. Die Frage, ob die Berichte etwa in die Hände Dritter gelangt seien, erübrigt sich daher: sie waren, jedenfalls häufig, genau dazu bestimmt. Das erklärt auch, dass (wie Wurbs darlegt) die endgültige Berichtsfassung bei den von ihm so genannten „Fakt-Berichten“ durch seine Auftraggeber und unmittelbaren Empfänger erfolgte (Wurbs nennt hier ausdrücklich den „Oberstleutnant“¹⁰³ Klamroth als Verbindungsmann zu General Canaris, den Chef der Abwehr).

Wie Alsing Andersen in dem Schriftwechsel vom Juli 1953 ausdrücklich klarstellt, ging es bei dem in Rede stehenden Bericht vom Oktober 1940 um ein Ministertreffen, an dem auch Kronprinz Frederik teilgenommen haben soll, also einige Wochen vor der Rede König Christian's X. im Folketing im November 1940, mit der er sich nachdrücklich zu der „auf parlamentarischem Grunde“ stehenden Regierung Stauning bekannte. Vorausgegangen waren die Bestrebungen des national-autoritären Højgaard-Kreises, eine nicht parlamentarisch legitimierte Regierung zu installieren mit möglicherweise Prinz Axel an der Spitze, einem durchaus angesehenen Angehörigen der königlichen Familie. Wenn also Wurbs seinerzeit einen Bericht verfasst hat, der ein Ministertreffen zum Gegenstand hatte, an dem der Kronprinz aktiv teilgenommen haben soll, dann mag dies einen besonderen Grund gehabt haben: die Botschaft zu vermitteln, dass der maßgebliche Teil des Königshauses, der Kronprinz selbst als designierter Nachfolger und quasi Vertreter des Königs, fest zur parlamentarisch legitimierten Regierung Stauning steht.

Fazit 4

Setzt man Kurt Wurbs' Darstellung in Bezug zur historischen Entwicklung in Dänemark im Jahr 1940, ergeben sich keine erkennbaren Widersprüche; sie erscheint zumindest plausibel, auch wenn man berücksichtigt, dass Wurbs sich wegen seiner zugegebenermaßen teilweise „erdichteten“ und im Zusammenwirken mit „oppositionellen“ Offizieren des deutschen Militärs bzw. der Abwehr verfassten Berichte im Nachhinein in eine defensive Position manövriert hatte. Nicht wirklich belegt sind die von ihm behaupteten Kontakte zu führenden Personen des militärischen Widerstandes, direkt zu General v. Hammerstein, mit dem er sich in einem Kopenhagener Hotel persönlich getroffen haben will, und indirekt zu Abwehrchef Canaris, vermittelt durch den Abwehroffizier Major Hans-Georg Klamroth.

Der Schriftwechsel mit Alsing Andersen (1953) lässt deutlich eine gewisse Distanziertheit und möglicherweise auch Skepsis gegenüber Kurt Wurbs erkennen. Obwohl beide sich mit Sicherheit relativ gut gekannt haben, beschränken sich Andersens Schreiben auf das sachlich Notwendige. Es fehlt jeder persönliche Bezug, sei es auch nur eine floskelhafte Erkundigung nach dem Wohlergehen des unter schwierigen Bedingungen aus dem Exil in das zerstörte Deutschland zurückgekehrten „Emigranten“.

Auch im Hinblick darauf, dass Wurbs gewissermaßen aus der Defensiv-
ve heraus argumentiert, lässt sich daraus jedoch nicht ableiten, dass seine Darstellung in wesentlichen Punkten unzutreffend wäre. Gegenüber einem führenden Vertreter der dänischen Sozialdemokratie hätte er sich dies wohl kaum leisten können.

Bericht in zugespitzter Lage nach der Bombardierung des Kopenhagener Gestapo-Hauptquartiers im „Shellhuset“

Die „Zusammenarbeitspolitik“ im besetzten Dänemark hatte als wesentlichen Inhalt, dass einerseits die dänische Eigenständigkeit weitgehend erhalten blieb und Dänemark nicht Kriegspartei war (Fiktion fort dauern der „Souveränität“ und „Neutralität“), andererseits deutsches Militär sich in Dänemark ungehindert bewegen und operieren konnte. Voraussetzung war, dass die dänische Justiz (Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte) Angriffe auf das deutsche Militär und Sabotageakte verhinderte und ggf. auch ahndete. Aktives widerständiges Handeln war damit kaum vereinbar.

Im Laufe des Jahres 1942 kam es zur Bildung erster aktiver Widerstandsgruppen aus dem bürgerlich-nationalen Lager und – nach dem Angriff Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 – von Kommunisten, die zuvor durch den nun obsoleten Hitler-Stalin-Pakt zur Untätigkeit verdammt gewesen waren.

Im Februar 1943 hatten weitgehend freie Wahlen (von denen die Kommunisten allerdings ausgeschlossen waren) eine eindrucksvolle Bestätigung der die Zusammenarbeitspolitik tragenden demokratischen Parteien gebracht sowie eine vollständige Marginalisierung dänischer Nationalsozialisten. Gleichwohl machte sich im Laufe des Jahres 1943 eine zunehmende Unzufriedenheit bemerkbar, die im August in einer ganz Dänemark erfassenden Streikbewegung kulminierte, insbesondere in Betrieben, die für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiteten. Nach Thorvald Staunings Tod im Mai 1942 sowie einem nur wenige Monate andauernden Intermezzo mit dem Sozialdemokraten Vilhelm Buhl als „Statsminister“ (Ministerpräsident) hatte der parteilose Erik Scavenius das Amt des Statsministers übernommen, auf Drängen der deutschen Besatzungsmacht, aber letztlich weiterhin getragen von den demokratischen Parteien im dänischen Parlament. Scavenius' Politik war dadurch gekennzeichnet, dass er (vorsichtig formuliert) in besonderem Maße um eine Balance zwischen dänischer Souveränität und nazi-deutschen Forderungen bemüht war.



Quelle: Royal Danish Library - www.tb.dk/images/billed/2010/dkt/billeder/object15150/da/

Erik Scavenius (1877–1962), 1942–1943
dänischer Ministerpräsident

Die deutsche Seite, genauer: das deutsche Militär mit General von Hanneken, seit Oktober 1942 „Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark“, reagierte auf die Augustkrise mit der Ausrufung des militärischen Ausnahmezustands. Es galt ein umfassendes Streik- und Ausgehverbot. Das dänische Militär wurde aufgelöst und entwaffnet. Die dänische Regierung wurde aufgefordert, mit aller Härte gegen die Streikbewegung und Sabotageakte vorzugehen, unter Anwendung der Todesstrafe. Damit war eine Linie überschritten. Die Regierung weigerte sich. Es war das Ende der offi-



Werner Best (1903–1989), 1942 bis 1945 deutscher Reichsbevollmächtigter in Dänemark

ziellen Zusammenarbeitspolitik auf höchster Ebene. Mit dem 29. August 1943 hörten die dänischen Verfassungsorgane, Regierung und Parlament, auf zu fungieren.

Oberster deutscher Repräsentant in Dänemark war jedoch seit November 1942 der „Reichsbevollmächtigte“ Dr. Werner Best. Als SS-Obergruppenführer (General) und ehemals leitender Gestapo-Beamter war er nicht eben unvorbelastet. Gleichwohl verfolgte Best in Dänemark eine eher pragmatische „vernunftgeleitete“ Besatzungspolitik. Tatsächlich führte er trotz des bis Anfang Oktober 1943 offiziell andauernden militärischen Ausnahmezustands im Kern die Zusammenarbeitspolitik fort. Ansprechpartner waren nun die im Amt verbliebenen „Departementschefs“ (in etwa „Staatssekretäre“) der dänischen Ministerien. Federführend im Rahmen der „Verhandlungs-“ bzw. „Zusammenarbeitspolitik“ war weiterhin das Außenministerium mit seinem Departementschef Nils Svenningsen.

Die Departementschefs, die u.a. Verordnungen mit Gesetzesfunktion erließen, handelten nicht im luftleeren Raum. Bereits im Juli 1940 war im Folketing zur vertraulichen Beratung und vorbereitenden Beschlussfassung ein quasi als Rumpfparlament agierender Ausschuss gebildet worden, dem die führenden Politiker der „zusammenarbeitenden“ Parteien angehörten. Der Ausschuss bestand aus neun Personen und wurde daher allgemein als „Nimandsudvalg“ (Neunerausschuss) bezeichnet, auch als er später (nach dem 29. August 1943) um vier weitere Mitglieder erweitert wurde. Nachdem Vilhelm Buhl 1942 von der deutschen Besatzungsmacht aus seinem Amt als „Statsminister“ gedrängt worden war, übernahm er im „Nimandsudvalg“ die führende Rolle. Als das dänische Parlament (Fol-

Quelle: <https://samlinger.natmus.dk/fm/asset/266918>

keting und Landsting) mit dem 29. August 1943 offiziell seine Tätigkeit eingestellt hatte, setzte der Neunerausschuss seine Tätigkeit als inoffiziell tagendes Rumpfparlament fort. Die Departementschefs handelten in enger Abstimmung und Rückkoppelung mit dem Neunerausschuss und verfügten so über eine indirekte parlamentarisch-demokratische Legitimation.

Die zunehmenden oppositionellen Aktivitäten und die Streikbewegung im August mündeten im darauffolgenden September 1943 in der Bildung von „Danmarks Frihedsråd“ als Dachorganisation der gesamten Widerstandsbewegung mit dem Ziel, die Widerstandsaktivitäten und – vor dem Hintergrund verfügbarer Zensur – die Information und Kommunikation mit der Bevölkerung und mit den Alliierten zu koordinieren und abzustimmen. Initiatoren waren Mogens Fog, Leiter der eher bürgerlich ausgerichteten Widerstandsgruppierung „Frit Danmark“, und der Sozialdemokrat Frode Jacobsen, Leiter der Widerstandsgruppe „Ringene“, der der Zusammenarbeitspolitik der dänischen Sozialdemokratie kritisch gegenüberstand.

Eine wichtige Rolle auch im Rahmen von „Danmarks Frihedsråd“ spielten zudem die Kommunisten, die durch ihre Verankerung in den Betrieben und damit zunehmend auch in der Arbeiterschaft an Einfluss gewannen. Der „Frihedsråd“ stand in engem Kontakt zu den Alliierten, insbesondere dem britischen Nachrichtendienst SOE, zum Beispiel bei der Unterstützung der Eisenbahn-Sabotage mit Material durch Fallschirm-Abwurf.

Beide Seiten, die der „Zusammenarbeitspolitik“ und dem herkömmlichen parlamentarischen System verpflichteten Politiker (organisiert u.a. im „Neunerausschuss“) und der in „Danmarks Frihedsråd“ organisierte Widerstand, nahmen für sich in Anspruch, zur Vertretung der Interessen Dänemarks legitimiert zu sein, und rangen um Einfluss. Dies zeigte sich deutlich anlässlich der zweiten großen Streikwelle im Sommer 1944 („folkestrejk“). Zuvor hatte im Juni 1944 der Departementschef des Justizministeriums es abgelehnt, die dänische Polizei weiterhin zur Bekämpfung von Widerstandsaktivitäten, insbesondere zur Sabotageabwehr, zur Verfügung zu stellen. Wieder war, auch aus Sicht der Vertreter der „Zusammenarbeitspolitik“, eine Linie überschritten.

Da die dänische Polizei nach Auffassung der deutschen Besatzer nicht zusammenarbeitswillig genug war, wurde sie am 19. September 1944 aufgelöst. Etwa 2000 Polizisten, bei einer Gesamtstärke der dänischen Polizei von ca. 10.000, wurden in deutsche Konzentrationslager (Buchenwald und Neuengamme) verschleppt. Ein später Erfolg auch der dänischen Zusammenarbeitspolitik war es, dass fast alle nach Deutschland verschleppten Polizisten gemeinsam mit der Mehrzahl der übrigen norwegischen und dänischen (überwiegend jüdischen) KZ-Gefangenen gegen Kriegsende durch die koordinierten schwedisch-norwegisch-dänischen Bemühungen

(„Aktion Bernadotte“, „Weiße Busse“) in dramatischen Rettungsaktionen aus Deutschland herausgebracht werden konnten.

Letztlich führten der „folkestrejk“ im Sommer 1944 und das allmählich sich abzeichnende Ende des Krieges dazu, dass die Politiker der herkömmlichen demokratischen Parteien und der Frihedsråd ungeachtet ihrer Gegensätze und Rivalität die Frage beantworten mussten, wie Dänemark nach Ende der Besatzung regiert werden sollte. Es ging darum, eine dänische „hjemmefront“ zu bilden, um gemeinsam dänische Interessen auch gegenüber den Alliierten vertreten zu können, ein Chaos in der Schlussphase von Krieg und Besatzung zu verhindern und einen unblutigen Übergang in ein demokratisches Nachkriegsdänemark zu ermöglichen. Am Ende dieser Entwicklung kam es Ende April 1945 zu der Übereinkunft, eine

„Befrielsesregering“ unter der Leitung von Vilhelm Buhl als Statsminister zu bilden, der zu gleichen Teilen Minister aus den Reihen der „alten“ demokratischen Politiker und aus maßgeblichen Vertretern des „Frihedsråds“ angehörten.

Gelingen konnte dies so nur, wenn sich ein blutiger Schlusskampf auf dänischem Boden vermeiden ließ. Gefahr drohte von mehreren Seiten. Am 1. Februar 1945 hatte General Georg Lindemann in der Nachfolge v. Hannekens das Amt des „Befehlshabers der deutschen Truppen in Dänemark“ übernommen. Entsprechend Hitlers persönlichem Befehl, Dänemark „bis zum letzten Blutropfen zu verteidigen“, bereitete er den Schlusskampf auf dänischem Boden vor, „bis zur letzten Patrone und bis zum letzten Atemzug“, und stellte sich damit in Gegensatz zu dem Reichsbevollmächtigten Dr. Werner Best. Angesichts der sich abzeichnenden



Georg Lindemann (1884–1963), 1945 Wehrmachtsbefehlshaber in Dänemark

Quelle: Royal Danish Library - www.kb.dk/images/billed/2010/okt/billeder/objects1150/da/

deutschen Niederlage vertrat Lindemann die extrem-radikale Linie, wie sie auch Reichskommissar Terboven in Norwegen einnahm.

Im Gegensatz hierzu war der einflussreiche Hamburger Gauleiter Kaufmann, zugleich Reichskommissar für den (nordwestdeutschen) Wehrbezirk X und für die Seeschifffahrt, von der Sinnlosigkeit eines aussichtslosen Endkampfes überzeugt. Best stand zu ihm über seinen „Schifffahrtsbeauftragten“ Ferdinand Duckwitz, der seinerseits in deutschen und dänischen Kreisen eng vernetzt war, in enger Verbindung. In der Nacht vom 2. auf den

3. Mai übergab Kaufmann Hamburg kampflos an die Briten. In derselben Nacht erreichten britische und amerikanische Panzereinheiten Lübeck und Wismar und verhinderten so den weiteren Vormarsch sowjetischer Einheiten in Richtung Schleswig-Holstein und Jütland/Dänemark. Für Dänemarks weiteres Schicksal war es entscheidend, ob das Ende des deutschen Besatzungsregimes durch den Vormarsch westallierter oder sowjetischer Truppen bewirkt würde. Am 4. Mai 1945 unterzeichneten Vertreter der Regierung Dönitz, der letzten „Reichsregierung“ nach Hitlers „Freitod“, die Teilkapitulation der deutschen Truppen in Nordwestdeutschland und Nordwesteuropa gegenüber den britischen Truppen. Mit dem Inkrafttreten am 5. Mai 1945 endete offiziell auch die deutsche Besatzung Dänemarks.

Zu den extrem-radikalen Hardlinern auf deutscher Seite gehörten selbstverständlich die Gestapo und der SD („Sicherheitsdienst“, i.e. die nachrichtendienstliche Abteilung der SS). Jeglicher Widerstand war mit gezielt eingesetzten terroristischen Mitteln zu unterdrücken und abzuschrecken. Umgekehrt war es das vorrangige Interesse der moderateren und oppositionellen Kreise innerhalb der Wehrmacht, einen aussichtslosen und blutigen Endkampf zu vermeiden. Es ist naheliegend, dass sie hierzu ihre Kontakte zur dänischen Seite nutzten und intensivierten, so auch die militärische Abwehr der Wehrmacht in Dänemark zu ihrem Kontaktmann Kurt Wurbs.

Für die dänische „Hjemmefront“ waren die letzten Monate bis zum Ende von Krieg und Besatzung eine besondere Herausforderung. Dem militanten Widerstand, d.h. den Gruppen, die u.a. in größerem Umfang Sabotageakte etwa gegen Bahntransporte des deutschen Militärs durchführten, und den inzwischen zahlreichen bewaffneten Untergrundgruppen, die sich gewissermaßen im Wartestand in Bereitschaft hielten, musste eine erhebliche Disziplin abverlangt werden. Es galt, eine Provokation zu verhindern, die den extrem-radikalen Kräften der deutschen Besatzungsmacht den Vorwand für den blutigen Endkampf auf dänischem Boden liefern würde.

Im März 1945 hatte sich die Situation dramatisch zugespitzt. Es waren der Gestapo zahlreiche Festnahmen gelungen, die den dänischen militanten Widerstand erheblich zu schwächen drohten. Nachdem die Royal Air Force bereits Ende Oktober 1944 mit einem Überraschungsangriff das regionale Gestapo-Hauptquartier für Jütland erfolgreich attackiert hatte – 39 deutsche Polizisten waren dabei ums Leben gekommen –, befürchtete man einen ähnlichen Angriff auf das Gestapo-Hauptquartier, das im „Shellhuset“ in Kopenhagen untergebracht war. Um dies zu verhindern, hatte die Gestapo eine größere Anzahl Gefangener, darunter Mogens Fog als prominentes Mitglied des Frihedsråds, in der Dachetage des Shellhauses



Quelle: Australian War Memorial 6090465

Das „Shellhuset“ – Sitz der Gestapo in Kopenhagen – am 22. März 1942 nach dem Bombenangriff durch die Royal Air Force

untergebracht. Sie sollten als Schutzschild fungieren. Gleichwohl überwog im Frihedsråd die Auffassung, dass die Beseitigung des Gestapo-Hauptquartiers so wichtig sei, dass man dafür das Opfer eigener Leute in Kauf nehmen müsse.

Am 21. März erfolgte der Angriff der Royal Air Force auf das Shellhaus mit nahezu 50 Jagdbombern. Getroffen wurde nicht nur das Shellhaus, sondern durch ein tragisches Versehen auch die nahegelegene Französische Schule. 93 Schüler kamen ums Leben, 67 wurden zum Teil schwer verletzt. Der größte Teil der gefangenen dänischen Widerstandskämpfer blieb unverletzt und konnte fliehen, darunter Mogens Fog. Nicht getroffen wurden die Spitzenleute der Gestapo. Wegen einer Trauerfeier für einen verstorbenen „Kameraden“ befand man sich zufällig gerade außer Haus. Unter anderem durch die Zerstörung der Archive wurde jedoch die Gestapo-Arbeit stark beeinträchtigt. Der hart bedrängten Widerstandsbewegung sollte dies eine Atempause verschaffen.¹⁰⁴

Der Angriff auf die Zentrale des NS-deutschen Unterdrückungsapparats in der Schlussphase des Krieges konnte kaum ohne Konsequenzen bleiben. Nach der deutschen Kapitulation und der Befreiung Dänemarks

wurde ein Bericht aufgefunden, den Kurt Wurbs kurz nach dem Angriff der RAF auf das „Shellhuset“ gefertigt hatte, auf Veranlassung und in Kooperation mit der Abwehr.

Leiter der Abwehr in Dänemark war seit 1943 Major Carl Andersen, sein Vertreter Oberleutnant Falland. Major Andersen hat in seiner Vernehmung durch die dänische Polizei Ende Januar 1947, über deren Inhalt Wurbs mit Schreiben an den „lieben Genossen Olof“ (Carlsson) zeitnah beichtet hat, folgendes ausgesagt:

Den Bericht über die Wirkungen des Bombardements des Shellhusets habe er, Major Andersen, selbst zwar nicht gesehen, da sein Vertreter Falland mit Wurbs darüber gesprochen habe. Er selbst sei schon in Kapitulationsverhandlungen verwickelt gewesen und habe keine Zeit mehr gehabt. Aber Falland habe ihn benachrichtigt, dass die Gestapo Amok laufen wolle und dass dazu alle Vorbereitungen für die Verhaftung hoher Beamter und des Neunerausschusses sowie der Arbeiterführer getroffen gewesen seien. Falland und er hätten darauf beschlossen, sich sofort mit Wurbs in Verbindung zu setzen, damit verhindert werde, was die Absichten der Gestapo waren. Er wisse, dass Falland Wurbs alle wichtigen Nachrichten gegeben habe, die notwendig waren, um den Bericht in der vorliegenden Form abfassen zu können.

Auch Kurt Wurbs selbst hat sich laut einem weiteren Schreiben an den „lieben Genossen Olof“ vom Februar/März 1947 über seine vorangegangenen eigenen Vernehmungen durch die dänische Polizei wie folgt entsprechend geäußert: Er meine sich zu erinnern, dass es Oberleutnant Falland gewesen sei, der mit den (für einen glaubwürdigen Bericht) notwendigen internen Informationen zu ihm gekommen sei. Danach habe die deutsche Seite angeblich über „Stikker-“ bzw. Spitzelberichte verfügt, die die „Arbeiterführer“, d.h. führende Sozialdemokraten wie Hedtoft, Buhl und Alsing Andersen sowie Gewerkschaftsführer, ferner Mitglieder des „Neunerausschusses“ und Departementschefs stark belasteten. Angeblich hätten sie von dem bevorstehenden Angriff der RAF auf das Gestapohauptquartier im „Shellhuset“ gewusst und ihn vorab gebilligt. Und nun wolle die Gestapo „Amok laufen“.

Es ging demnach um Unterstellungen, die die „Zusammenarbeitspolitik“ unterstützenden Politiker, Gewerkschaftsführer und leitenden Beamten offensichtlich diskreditieren sollten und somit einen Vorwand liefern konnten, gegen sie vorzugehen. Die Vorwürfe waren inhaltlich absurd, aber geeignet, das, was es noch an Zusammenarbeitspolitik gab, endgültig auszuhebeln.

Wir kennen nicht den genauen Inhalt des dann von Wurbs verfassten Berichts. Er musste jedenfalls – den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend – geeignet sein, die Angeschuldigten zu entlasten. Zum tatsächlichen

Hintergrund ist anzumerken, dass es im März 1945 sicherlich eine Annäherung der die Zusammenarbeitspolitik tragenden Vertretern des herkömmlichen parlamentarisch-demokratischen Systems und des „Frihedsråds“ im Sinne einer gemeinsamen „Hjemmefront“ gab; aber ein Zusammenwirken im Zusammenhang mit einem gezielten Bombenangriff der RAF ist ganz sicher auszuschließen.

Bericht betreffend eine mögliche vorzeitige deutsche Kapitulation in Dänemark noch vor Ankunft britischer Truppen

Im oben erwähnten Schreiben von Kurt Wurbs an den „lieben Genossen Olof“ (Carlsen) vom Februar/März 1947 über seine eigene Vernehmung durch die dänische Polizei bezieht er sich auf einen weiteren Bericht, den er im gleichen Zeitraum, in der Schlussphase von Krieg und Besatzung, auf Anforderung von Major Andersen gefertigt habe.

Wörtlich führt er aus: „Der zweite Bericht war kein Bricht gegen irgendwelche Stikkerangaben, sondern wurde auf Wunsch des Major Andersen angefertigt. Andersen hatte zu diesem Zeitpunkt Fühlung mit Offizieren in der Widerstandsbewegung. Man besprach dabei eine mögliche Kapitulation der deutschen Truppen in Dänemark. Er bat darum, doch mal einen militärpolitischen Bericht zu machen, dessen Argumente auf Lindemann [den Befehlshaber der. deutschen Truppen in Dänemark] Eindruck machen könnten. Ich sagte ihm damals, dass [...] ich einen Bericht machen werde, der den Zweck hat, erstens Kämpfe in Dänemark zu vermeiden, und zweitens erreichen soll, dass die deutschen Truppen vor den Dänen und noch vor dem Eintreffen der Engländer kapitulieren sollten. Das deutsche Material sollte für Dänemark gerettet werden.“¹⁰⁵

Man wird diesen zweiten Bericht vor dem Hintergrund der für alle Beteiligten ungewissen und unsicheren Situation in der Endphase von Krieg und Besatzung sehen müssen. Sicherlich gehörte Dänemark auf alliierter Seite eher zur britischen Interessensphäre. Aber bis Ende April 1945 war es angesichts des Vormarschs sowjetischer Truppen ungewiss, ob tatsächlich britische Truppen als erste als Befreier Dänemark erreichen würden. Ungewiss war auch Dänemarks Status bei Kriegsende vor dem Hintergrund seiner „Zusammenarbeitspolitik“ mit der Besatzungsmacht und der letztlich nur fiktiven fortdauernden „Souveränität“ und „Neutralität“. Würden die Alliierten Dänemark nach Kriegsende als gleichberechtigt anerkennen? Welche Rolle würde und könnte Dänemark in der internationalen Nachkriegsordnung spielen, z.B. im Rahmen der entstehenden Vereinten Nationen (UNO)?¹⁰⁶

Die von Wurbs angesprochene Möglichkeit einer vorzeitigen Kapitulation der deutschen Truppen gegenüber Dänemark noch vor einem Eintref-

fen britischer Einheiten hätte für beide Seiten erkennbare Vorteile gehabt: ein möglicher blutiger Endkampf auf dänischem Boden würde mit großer Wahrscheinlichkeit vermieden. Und Dänemarks Rolle als gleichberechtigter Partner der siegreichen Alliierten wäre gestärkt worden.

Welche Bedeutung eine vorzeitige Kapitulation gegenüber Dänemark gehabt hätte, wäre u.a. davon abhängig gewesen, welche Glaubwürdigkeit und welches Gewicht diejenigen Kräfte gehabt hätten, denen gegenüber auf dänischer Seite die Kapitulation erklärt worden wäre. Da ist zum einen die vom „Frihedsråd“ repräsentierte dänische Widerstandsbewegung, die spätestens seit dem „folkestrejke“ im Sommer 1944 demonstriert hatte, dass sie über einen weitreichenden Einfluss und eine wachsende Anhängerschaft verfügte und auch wesentliche militante Widerstandsakte („Sabotage“, insbesondere Eisenbahnsabotage) durchführte.

Nach Kurt Wurbs' Darstellung führte Major Andersen, Chef der Abwehr in Dänemark, seine Gespräche mit dänischen „Offizieren in der Widerstandsbewegung“. Im Zusammenhang mit „Offizieren“ und „Widerstandsbewegung“ ist zu differenzieren:

Unter „Widerstandsbewegung“ in Dänemark wird allgemein der zivile Widerstand verstanden, bestehend aus sehr unterschiedlichen, teilweise militanten Gruppierungen, die die „Zusammenarbeitspolitik“ ablehnten und sich unter dem Dach von „Danmarks Frihedsråd“ zusammengefunden hatten. Davon zu unterscheiden ist das dänische „Untergrundheer“, das von Offizieren nach offizieller Auflösung des dänischen Heeres nach dem 29. August 1943 und nach Beendigung ihrer mehrwöchigen Internierung aufgebaut worden war.

Die große Mehrzahl der Berufsoffiziere hatte mit der Bildung des so genannten „Kleinen Generalstabs“ eine illegale geheime Kommandostruktur gebildet. Das „Untergrundheer“ verfügte über ein Netzwerk von ca. 5.000 „systemloyalen“ Offizieren, die im Zweifel bereitstanden, ein Machtvakuum am Ende der Besatzungszeit auszufüllen und ggf. bei einem Endkampf auf dänischem Boden an der Seite der (West-)Alliierten den Kampf mit aufzunehmen, aber auch um in einer Chaossituation einen möglichen Versuch einer einseitigen kommunistischen Machtübernahme entgegenzutreten zu können. Maßgeblichen Einfluss im „Kleinen Generalstab“ hatte weiterhin der bisherige Heereschef General Gørtz. Die Offiziere des Untergrundheeres waren unverbrüchlich loyal gegenüber dem parlamentarischen System und den (Zusammenarbeits-)Politikern.¹⁰⁷ Beide Gruppierungen, ziviler „Widerstand“ und „Untergrundheer“, waren bewaffnet, verfügten jedoch nicht über schwere Waffen, die sie in die Lage versetzt hätten, auf sich allein gestellt einen offenen Endkampf mit den deutschen Besatzungstruppen für sich zu entscheiden.

Wenn Kurt Wurbs von Gesprächen deutscher Abwehroffiziere mit den „Offizieren in der Widerstandsbewegung“ spricht, sind offensichtlich Offiziere des dänischen „Untergrundheeres“ gemeint. Auch hier kennen wir nicht den genauen Inhalt des von Wurbs in Zusammenarbeit mit dem Abwehroffizier Falland gefertigten „allgemeinpolitischen“ Bericht, dessen Argumente geeignet sein sollten, „auf Lindemann Eindruck zu machen“. Tatsächlich dürfte der Versuch, Lindemann, den Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark, vom Sinn einer vorzeitigen Kapitulation sei es gegen heranrückende britische und amerikanische Truppen oder gegenüber „Dänemark“ zu überzeugen, kaum Aussicht auf Erfolg gehabt haben. Schließlich war es Lindemanns erklärter Wille, „Dänemark“ entsprechend dem „Führerbefehl“ bis zum „letzten Blutstropfen zu verteidigen“.

Man könnte einen solchen Versuch als letzte verzweifelte Anstrengung widerständiger Abwehroffiziere interpretieren, doch noch das Schlimmste, Chaos und/oder blutigen Endkampf auf dänischem Boden abzuwenden. Denkbar ist auch, dass sowohl diese Abwehroffiziere als auch Kurt Wurbs ihre tatsächlichen Einflussmöglichkeiten überschätzten. Und schließlich ist auch zu bedenken, dass Wurbs sich im Frühjahr 1947 angesichts der Vernehmungen durch die dänische Polizei und der gegen ihn erhobenen Vorwürfen in einer Verteidigungssituation befand und er somit geneigt war, das eine oder andere zu seinen Gunsten und zugunsten der „oppositionellen“ Abwehroffiziere zu überzeichnen.

Ein „heimliches“ Treffen 1946 mit Kurt Schumacher in Hannover mit Hilfe des Nachrichtendienstes des dänischen Generalstabs

Am 23. November 1946 findet sich auf der ersten Seite der Zeitung *Information* ein mit folgenden Schlagzeilen aufgemachter Artikel:

„Verteidigungsminister verlangt Aufklärung in der Wurbs-Sache.
Minister hatte keine Information, dass der Generalstab Wurbs zu
Dr. Schumachers Hauptquartier in Hannover befördert hat.
Wurbs wieder in Kopenhagen nach Besuch bei Schumacher“

Worum ging es?

Der Artikel war Teil der Kampagne, die im Herbst 1946 in den beiden Zeitungen geführt wurde, die während der Besatzungszeit als Sprachrohr des Widerstands fungiert hatten (die eher bürgerlich-nationale *Information* und die kommunistische *Land og Folk*), und die dann zu den polizeilichen Vernehmungen Anfang 1947 geführt hatte. Auf Grund der aufgefundenen

Berichte, die Wurbs für die von ihm so genannten „oppositionellen Offiziere“ der Wehrmacht gefertigt hatte, stand der Vorwurf im Raum, Wurbs, ein vergleichsweise hochrangiger deutscher Sozialdemokrat im dänischen Exil, habe als Spitzel („Stikker“) und V-Mann der feindlichen Abwehr der Besatzungsmacht gearbeitet.

Und dieser Mann war ausgerechnet von Mitarbeitern des Nachrichtendienstes der dänischen Militärführung („den danske Generalstabs Efterretningssektion“) nach Hannover zu „Dr. Schumachers Hauptquartier“ gebracht worden, und zwar angeblich unter konspirativen Umständen, nämlich „heimlich“ und „mit den eigenen Autos der Nachrichtenabteilung“. Schumacher war 1945/46 der prominenteste und durchsetzungsstärkste Vertreter der im Wiederaufbau begriffenen (west-)deutschen SPD und von Mai 1946 bis zu seinem Tod 1952 SPD-Vorsitzender.

Wurbs wird in dem Artikel als sozialdemokratischer Redakteur und „Südschleswigexperte“ bezeichnet. Harald Petersen¹⁰⁸, Verteidigungsminister der von November 1945 bis November 1947 amtierenden bürgerlichen dänischen Regierung, geriet offensichtlich in Bedrängnis, weil er seine Unkenntnis über Vorgänge eingestehen musste, an denen der ihm unterstellte militärische Nachrichtendienst beteiligt war. Gerügt wird in dem Artikel, dass der Nachrichtendienst in dieser Sache nur höchst mangelhafte und teilweise notorisch unrichtige Informationen gegeben habe.

Es müsse sichergestellt werden, dass Wurbs im Lande bleibe, damit die dänische Polizei Gelegenheit habe, Wurbs' Verhalten während der Zeit der Besatzung zu untersuchen. Schließlich wird die Frage gestellt, warum Wurbs nicht ganz normal mit dem Zug nach Deutschland gefahren sei, sondern stattdessen vom Nachrichtendienst in dessen eigenen Autos befördert worden sei.

In der Tat drängt sich die Frage auf: Welches Ziel verfolgte Wurbs mit seiner Reise zu Kurt Schumacher in Hannover, und welches Interesse hatte der dänische militärische Nachrichtendienst, Wurbs zu Schumacher nach Hannover zu bringen (ob unter konspirativen Umständen, sei zunächst einmal dahingestellt)?



Quelle: <https://forum.axishistory.com/viewtopic.php?p=114284#p114284>

Kurt Schumacher (1895–1952), 1946 bis 1952 Parteivorsitzender der SPD

Relativ einfach zu beantworten ist die Frage, warum Wurbs nicht schlicht und einfach, ganz „normal“, mit dem Zug nach Hannover gefahren ist. Es war ihm schlicht nicht möglich. Deutschland stand 1946 unter alliierter (hier: britischem) Besatzungsrecht. Die Freizügigkeit war aufgehoben. Auch deutschen Staatsbürgern, „Emigranten“, die nach 1945 aus dem ausländischen Exil zurückkehren wollten, war dies jedenfalls 1946 noch verwehrt. Es bedurfte also einer besonderen Hilfestellung, um dennoch eine Einreise möglich zu machen. Und keinesfalls durfte Wurbs, nachdem ihm trotz allem die Einreise ermöglicht worden war, einfach in Deutschland bleiben, ohne besondere Aufenthaltsgenehmigung.

Interessanterweise wird Wurbs als „Südschleswigexperte“ bezeichnet. Hintergrund ist offensichtlich der neu aufgeflamnte Konflikt um die 1920 durch Volksabstimmung festgelegte deutsch-dänische Grenze – diesmal gewissermaßen mit umgekehrten Vorzeichen. Mit der Grenzziehung war das alte Herzogtum Schleswig geteilt worden, der südliche Teil („Südschleswig“) bei Deutschland verblieben. Nach 1945 gab es eine breite Bewegung, die aus vielerlei hier nicht näher zu erläuternden Gründen den Anschluss bzw. die Vereinigung Südschleswigs mit Dänemark forderte. Der Konflikt betraf die deutsche und dänische Sozialdemokratie unmittelbar. Kurt Schumacher verurteilte jede Form von Separatismus mit scharfen Worten, und auch die dänische Sozialdemokratie, vorübergehend nicht an der Regierungsmacht beteiligt, hielt an dem alten Grundsatz „Grænsen ligger fast“ fest, zu dem sich dänische und deutsche Sozialdemokraten im Wels-Stauning-Abkommen von 1924 gemeinsam bekannt hatten.

Andererseits gab es in Südschleswig viele Sozialdemokraten, die nach den enttäuschenden Erfahrungen des Dritten Reichs mit Verfolgung, Unterdrückung und Krieg für das demokratische Dänemark votierten. Dies betraf insbesondere den SPD-Ortsverein Flensburg, der sich damit gegen die Gesamtpartei stellte und im Verlaufe dieses Konflikts von Schumacher aus der Partei ausgeschlossen wurde und fortan für mehrere Jahre als eigenständige „Sozialdemokratische Partei Flensburg“ existierte.

Es ist naheliegend, dass Kurt Wurbs wie viele andere „Emigranten“ im politischen Exil den dringenden Wunsch hatte, nach der Befreiung trotz aller Schwierigkeiten so rasch wie möglich nach Deutschland zurückzukehren, um an sein früheres berufliches und politisches Leben anzuknüpfen und am Wiederaufbau eines demokratischen Deutschlands und einer demokratischen Presse teilzunehmen. Als früherer Chefredakteur der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* im dänischen Exil konnte er für sich in Anspruch nehmen, über besondere Erfahrung und Sachkunde in deutsch-dänischen Angelegenheiten inklusive der Südschleswigfrage zu verfügen.

Kurt Schumacher seinerseits war in Grenzfragen sicherlich sensibler. Aufgewachsen war er im deutsch-polnischen Umfeld der ehemaligen preußischen Provinz Westpreußen, die nach dem Ersten Weltkrieg (überwiegend) Teil des wiedererstandenen polnischen Staates werden sollte. Als junger Reichstagsabgeordneter hatte er jedoch den Wahlkreis Stuttgart vertreten; dort war er zuvor als Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung tätig gewesen. Fast die gesamten zwölf Jahre des „Dritten Reichs“ hatte er im KZ und Zuchthaus verbringen müssen. Über besondere Sachkunde speziell zum deutsch-dänischen Verhältnis und zur Südschleswigfrage verfügte er wohl eher nicht. Kurt Wurbs wird dies im Hinterkopf gehabt und seinerseits den Kontakt zu Schumacher gesucht haben. Wenn Wurbs erneut die Position eines Chefredakteurs einer sozialdemokratischen Zeitung anstrebte, dann war Schumacher als Person und Vorsitzender der erneuerten SPD am ehesten in der Lage, ihm dabei behilflich zu sein, und zwar auch bei der Überwindung der Hindernisse, die seiner legalen Einreise und einem dauerhaften Aufenthalt in Deutschland entgegenstanden.

Schwieriger ist es nachzuvollziehen, welches Interesse den dänischen militärischen „Efterretningstjeneste“ dazu veranlasst haben könnte, Wurbs bei der Kontaktaufnahme zu Schumacher behilflich zu sein und ihn mit eigenen Leuten und Fahrzeugen nach Hannover zu bringen. Wie im vorigen Kapitel aufgezeigt, war die letzte Phase von Krieg und Besatzung durch Bemühungen geprägt, einen blutigen Schlusskampf in Dänemark zu verhindern. Verhandlungen oder Kontakte liefen zwischen „vernunftorientierten“ Wehrmachtsoffizieren, insbesondere der Abwehr, und Vertretern der „Hjemmefront“.

Kurt Wurbs hatte dabei mit seinen fingierten Tatsachenberichten, die in Absprache mit oppositionellen Abwehroffizieren entstanden waren, eine gewisse wenn auch wohl eher bescheidene Rolle gespielt. Der Umstand, dass diese Berichte zum großen Teil fingiert, „erdichtet“ waren, musste sie im Nachhinein anfällig machen für Missverständnisse und Missinterpretationen. Für den Fall, dass es zu einem polizeilichen oder politischen (parlamentarischen) Untersuchungsverfahren kommen sollte, bestand sicherlich große Unsicherheit, wie Wurbs als Zeuge oder Angeschuldigter agieren würde. Das Interesse des „Efterretningstjeneste“ könnte somit gewesen sein, Wurbs einen möglichen Zeugenauftritt zu ersparen. Dies war am ehesten dadurch zu erreichen, dass Wurbs die Ausreise aus Dänemark ermöglicht würde und er somit dem Zugriff in Dänemark entzogen wäre.

Die vorstehenden Überlegungen sind eher theoretische Plausibilitäts-erwägungen. Sie sind nicht hinreichend belegt. Endgültige, nachprüf-
bare Aussagen sind auf der Grundlage der derzeit bekannten Quellen nicht möglich.



Quelle: Privatbesitz

Kurt Wurbs an Weihnachten 1953 mit seiner zweiten Ehefrau Gertrud Wurbs, geborene Isaksson

IV. Rückkehr nach Deutschland

Wohl erst im Laufe des Jahres 1948 – der genaue Zeitpunkt ist nicht bekannt – gelang es Kurt Wurbs, endgültig nach Deutschland zurückzukehren. Tatsächlich konnte er erneut die Chefredaktion einer sozialdemokratischen Tageszeitung übernehmen. Es ist naheliegend, dass ihm seine ca. zwei Jahre zuvor, 1946, geknüpften Kontakte zu Kurt Schumacher behilflich waren. Aber er kehrte nicht in seine alte Position in Kiel als Chefredakteur der wieder erstandenen *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* (VZ) zurück. Ob seine Rückkehr als VZ-Chefredakteur von maßgeblicher Seite der in Kiel und Schleswig-Holstein neu aufgestellten SPD gewünscht wurde, lässt sich nur schwer ermitteln. Es war wohl nicht zuletzt auch Kurt Wurbs' eigene Entscheidung, bedingt auch dadurch, dass seine Ehe inzwischen zerrüttet war (den genauen Zeitpunkt der Scheidung kennen wir nicht), so dass es nun nicht mehr um die Rückkehr zur eigenen Familie in Kiel gehen konnte.

Am 8. Mai 1945, dem Tag der Befreiung – der endgültigen, bedingungslosen Kapitulation NS-Deutschlands –, war Kurt Wurbs in Kopenhagen erneut Vater geworden, des kleinen Knut Steen Isaksson (später Wurbs). Mit der Mutter, Gertrud Isaksson, war er eine neue, offenbar stabile Beziehung eingegangen, die sich zu einer Lebenspartnerschaft entwickelte und zur standesamtlichen Eheschließung in Freiburg im Breisgau am 28. Mai 1949 führen sollte. Das zweite (und jüngste) Kind aus dieser Beziehung wurde ebenfalls noch in Kopenhagen am 28. Juli 1948 als Ruth Martha Johanna Gertrud Isaksson (später ebenfalls Wurbs) geboren.

Bemerkenswert ist, dass Wurbs' Lebensgefährtin ihm in das noch immer kriegszerstörte und an den massiven Kriegsfolgen leidende und noch unter Besatzungsregime stehende Deutschland gefolgt ist zu einem Zeitpunkt, als der rasche Aufschwung und die Konsolidierung der sich erst konstituierenden künftigen Bundesrepublik Deutschland noch keineswegs absehbar waren, während umgekehrt das weitgehend unzerstört gebliebene Dänemark nach Kriegsende sich unerwartet rasch von den kriegs- und besatzungsbedingten Beeinträchtigungen seiner Wirtschaft befreien konnte und sehr schnell sein Vorkriegsniveau wieder erreicht hatte.

Umso größer aber mussten die Belastung und der Druck, der auf Wurbs und dieser Beziehung lasteten, gewesen sein, als er im Herbst 1945 – gerade erneut Vater geworden – im „Kastellet“ in Untersuchungshaft saß und mit den Vorwürfen konfrontiert wurde, Spion, Spitzel, Informant und Agent von Abwehr und Gestapo gewesen zu sein. Es folgte die Pressekampagne im Herbst 1946, die zu erneuten Vernehmungen führten. Für Kurt Wurbs bedeutete es, dass die traumatisierenden Erfahrungen seiner



Quelle: Privatbesitz

Kurt Wurbs, Foto um 1953

Exilzeit auch nach Kriegs- und Besatzungsende in Dänemark fortdauer-
ten und verstärkt wurden. Am Ende dieser Entwicklung war er psychisch
so sehr beeinträchtigt, dass er es sich selbst offenbar nicht mehr zutraute,
beim Wiederaufbau einer demokratischen Presselandschaft in Deutsch-
land als Chefredakteur einer größeren Zeitung eine wichtigere Rolle zu
spielen.

Wie Kurt Wurbs später (1955) in einem Antragschreiben an das Ent-
schädigungsamt in Bremen selbst ausgeführt hat, begab er sich 1948 nach
Freiburg i.Br., „um den Versuch zu machen, einer kleinen Redaktion als
Chefredakteur vorzustehen.“¹⁰⁹ Er litt jedoch in verstärktem Maße an ner-
vösen Magenbeschwerden, und erneut stellten sich auch Depressionszu-
stände ein, so dass – nach seinen eigenen Worten – die Fortführung seiner
Tätigkeit in Frage gestellt war. Stattdessen wechselte er nach Bremen und
übernahm dort die Chefredaktion der *Bremer Volkszeitung*, eines Wochen-
blatts mit deutlich geringeren Anforderungen.

Auch diese Tätigkeit war nicht von Dauer, wie er es in dem o.g. Schrei-
ben vom 30. Juni 1955 an das Entschädigungsamt selbst ausgeführt und
begründet hat: „Am Ende war meine Tätigkeit eine Last für mich wie auch
für die mir unterstellten Mitarbeiter. Ich gebe nunmehr auch diese Tätigkeit
auf, weil ich seelisch und körperlich außerstande bin, den Anforderungen
meines Berufes in Zukunft gerecht zu werden.“¹¹⁰



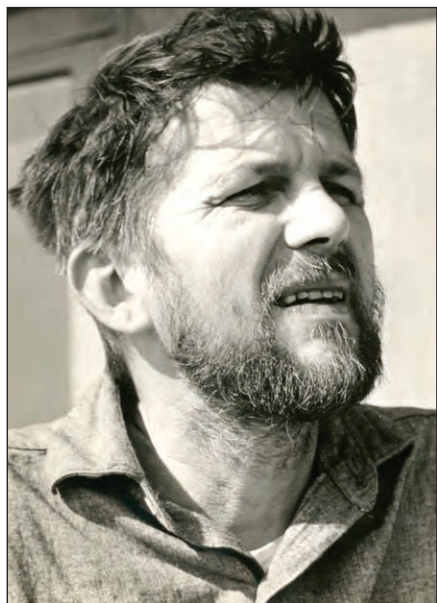
Werner Wurbs mit Knut und Ruth Wurbs beim Besuch des Kopenhagener Tivoli

Damit war Kurt Wurbs mit seiner insgesamt vierköpfigen Familie mit zwei noch schulpflichtigen Kindern auf vorzeitigen Rentenbezug angewiesen, gut ein Jahr vor Erreichen der regulären Altersgrenze von seinerzeit 65 Jahren.

Trotz Zerrüttung und Scheitern seiner ersten Ehe waren nicht alle Verbindungen zu diesem Teil seiner insgesamt sehr großen Familie gekappt. Am engsten war sicherlich seine Bindung zu seinem Sohn Werner, der ihm ins dänische Exil gefolgt war und mit dem vor allem er sein großes Interesse an der Kunst und an eigener künstlerischer Betätigung, gepaart mit politischem Engagement, teilte. Knut Wurbs, jüngster Sohn aus zweiter Ehe und selbst in ähnlicher Weise „vorbelastet“, hat stichwortartig angemerkt:

„Zum Malen und Zeichnen meines Vaters: handwerklich und technisch beherrschte er die wesentlichen Grundlagen der Ölmalerei (Prima-Malerei). Seine Bilder aus den 30er Jahren, die ich bei Siegfried gesehen habe, waren zum Teil vom Jugendstil und (ein wenig) von Picasso beeinflusst. Später viele Landschaften, z.T. auch Jagdszenen – stilistisch z.T. eine gemäßigt impressionistische Malweise. Viele Arbeiten ‚gekonnt‘“.¹¹¹

In den fünfziger und sechziger Jahren sei Werner häufiger in Bremen bei seinen (Knuts) Eltern zu Besuch gewesen. Das Verhältnis zum Vater sei vergleichsweise eng und gut gewesen. Seine (Knuts) Mutter und seine Schwester (Ruth) haben Werner und seine Ehefrau Erna auf Jøgendø (i.e.



Quelle: Privatbesitz

Werner Wurbs in den 1950er-Jahren

eine kleine Insel im nordjütischen Limfjord) und in Kopenhagen besucht. Im Bremen der damaligen Zeit sei er schon sehr auffällig gewesen – so mit Bart, vergleichsweise langen Haaren und Cordhose, Pfeife rauchend.

Auch seine Schwester Ruth male und zeichne seit ihrer Jugend – wie er (Knut) finde – außerordentlich gute, am Surrealismus orientierte Bilder.

Siegfried, Kurts ältester Sohn, sei ebenso wie seinem Bruder Günter viel Kunstverstand eigen gewesen. Er habe afrikanische Kleinplastik gesammelt und von Werner viele moderne Bilder besessen. Günter, in den 60er-Jahren Verwaltungsleiter der Muthesius Werkkunstschule in Kiel, sei selbst ein ausgezeichnete Fotograf gewesen. Und auch in der nachfolgenden Generation, bei mehreren seiner Nichten, gebe es dieses Talent zum Malen und Zeichnen und teilweise auch

entsprechendes berufliches Engagement.

Offenkundig gab und gibt es in der Familie von Kurt Wurbs auffallend viele künstlerisch-malerische Begabungen, was mit dem Hinweis auf eine mögliche biologische Vererbung wohl kaum hinreichend zu erklären ist. Sein Engagement für die Kunst scheint allen äußeren Widrigkeiten zum Trotz auf die Familie ausgestrahlt und abgefärbt zu haben.

Zusammenfassung und Schlussbetrachtung

Wohl nicht zu Unrecht wird man die Persönlichkeit von Kurt Wurbs, sein Handeln, das persönliche, soziale und politische Umfeld und die Bedingungen seines Handelns als außergewöhnlich komplex bezeichnen können. Eine vorschnelle Beurteilung oder gar Verurteilung (etwa im Sinne eines Carl Madsen) sind somit nicht angebracht. Nachfolgend sollen noch einmal die aus Sicht des Verfassers wesentlichen Umstände und Aspekte hervorgehoben werden.

Ohne Zweifel hat Kurt Wurbs mit seiner Flucht nach Dänemark im Juni 1933 nicht leichtfertig seine sehr umfangreiche Familie in Kiel in bedrängter und hilfloser Lage zurückgelassen. Durch Zeugenaussage, aber auch durch spätere psychiatrische Begutachtung ist belegt, wie sehr er darunter gelitten hat. Bei der Betrachtung seines Verhaltens und Handelns im däni-

schen politischen Exil wird man dies im Blick behalten müssen.

Nach dem spektakulären „Hitler-/Wurbs“-Prozess im Jahr 1932 und der Ermordung des ihn in diesem Verfahren vertretenden Rechtsanwalt Wilhelm Spiegels in der Nacht vor der Kommunalwahl vom 13. März 1933 gehörte er zu den am stärksten gefährdeten prominentesten Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein, der jederzeit mit seiner Verhaftung mit unabsehbaren Folgen rechnen musste.

Kurt Wurbs hielt sich nach seiner Flucht zunächst im relativ grenznahen Hadersleben auf. Da er die Trennung nicht verwinden konnte, sich ständig Sorgen um seine Familie machte und wiederholt illegal über die Grenze nach Kiel fuhr und als schließlich seinem dritältesten Sohn Werner die „Schrägversetzung“ in eine „Napola“ drohte, konnte erreicht werden, dass sein Sohn Werner illegal über die Grenze und zu seinem Vater gebracht wurde. Im Dezember 1933 musste er Hadersleben verlassen, nachdem sein Vermieter kurz vor Weihnachten überraschend familienbedingten Eigenbedarf geltend gemacht hatte, wie Wurbs in einem Schreiben an den Parteivorstand in Prag beklagte. Tatsächlich hatte sich die Führung der SPD-Exilgruppe in Kopenhagen mit Richard Hansen als Leiter des „SoPaDe-Grenzsekretariats Nord“ wohl Sorgen gemacht, da die mehrfachen illegalen Grenzübertritte und Reisen nach Kiel zu seiner Familie aus Sicherheitsgründen kaum zu verantworten waren.

Es spricht einiges dafür, dass Richard Hansen nicht nur den illegalen Grenzübertritt von Werner Wurbs ermöglicht hat (die Schleusung erfolgte durch eine Schwester von Hans Hansen, einem aus Flensburg stammenden engen Mitarbeiter von Richard Hansen), sondern auch dafür Sorge getragen hat, dass der Aufenthalt im grenznahen Hadersleben durch die wohl nur vorgebliche Eigenbedarfskündigung sein Ende fand. Wohl nicht ganz freiwillig sah Wurbs sich veranlasst, gemeinsam mit seinem Sohn Werner nach Kopenhagen umzusiedeln.

Als anerkannter politischer, i.e. sozialdemokratischer Flüchtling erhielt Kurt Wurbs von dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Hilfskomitee („Matteotti-Komitee“) eine wöchentliche Unterstützung von 15 Kronen, die sich an der in Dänemark üblichen Arbeitslosenunterstützung orien-



Quelle: Privatbesitz

Kurt Wurbs kurz vor seinem Tod 1980

tierte. Dieser Betrag war nicht dazu bestimmt oder geeignet, auch den Unterhalt seiner in Deutschland zurückgelassenen umfangreichen Familie abzudecken. Mit der von ihm aufgebauten „politischen Korrespondenz“, mit der er ihm zugängliche Nachrichten und Berichte aus dem „Reich“, insbesondere auch die Reichwehr bzw. Wehrmacht und vor allem wohl die Marine betreffend, gegen Entgelt einem ausgewählten Empfängerkreis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften in Dänemark und dem übrigen westeuropäischen Ausland (u.a. England), anbot, dürfte er allenfalls einen geringen Überschuss erwirtschaftet haben. Er selbst bemerkte dazu, dass er hierzu vom SoPaDe-Vorstand in Prag einen monatlich schwankenden Zuschuss erhalten habe, etwa in gleicher Höhe wie seine Matteotti-Unterstützung.

Daneben waren ihm von seinen Verbindungsleuten in der Reichswehr bzw. Wehrmacht für gelegentlich gelieferte literarische bzw. unterhaltsame Texte Zahlungen in sicherlich nicht allzu großer Höhe zugesagt worden. Vor allem konnte er an seine „Gewährsleute“ eine Reihe selbst gefertigter Bilder verkaufen für Beträge zwischen 200 bis 500 Kronen. Auch wenn man unterstellen kann, dass diese Bilder durchaus einen künstlerischen Wert hatten (Wurbs war, wie offensichtlich auch sein Sohn Werner, sicherlich nicht untalentiert und auch einschlägig vorgebildet), erscheinen diese Beträge in Relation zu seiner übrigen Einkommenssituation vergleichsweise hoch, dies vor dem Hintergrund, dass seine „Gewährsleute“ ihm zunächst direkte Zahlungen angeboten hatten, die er jedoch aus „grundsätzlichen Erwägungen“ abgelehnt hatte.

Kurt Wurbs unterhielt von Anfang an intensive Kontakte zu oppositionellen Kreisen innerhalb der Reichswehr bzw. Wehrmacht – in Kenntnis und auch mit Billigung des SoPaDe-Vorstands in Prag, dem er darüber berichtete, teils direkt oder über Richard Hansen als Leiter des „SoPaDe-Grenzsekretariats Nord“. Auch Richard Hansen unterhielt zunächst solche Kontakte, die – wie im Fall Wurbs – noch aus seiner Kieler Zeit gestammt haben dürften. Hansen hat nach der blutigen, von der Reichswehrführung widerspruchlos hingenommenen „Niederschlagung“ des angeblichen „Röhmputsches“ diese Kontakte abgebrochen, während Wurbs und auch der prominente Gewerkschaftsführer Fritz Tarnow es auch danach noch „weiter getrieben“ haben, wie Hansen in einem späteren Interview angemerkt hat. Hierin liegt sicherlich eine der Ursachen dafür, dass das Verhältnis zwischen Wurbs und Hansen wohl als eher distanziert, jedenfalls nicht sehr eng bezeichnet werden kann.

Wurbs will nicht gewusst haben, dass es sich bei seinen Verbindungs- bzw. „Gewährsleuten“ (auch) um Angehörige des militärischen Geheimdienstes, der „Abwehr“, handelte. Dies mag für die Anfangszeit zutreffen,

für die Dauer der insgesamt sehr langen Zeit der Zusammenarbeit ganz sicher nicht. Für ihn spricht in diesem Zusammenhang, dass es gerade in der Abwehr entschlossene Widerstandsaktivitäten gegeben hat. Exemplarisch wird dies deutlich an Wurbs' Kontaktmann Hans Georg Klamroth, der als Reserveoffizier und „Offizier zur besonderen Verwendung“ in Dänemark tätig war und wegen seiner Mitwisserschaft bei der Verschwörung des 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und grausam exekutiert worden ist (gemeinsam mit seinem Schwiegersohn und entfernten Vetter Oberstleutnant Bernd Klamroth, der noch wesentlich direkter am „20. Juli“ beteiligt war).

Darüber hinaus hatte Wurbs nach eigenen Angaben u.a. indirekten Kontakt zu dem Chef der Abwehr Wilhelm Canaris, der – im Verhältnis zur Gestapo – sehr um Wurbs' Sicherheit als wichtiger Informant und Verbindungsmann nach der deutschen Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 besorgt gewesen sein soll. Auch Canaris wurde ein Opfer der blutigen Schauprozesse des Volksgerichtshofs nach dem 20. Juli. Kurt Wurbs berichtete weiter von einem direkten Treffen mit General von Hammerstein-Equord in einem Kopenhagener Hotel. Der nach kurzfristiger Reaktivierung seit Ende September 1939 „inaktive“, aber bis zu seinem Tod 1943 einflussreiche General stand mit zahlreichen wichtigen Personen des militärischen und zivilen Widerstands in enger Verbindung. Der Stellenwert des von Wurbs mitgeteilten Treffens ist indessen schwer einzuschätzen, da Einzelheiten insoweit nicht überliefert sind bzw. dem Verfasser zugänglich waren.

Es waren die Kontakte zur Abwehr und tatsächlich oder angeblich von Wurbs gefertigte Berichte, die Carl Madsen, prominenter dänischer Anwalt und bekennender Kommunist, Anlass gaben, u.a. in seinem 1972 erschienenen Buch *Flygtning 33. Strejflys over Hitlers Danmark* Kurt Wurbs als Abwehr- und Gestapoaagent, als Spitzel („Stikker“) und Spion zu etikettieren. Im Mittelpunkt seiner Argumentation steht ein umfangreicher Gestapobericht über ein wichtiges Treffen der Führungsspitze der dänischen Sozialdemokratie und von Regierungsmitgliedern (insbesondere Justizminister Steincke und zu einem späteren Zeitpunkt auch Torvald Stauning, „Statsminister“ und Parteivorsitzender) mit führenden Vertretern verschiedener Unterstützungskomitees für NS-Verfolgte im dänischen Exil, wenige Wochen nach „München“ und der Reichspogromnacht („Reichskristallnacht“) im November 1938.

Madsen meint, nur jemand aus dem engsten Umfeld der direkt Beteiligten könne Informant der Gestapo gewesen sein, und stellt eine Verbindung her zwischen Kurt Wurbs und Fritz Tarnow, der als prominenter Gewerkschafter und Sozialdemokrat im Exil an dem Treffen teilgenommen

hatte. Wurbs und Tarnow trafen sich regelmäßig mit einem weiteren prominenten Emigranten, Karl Raloff (ehemals MdR/SPD und Vorsitzender des Reichsbanners im Bezirk Hannover) zum Skat-Spiel, wo naturgemäß auch intensiv über das aktuelle politische Geschehen gesprochen wurde. Auf den brisanten Inhalt des fraglichen Dokuments soll hier nicht erneut eingegangen werden.

Da Madsen mit seinem Verdacht doch etwas unsicher war, beschloss er, den einzigen Anfang der 1970er-Jahre überlebenden Zeitzeugen und Teilnehmer des o.g. Treffens mit Steincke, Stauning und anderen mit seinem Verdacht zu konfrontieren: den betagten Richard Hansen in Kiel. Er benutzte dabei eine Überrumpelungstaktik, wie er in seinem Buch selbst eingesteht. Er konfrontierte Hansen mit einer Reihe von im Archiv in Ostberlin eingesehenen und kopierten Dokumenten, von denen er (irrtümlich!) fest überzeugt war, dass sie von Wurbs stammten. Als Hansen bei der Nennung des Namens „Wurbs“ unwirsch und ablehnend und nunmehr „mauernd“ reagierte, interpretierte Madsen dies als eindeutigen Beleg für seine Annahme, Wurbs sei der Autor oder Informant für alle diese Dokumente.

Tatsächlich ging es bei den präsentierten Dokumenten um einen anderen Sachverhalt: die Zusammenarbeit führender Sozialdemokraten im Exil, darunter nicht zuletzt Richard Hansen, mit dem britischen Geheimdienst. Madsen hatte damit ein (seinerzeit) absolutes Tabu gebrochen. Das allein erklärt hinreichend die strikt ablehnende Reaktion Richard Hansens. Nach Öffnung der Ostberliner Archive nach dem Mauerfall und auf Grund zwischenzeitlicher Veröffentlichungen ist davon auszugehen, dass die von Madsen präsentierten Dokumente überwiegend von einem u. a. auf Richard Hansen angesetzten und sehr geschickt operierenden Gestapo-Agenten („S 3“) stammten. Ob dies auch für das hier in Rede stehende Dokument über das o.g. Treffen mit Steincke, Stauning u.a. zutrifft, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Die „Beweisführung“ von Carl Madsen ist jedenfalls nicht überzeugend und seine Vorgehensweise mit rechtsstaatlichen Prinzipien kaum vereinbar.

Das Material, das Kurt Wurbs für seine „Korrespondenz“ verwandte bzw. an den SoPaDe-Parteivorstand in Prag und in geeigneten Fällen auch an den Vorstand der dänischen Sozialdemokratie weiterleitete, bezog Wurbs aus unterschiedlichen Quellen und war dazu bestimmt, konkrete Informationen über die Situation im Dritten Reich weiterzugeben und (soweit es an ausländische Adressaten gerichtet war) aufzuklären. Umgekehrt versorgte er seine Verbindungs- bzw. „Gewährsleute“ – i.e. in erster Linie die Abwehroffiziere Kapitän zur See Howoldt, Major H. G. Klamroth, Major Andersen und Oberleutnant Fallant – mit Informationen zur politischen Situation im besetzten, zur Zusammenarbeit genötigten Däne-

mark. Dazu gehörten auch Informationen, die den engeren Führungskreis von Regierung und Sozialdemokratie betrafen.

Wurbs war überzeugt, dass die Zusammenarbeitspolitik den dänischen Interessen am ehesten gerecht wurde, um einer völligen Unterwerfung und Unterdrückung Dänemarks und zerstörerischen militärischen Vorgängen insbesondere in der Endphase entgegenzuwirken. Allem Anschein nach waren hier seine Interessen mit denjenigen der widerständigen und oppositionellen wie auch der gemäßigteren Kräfte innerhalb des deutschen Militärs deckungsgleich. Danach dienten Weitergabe und Vermittlung von Informationen einem übergeordneten Zweck, auch wenn daneben das nicht von vorneherein illegitime materielle Interesse, Einnahmen zu erzielen, eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben dürfte, nämlich u.a. um seine in offensichtlicher Notlage in Kiel zurückgelassene umfangreiche Familie in einem durchaus bescheidenen Rahmen finanziell unterstützen zu können.

So weit so gut. Das Material, das Wurbs nach eigenen Angaben „aus unterschiedlichen Quellen“ bezog, erhielt er einerseits von „Parteifreunden“ aus dem „Reich“, andererseits von seinen „Gewährsleuten“ in der Reichswehr bzw. Wehrmacht. Daneben scheint er systematisch die ihm zugängliche ausländische, insbesondere skandinavische Presse inklusive der „illegalen“ Untergrundpresse im besetzten Dänemark ausgewertet zu haben. Und hier beginnt nun sein Problem, das ihn später, d.h. nach der Befreiung und nach dem Bekanntwerden einer Reihe ihm zugeschriebener Berichte, die sich in aufgefundenen Unterlagen der Abwehr und wohl auch der Gestapo fanden, einholen sollte mit der Folge, dass er sich als vermeintlicher Spitzel („Stikker“) und Informant oder gar Agent von Abwehr und Gestapo im Herbst 1945 für mehrere Wochen in Untersuchungshaft im „Kastellet“ wiederfand und er nach einer Pressekampagne Ende 1946/Anfang 1947 erneut peinlichen Verhören und Befragungen ausgesetzt war.

Kurt Wurbs' Problem: Nach eigenem Eingeständnis anlässlich der Verhöre Januar/Februar 1947 waren seine an die Abwehr weitergeleiteten und in einigen Fällen von seinen „Gewährsleuten“ in der Wehrmacht bzw. Abwehr selbst angeregten oder angeforderten Berichte zumindest teilweise „erdichtet“ („opdigtet“). Das bedeutete nicht zwangsläufig, dass sie inhaltlich völlig falsch oder neben der Sache waren. Eher hat es den Anschein, dass Wurbs sich hier „journalistischer“ Tricks bediente, um seinen Berichten den Anschein größerer Direktheit und Authentizität zu geben, wenn er etwa angebliche Äußerungen konkreter Mitglieder der (früheren) dänischen Regierung bzw. führender Sozialdemokraten und Gewerkschafter („Arbeiterführer“) aus einer ganz konkreten Sitzung scheinbar wortgetreu

wiedergibt, obwohl er von dem Sachverhalt lediglich aus sekundären Quellen Kenntnis hat. Und gelegentlich schien er seiner Fantasie auch freien Lauf zu lassen, und es unterliefen ihm dabei auch Schnitzer und Fehler oder auch Fehleinschätzungen zu Lasten Dritter (z.B. Paul Bromme), wie der geschilderte Fall der angeblichen Konferenz linker Sozialdemokraten und Sozialisten im August 1938 in Schweden zeigt, einer Konferenz, die jedenfalls so und zu diesem Zeitpunkt gar nicht stattgefunden hatte.

Kurt Wurbs' Berichte wurden von seinen „Gewährsleuten“ in der Abwehr offensichtlich durchaus geschätzt. Jedenfalls scheint dies zuzutreffen für seine unmittelbaren Kontaktleute, wie es sich u.a. aus den von Wurbs wiedergegebenen Aussagen der Abwehroffiziere Howoldt, Andersen und Fallant ableiten lässt. Zu nennen wären ferner H. G. Klamroth und (indirekt) sogar Abwehrchef Admiral Canaris. Evident teilten neben der Gestapo auch andere Wehrmachtsangehörige diese Einschätzung nicht oder nur bedingt.

Diese hatten teilweise Kenntnis von den Berichten, insbesondere von denjenigen Berichten, die von der Abwehr selbst angefordert oder angeregt waren. Denn diese waren ja gerade zu dem Zweck angefordert worden, um z.B. in den kritischen Situationen in der Endphase von Besetzung und Krieg drohende Zuspitzungen („norwegische Verhältnisse“, Verhaftung der „Arbeiterführer“, blutiger Endkampf auf dänischem Boden) das Meinungsbild „positiv“ zu beeinflussen und mäßigend zu wirken – so Wurbs' durchaus plausible Darstellung.

In seinen Schilderungen der Vernehmungen vom Januar/Februar 1947 (ihn selbst und die ehemaligen Abwehroffiziere Howoldt, Andersen und Fallant betreffend) nimmt Kurt Wurbs u.a. auf zwei konkrete Fälle Bezug, in denen er in kritischen Situationen nach Aufforderung bzw. in Zusammenarbeit mit den genannten Abwehroffizieren solche Berichte gefertigt hat, die geeignet sein sollten, in sich zuspitzender Lage „positiv“ auf entscheidende Personen der Besatzungsmacht in Militär und Gestapo einzuwirken: als im März 1945 nach der Bombardierung des Gestapo-Hauptquartiers im Shellhaus durch die RAF die Verhaftung der „Arbeiterführer“, der führenden Sozialdemokraten und Gewerkschafter sowie Mitglieder der bis Ende August 1943 amtierenden Regierung, drohte, die (zu Unrecht) mit diesem „Terrorakt“ in Verbindung gebracht wurden, sowie im April 1945, als es um Kontakte und Verhandlungen zwischen der dänischen „Hjemmefront“, insbesondere dem Untergrundheer, und moderaten Vertretern des deutschen Militärs in Dänemark ging, die eine Vermeidung eines blutigen Endkampfes auf dänischem Boden und eine mögliche vorzeitige Kapitulation der deutschen Truppen in Dänemark möglichst noch vor dem Eintreffen alliierter Truppen zum Ziel hatten.

Wie bedeutsam diese Berichte für ihren angestrebten Zweck tatsächlich waren, lässt sich kaum nachvollziehen. Kurt Wurbs selbst gab sich überzeugt, dass er Wesentliches zum vergleichsweise glimpflichen Ausgang des deutschen Besatzungsregimes in Dänemark beigetragen habe, u.a. die dänischen „Arbeiterführer“ und „das ganze Land vor dem Schicksal Norges und seiner Führer bewahrt“ habe. Aber da befand er sich in der Situation, sich gegen die Anschuldigungen verteidigen zu müssen, er sei Spion, „Stikker“ und Gestapo- und Abwehragent gewesen.

Kurt Wurbs wandte sich im November 1945 aus der Haft im „Kastellet“ heraus an Hans Hedtoft und korrespondierte später mit Oluf Carlsson, dem 1. Parteisekretär, dem er ausführlich von den Verhören im Januar/Februar 1947 berichtete, ferner mit Alsing Andersen, somit mit wesentlichen Führungspersonen der dänischen Sozialdemokratie während der Besatzungszeit und der Folgejahre.

Tatsächlich wurde er ja nach einigen Wochen aus der Haft entlassen, und es blieb ihm eine Anklage erspart. Aber auch hier ist nicht nachvollziehbar, ob und inwieweit dies konkreter Hilfestellung von führender dänisch-sozialdemokratischer Seite zu verdanken war. Insbesondere aus der Art des Briefwechsels 1953 mit Alsing Andersen, bei dem es zum Austausch über wichtige Vorgänge im „Schicksalsjahr 1940“ kam, ist eine deutliche Distanz gegenüber Wurbs erkennbar, auch wenn Alsing Andersen zugesteht, dass Wurbs in dieser Zeit dem Vorstand der dänischen Sozialdemokratie des Öfteren mit wichtigen Informationen behilflich war.

Es waren offensichtlich Wurbs' bekannt gewordenen „erdichteten“ Berichte mit den angeblich wortgetreuen Zitaten, die zu Unmut und Verunsicherung gegenüber Wurbs geführt hatten. Denn nun mussten sich die Betroffenen für ihnen in den Mund gelegte Äußerungen rechtfertigen und erklären – dies in den Jahren unmittelbar nach der Befreiung, als von nationalbürgerlicher und kommunistischer Seite, also den Kräften, die wesentlich den Widerstand und den „Frihedsråd“ getragen hatten, die Rolle der traditionellen parlamentarischen Parteien, insbesondere der Sozialdemokratie, bei der widerstandslosen Kapitulation am 9. April 1940 und in der nachfolgenden Periode der „Zusammenarbeitpolitik“ kritisch hinterfragt und um die Deutungshoheit über diese Periode gerungen wurde.

Mit dem Bekanntwerden der zumindest teilweise „erdichteten“ Berichte für die deutsche militärische Abwehr und vor dem Hintergrund, dass die tatsächliche „oppositionelle“ Rolle seiner Verbindungs- und „Gewährsleute“ in der Abwehr ja nicht offenkundig war, war Kurt Wurbs in eine sehr schwierige Situation geraten. Was hatte ihn zu dieser Vorgehensweise getrieben, was war seine grundlegende Motivation? Da war zum einen sicherlich das Motiv, zusätzliche Einnahmen über die vergleichsweise gerin-

ge Unterstützung durch das Matteotti-Komitee hinaus zu erzielen. Letztlich waren die Vergütungen, die Wurbs von seinen Abwehr-„Gewährsleuten“ für von ihm gelieferte Berichte sowie einige literarische bzw. unterhaltsame Texte und insbesondere für den Verkauf von Bildern insgesamt doch eher bescheiden. Wurbs stand unter enormem Druck, seine in hilfloser Lage in Kiel zurückgelassene umfangreiche Familie zu unterstützen. Jede finanzielle Unterstützung, die er erhielt, musste dafür willkommen sein. Eine darüber hinausgehende besondere finanzielle Motivation oder gar Habgier drängen sich daher nicht auf.

Aber sicherlich hatte Wurbs das Motiv, auch unter den Bedingungen des politischen Exils weiterhin eine nicht unwesentliche politische Rolle spielen zu können, im Kampf gegen das NS-Unrechtssystem durch Zusammenarbeit mit „oppositionellen“ Kräften in der Abwehr. Aber psychisch befand er sich in einer labilen Situation. Das Wissen um seine in Kiel zurück und quasi im Stich gelassene Familie lastete stark auf ihm, wie sich u.a. dem späteren psychiatrischen Gutachten entnehmen lässt. So wechselten sich offensichtlich stark depressive Perioden mit solchen höherer Aktivität.

Anscheinend haben die durch die Trennung von der Familie bedingten Probleme, die auch nach dem Ende von NS-Verfolgung und Besatzung in geänderter Form anhalten sollten, eine nachhaltig traumatisierende Wirkung gehabt mit der Folge, dass Kurt Wurbs nach seiner Rückkehr nach Deutschland beruflich nur noch eingeschränkt erfolgreich war. Zwar bekleidete er weiterhin bzw. erneut die Position eines Chefredakteurs SPD-naher Zeitungen. Er wählte dabei jedoch anscheinend bewusst eher kleinere, weniger fordernde Zeitungen und Redaktionen und musste schließlich kurz vor Erreichen der gesetzlichen (Renten-)Altersgrenze seine berufliche Tätigkeit ganz aufgeben, weil er sich den Belastungen nicht mehr gewachsen fühlte.

Im Sinne einer nicht angebrachten Schwarz-Weiß-Betrachtung ließe sich feststellen: Kurt Wurbs war weder Held noch Schurke.

Unter Hintanstellung seiner künstlerischen Interessen hatte er sich in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg mit der ausgeprägten Klassengesellschaft des kaiserlichen Deutschlands für eine journalistische Tätigkeit in der sozialdemokratischen Arbeiterpresse entschieden. Mit diesen starken künstlerischen Interessen und Neigungen dürfte er sich deutlich aus dem Kreis vieler seiner sozialdemokratischen Berufskollegen herausgehoben haben. Könnte es sein, dass er damit von Anfang doch ein wenig eine Ausnahmerecheinung in einem sonst eher biederem Umfeld war – auch wenn man berücksichtigt, dass bekanntermaßen das Bildungsstreben in der vielgestalteten und fassettenreichen älteren Arbeiterbewegung vor und nach dem Ersten Weltkrieg sehr ausgeprägt war?

Als Chefredakteur der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* leitete er eine Regionalzeitung, die in der gesamten damals preußischen Provinz Schleswig-Holstein Gewicht und Einfluss und ein (wenn auch nicht unbedingt vom politischen Gegner) anerkanntes hohes Niveau hatte. Für seine umfangreiche Familie hatte er eine Wohnung in einer der gutbürgerlichen Wohngegenden des Kieler Westufers gefunden. Die erzwungene Flucht ins dänische Exil bedeutete für ihn eine familiäre, berufliche und politische Katastrophe. Der Druck, der fortan auf ihm lastete, war ungeheuer. Mancher wäre daran zerbrochen.

Kurt Wurbs versuchte, sich zu behaupten und (durchaus bescheidene) Einnahmequellen zu erschließen, wohl nicht zuletzt, um seine in Kiel in absoluter Notlage und Willkürsituation zurückgelassene Familie unterstützen zu können. Mit seinen Kontakten zu „oppositionellen“ Reichswehr- und Wehrmachtsoffizieren und seinen Berichten konnte er für sich in Anspruch nehmen, weiterhin einen politischen Beitrag gegen das NS-Regime und nach dem 9. April 1940 gegen die NS-Besatzung in Dänemark leisten zu können.

Aber nach der Befreiung, dem Ende der deutschen Besatzung Dänemarks, musste er feststellen, dass er durch seine teilweise „erdichteten“ Berichte zwischen alle Fronten geraten war. Da war zum einen von kommunistischer und bürgerlich-nationaler Seite der letztlich nicht haltbare Vorwurf der „Spionage“, der Spitzel- und Agententätigkeit für Abwehr und Gestapo, zum anderen die wohl doch nur eher zögerliche Unterstützung von offizieller dänisch-sozialdemokratischer Seite und ihren wichtigsten Funktionsträgern, auf die er sich in seinen „erdichteten“ Berichten bezogen und deren Unmut er wohl ebenfalls erregt hatte. So lässt sich abschließend feststellen, dass ein wesentliches Problem für Kurt Wurbs während seines politischen Exils in Dänemark gewesen sein könnte, dass er sich selbst und seine Möglichkeiten in extremer Lage überschätzte und er versucht hat, ein letztlich zu großes Rad zu drehen, und dabei überfordert war – vielleicht tendenziell überfordert sein musste.

Anmerkungen

1. Bertolt Brecht, 1940. In: ders., *Gesammelte Werke* Band 9. Gedichte 2. Frankfurt/Main 1967. S. 817. (werkausgabe edition suhrkamp).
2. Lt. Auskunft seines Sohnes Knut Steen Wurbs, Celle 2024.
3. Vgl. hierzu die Diplomarbeit des Jahres 2005 der Kunsthochschule Bern von Miriam Julien, Christian Schmidt. *Dekorationsmaler und Restaurator. Ein Beitrag zur Schweizerischen Restaurierungsgeschichte*, dort insbesondere S. 4 und 14ff.
4. Zitiert nach Uwe Danker und Astrid Schwabe, *Die Volksgemeinschaft in der Region. Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus*. Husum 2022, dort S. 84 mit weiterem Nachweis.
5. Vgl. Heinrich August Winkler, Weimar 1918 – 1933. *Die Geschichte der ersten deutschen*

- Demokratie. München 1993, S. 449f., 484 und 489ff.
6. Vgl. Karl Rickers, *Erinnerungen eines Kieler Journalisten 1920 – 1970*. Kiel 1985. S. 77.
 7. Sigfred Jespersen, *Flygtningehjælpere og modstandskamp*. In: *Sønderjysk Månedsskrift* 1974, S. 437ff. Übersetzung des Verfassers.
 8. Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Entschädigungsakte Günter Wurbs.
 9. Die Umbildung der vorhandenen schulischen Einrichtungen im Schloss Plön in eine „Napola“ war im April 1933 verfügt worden. Herangezogen werden sollte eine neue „Elite“ im nationalsozialistischen Sinn.
 10. Interviewer Marion und Karl-Werner Schunck.
 11. Vgl. Karl-Werner Schunck, Hans E. Hansen – Widerständler, Emigrant und Unternehmensgründer. In: *Grenzfriedenshefte* 4/2009, S. 237.
 12. Rigsarkiv København.
 13. *Social-Demokraten*, 1871 unter dem ursprünglichen Namen *Socialisten* gegründet, war das Flaggschiff der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Presse in Dänemark. 1959 wurde der Name in *Aktuelt* geändert (zwischenzeitlich auch *Det Fri Aktuelt*), offensichtlich um eine breitere Leserschaft ansprechen zu können. Im Zuge des allgemeinen (auch internationalen) Niedergangs der sozialdemokratischen Presse wird die Zeitung 2001 eingestellt.
 14. Nach früherem deutschem Eherecht galt bis zu der am 1.1.1977 in Kraft getretenen großen Eherechtsreform statt des heute geltenden „Zerrüttungsprinzips“ noch das „Verschuldensprinzip“ mit erheblichen Folgen u.a. für ggf. zu leistende Unterhaltszahlungen. Zu den tatsächlichen Gründen für das Scheitern der Ehe lässt sich daraus jedoch nichts Belastbares ableiten.
 15. Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Entschädigungsakte Kurt Wurbs. Geringfügige Kürzungen durch den Verfasser.
 16. Ebda.
 17. Arbejdermuseet København Arkiv 351 kasse 2-4.
 18. Arbejdermuseet København Arkiv 351 kasse 2-4.
 19. Vgl. insoweit die Darstellung von Richard Hansens Lebensweg in der VZ vom 2. August 1957 anlässlich seines 70. Geburtstags.
 20. Vgl. Ludwig Eiber, Richard Hansen – Das Grenzsekretariat der Sopade in Kopenhagen und die Verbindungen nach Hamburg 1933 – 1939. In: Einhard Lorenz/Klaus Misgeld/Helmut Müssener/Hans Uwe Petersen (Hgg.), *Ein sehr trübes Kapitel? Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil 1933 – 1950*. Hamburg 1998.
 21. Vgl. Karl-Werner Schunck, Aage Lassen – ein dänischer Sozialdemokrat in NS-Gewalt. In: *Grenzfriedenshefte* 2/2018, S. 155 ff.; ferner: Hans E. Hansen – Hans Flensfelt – Widerständler, Emigrant und Unternehmensgründer. In: *Grenzfriedenshefte* 4/2009, S. 233ff.
 22. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4. Hervorhebungen durch den Verfasser.
 23. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.
 24. Interview aus dem Jahr 1964 durch den Historiker und damaligen Doktoranden der CAU Gerhard Beier. Eine Kopie der Tonbandaufnahme befindet sich im Nachlassdepositum von Gerhard Beier im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, eine weitere in Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv, Kopenhagen.
 25. Rolf Fischer, *Die dunklen Jahre. Kiels Sozialdemokratie im Nationalsozialismus*. Kiel 2017 (= *Geschichte der Kieler Sozialdemokratie*, Bd. 4, 1930 – 1945).
 26. Rolf Fischer, *Die dunklen Jahre*, S. 123f.
 27. *Archiv für Sozialgeschichte der FES* (Bd. 13, S. 712f., 1973).
 28. Carl Madsen, *Flygtning* 33, S. 319.
 29. Carl Madsen, *Flygtning* 33, S. 319ff.
 30. BA 58, 2043.
 31. Rolf Fischer, *Die dunklen Jahre*, S. 116.
 32. Carl Madsen, *Flygtning* 33, a.a.O.
 33. Carl Madsen, *Flygtning* 33, a.a.O.
 34. „Ich habe mir sowohl (Überraschungs-)Coups als auch Überrumpelungen und Falschheit

zugestanden, um der Wahrheit auf die Spur zu kommen“. Aus: Carl Madsen, Flygtning 33, S. 331ff. Übersetzung durch den Verfasser.

35. Die hier wiedergegebenen Angaben zur Flucht stimmen im Wesentlichen überein mit den Angaben aus dem früheren Interview von 1964 durch Gerhard Beier.

36. Carl Madsen, Flygtning 33, a.a.O.

37. Vgl. meine Veröffentlichungen: Hans E. Hansen – Hans Flensfelt, Widerständler, Emigrant, Firmengründer. Beiheft zum Jahrbuch der Heimatgemeinschaft Eckernförde 2009 (derselbe Beitrag findet sich in einer etwas gekürzten Version auch in Grenzfriedenshefte 4/2009, S. 233ff.); ferner: Aage Lassen – ein dänischer Sozialdemokrat in NS-Gewalt. In: Grenzfriedenshefte 2/2018, S. 155ff.

Weitere Einzelheiten zu Richard Hansens nachrichtendienstlicher Betätigung und zur Rolle von Gestapo-V-Leuten in seinem engeren Umfeld finden sich ferner in meinem unveröffentlichten Manuskript: Widerstand an der Grenze – dänische Sozialdemokraten in nazideutscher Gewalt – drei Einzelschicksale.

38. Vgl. Siegfried Grundmann, Die V-Leute des Gestapo-Kommissars Sattler. Berlin 2010, S. 87ff; ferner Steffan Appelius, Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht. Bonn 1999, S. 90ff. und insbesondere S. 105ff.

39. Hans Peter Sørensen (1886 – 1962), seinerzeit Chefredakteur des *Social-Demokraten*, 1946 – 1956 Oberbürgermeister von Kopenhagen.

40. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

41. Eine Kopie davon befindet sich im Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg, „Sammlung Thomas Pusch“ (Materialien zur Dissertation von Th. Pusch, Exil als Migrationsgeschichte).

42. Karl Böchel galt als Vertreter der äußersten Linken in der SPD. Den linken Kurs der SPD im Freistaat Sachsen hatte er maßgeblich mit geprägt. Ab Mai 1933 Flucht und Exil zunächst in Prag, später Paris. Mitbegründer und Vorsitzender des „Arbeitskreises revolutionärer Sozialisten“. In Prag Mitglied des SoPaDe-Vorstands, aus dem er jedoch Januar 1935 ausgeschlossen wird; er bleibt jedoch Mitglied der SPD. Ab 1938 in Norwegen (Oslo).

43. Paul Bromme (1906 – 1975), Sohn eines Lübecker Senators, Volkswirtschafts- und Jura-studium Uni Hamburg, ab 1930 journalistisch tätig beim *Lübecker Volksboten*, ab 1927 Mitglied der SPD, 1933 aktiv im Widerstand, ab Mai 1933 Flucht und Exil zunächst in Prag, 1934 Dänemark, 1935 Schweden, 1938 – 1940 Norwegen, anschließend erneut Schweden, September 1948 Rückkehr nach Lübeck, dort in zahlreichen politischen Ämtern tätig, u.a. SPD-Kreisvorsitzender und Mitgl. des Landesvorstandes der SPD-SH, MdB (1949 – 53) und MdL-SH (ab 1954), langjähriger Senator und zeitweise 1. stellv. Bürgermeister der Hansestadt Lübeck. In den 1930er-Jahren hatte er sich den „Revolutionären Sozialisten“ angeschlossen, einer Gruppierung am linken Rand (innerhalb) der SPD.

44. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

45. Einhart Lorenz, Willy Brandt in Norwegen. Die Jahre des Exils 1933–1940. Kiel: Neuer Malik Verlag 1989. S. 200.

46. Ulrich Meyenborg, Paul Bromme (1906 – 1975). Ein Sozialdemokrat im politischen Exil und in der Lübecker Nachkriegspolitik. Lübeck 2013. S. 21 (= Kleine Schriftenreihe zur Stadtgeschichte, hg. vom Archiv der Hansestadt Lübeck, Heft 22).

47. Ulrich Meyenborg, Paul Bromme, S. 44f.

48. H.P. (Hans Peter) Hanssen (1862 – 1936), wichtigster politischer Vertreter des dänisch gesinnten Bevölkerungsteils im alten, 1864/66 von Preußen annektierten Herzogtum Schleswig, Mitglied des Preußischen Landtags (1896 – 1908) und des Reichstags (ab 1906); ab 1918 beeinflusste er maßgeblich die Modalitäten der Volksabstimmung (1920) über die deutsch-dänische Grenze, 1919 auch als Minister in der dänischen Regierung; trat der rechtsliberalen „Venstre“ bei (trotz seiner in vieler Hinsicht wohl eher sozialliberalen Ausrichtung) und blieb auch im Zuge der Integration Nordschleswigs/Sønderjyllands in den dänischen Staat einer der angesehensten Politiker im dänisch-deutschen Grenzraum. Aus seiner Zeit als „deutscher“ Parlamentarier verfügte er über enge Kontakte vor allem zu Repräsentanten der SPD und

unterstützte nach 1933 deutsche Flüchtlinge und Emigranten. Die von ihm herausgegebene Zeitung *Hejmdal* vertrat einen klaren anti-nazistischen Kurs.

49. Arbejdemuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

50. Vgl. Helmut Müssener, *Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933*. München: Hanser Verlag 1974, dort u.a. S. 140ff.

51. Major Carl Andersen, seit 1943 leitender Abwehroffizier in Kopenhagen und in dieser Funktion Nachfolger von Kpt. z. See Howoldt.

52. Näheres zur Person ist nicht bekannt.

53. Arbejdemuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

54. Arbejdemuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

55. Arbejdemuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

56. Arbejdemuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

57. Arbejdemuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

58. Hans Georg Klamroth, dazu später.

59. Arbejdemuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

60. Wibke Bruns, *Meines Vaters Land. Eine deutsche Familiengeschichte*. Econ Verlag, 4. Auflage 2004.

61. Wibke Bruns, *Meines Vaters Land*, S. 291.

62. Ebda.

63. Hierzu folgende Erläuterung: Das dänische Militär stand loyal zum parlamentarisch-demokratischen System und zur dänischen Sammlungsregierung unter Thorvald Stauning und der von ihr verantworteten „Zusammenarbeitspolitik“, die sich auf eine sehr breite parlamentarische Mehrheit stützen konnte. Bereits gegen Ende 1940 einsetzende Überlegungen zum Aufbau eines geheimen Untergrundheeres standen hierzu nicht im Widerspruch. Im Auftrage des (liberalen) Verteidigungsministers Brorson begannen Offiziere (insbesondere des „Efterretningstjeneste“) mit der Bildung eines Untergrundheeres bestehend aus 24.000 als zuverlässig eingeschätzten Wehrpflichtigen, die ggf. mit 24-stündiger Vorwarnzeit mobilisiert werden konnten. Zweck war nicht der unmittelbare Kampf gegen die deutschen Besatzungstruppen, sondern ggf. bei einem möglichen Endkampf die Alliierten unterstützen zu können sowie gegen Ende der Besatzung einen geordneten Übergang zur Normalität eines unabhängigen demokratischen Staatswesens zu gewährleisten. Es bestanden enge Verbindungen zum britischen Nachrichtendienst SOE. Im März 1942 reiste der o.g. Oberst (bzw. „Ritmester“) Hans Mathiesen Lunding nach Stockholm, um dort mit einem maßgeblichen Vertreter der SOE nähere Absprachen zu treffen. Vgl. hierzu Bo Lidegaard, *Kampen om Danmark. 1933 – 1945*. Kopenhagen 2005, S. 312.

64. „Stemplet fortroligt – Oberst H. M. Lundings erindringer“. Kopenhagen: Gyldendals Boghandel Nordisk Forlag AS, 3. Auflage 1971. S. 76 ff, Übers. durch d. Verf.

65. Hermann von Hanneken (1890 – 1981), General der Infanterie, ab 12. Oktober 1942 Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark, erklärte wegen zunehmender Sabotagetätigkeit am 29. August 1943 den „militärischen Ausnahmezustand“, in dessen Folge das dänische Heer und die Flotte aufgelöst wurden.

66. Tatsächlich fand der Angriff auf die „Heeresversuchsanstalt Peenemünde“ bereits etwas früher, am 17./18. August 1943, statt. Der britische Angriff hatte auch andere, von den Verursachern so ganz sicher nicht beabsichtigte Folgen: Vernichtet werden sollten vor allem die für die Raketenentwicklung verantwortlichen Wissenschaftler und Ingenieure. Getötet wurden mehr als 700 Personen, überwiegend dort eingesetzte KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter. Um künftige Zerstörungen durch Luftangriffe zu vermeiden, wurde die Raketenproduktion verlegt, in die unterirdischen Stollen des „Mittelwerks“ bei Nordhausen im Südharz. Benötigt wurden tausende von Arbeitskräften, KZ-Häftlinge, die von der SS gestellt wurden und im nahen Lager Dora untergebracht werden sollten. Da die Baracken nicht ausreichten, erfolgte die Unterbringung überwiegend in den Stollen selbst, unter menschenunwürdigen Umständen. Etwa 5.000 der dort unter absolut lebensfeindlichen, menschenverachtenden Bedingungen lebenden und arbeitenden Häftlinge und Zwangsarbeiter haben dies nicht überlebt.

67. Als am 29. August 1943 von der deutschen Besatzungsmacht der „militärische Ausnahmezustand“ in Dänemark erklärt und das dänische Militär aufgelöst wurde, wurde Lunding umgehend verhaftet. Man teilte ihm mit, er sei zum Tode verurteilt wegen des (zutreffenden) Vorwurfs, dass er bei einer Reise nach Stockholm Kontakt zum britischen und polnischen Geheimdienst aufgenommen habe. Nach einem Jahr Gestapo-Haft in Berlin wurde er in das KZ Flossenbürg überführt. Dort war er Zellennachbar des vormaligen Abwehrchefs Canaris. Man verständigte sich durch Klopfzeichen. Als Canaris am 9. April 1945 hingerichtet wurde, war Lunding so seine letzte Kontaktperson. Wegen der näher rückenden Front wurde er in das KZ Dachau überführt und von dort in den letzten Kriegstagen nach Südtirol. Dort erlebte er die Befreiung.

68. Vgl. Hans Kirchhoff, Den gode Tysker. Georg Ferdinand Duckwitz – De danske Jøders redningsmand. Kopenhagen 2013.

69. Hans Kirchhoff, Den gode Tysker, S. 110.

70. Die Versetzung Howoldts nach Kiel zum Stab des Marinekommandos Ost, wo er erneut bis Kriegsende als Abwehroffizier tätig war, erfolgte im Juni 1943, vgl. Geocities Web Archiv ([www.geocities.ws/orion47.geo/WEHRMACHT/Kriegsmarine/Kapitaen zur See H.html](http://www.geocities.ws/orion47.geo/WEHRMACHT/Kriegsmarine/Kapitaen%20zur%20See%20H.html)).

Vor seiner Versetzung nach Dänemark im Mai 1940 war Howoldt ab Oktober 1936 als Abwehroffizier (Fregattenkapitän) in Kiel beim Stab des Marineoberkommandos Ostsee tätig. Über seine exakte Verwendung in den Jahren davor ist Näheres nicht bekannt.

([www.axishistory.com/books/361-germany-kriegsmarine/kriegsmarine-kommando-oberbehoerden/6050-marineoberkommando Ostsee](http://www.axishistory.com/books/361-germany-kriegsmarine/kriegsmarine-kommando-oberbehoerden/6050-marineoberkommando-Ostsee))

71. Hermann von Hanneken, General der Infanterie, war seit Oktober 1942 „Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark“. Er vertrat einen deutlich härteren Kurs gegenüber der sich entwickelnden dänischen Widerstandsbewegung. Als Antwort auf Streiks und Unruhen im August 1943 verhängte er am 29. August den militärischen Ausnahmezustand, der zum Rücktritt der dänischen Regierung unter Erik Scavenius führte, der letzten parlamentarisch-demokratischen Regierung während der Besatzungszeit. Eine weitere unmittelbare Folge war die Auflösung des dänischen Heeres und der Marine.

72. Hans Kirchhoff, Den gode Tysker, S. 110.

73. Vgl. Heinz Höhne, Canaris. Patriot im Zwielicht. Gütersloh: Bertelsmann Verlag 1984, und Terry Parssinen, Die vergessene Verschwörung. Hans Oster und der militärische Widerstand gegen Hitler. München: Siedler Verlag 2008 (deutschsprachige Ausgabe).

74. Ab 1955 gehörte Attlee als „First Earl Attlee“ dem Oberhaus an. Streng genommen wäre die von Wurbis gewählte Bezeichnung „Sir Attlee“ erst von diesem Zeitpunkt an korrekt gewesen.

75. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

76. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

77. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

78. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

79. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

80. Bo Lidegaard, Kampen om Danmark 1933 – 1945. Kopenhagen 2005, hier S. 198.

81. Neben der geostrategischen Position Norwegens (Skagerak, Nordsee/Nordatlantik) war vor allem das über das nordnorwegische Narvik exportierte schwedische Eisenerz Anlass für die deutsche Aggression und für die Briten, diese wenn möglich zu verhindern. Die massiven militärischen Auseinandersetzungen konzentrierten sich daher vornehmlich auf diesen nord-norwegischen Bereich („Schlacht um Narvik“). Die Anzahl der registrierten Toten, der „auf See Vermissten“ und der Verwundeten zeigt das Ausmaß dieses kriegerischen Desasters: Die deutschen Verluste an Mannschaft während der „Aktion Weserübung“ betrugen 1.317 Tote, 2.375 „Vermisste“ und 1.604 Verwundete. Bei den Kämpfen zu Lande fielen auf alliierter Seite 1.896 Briten, 1.335 Norweger sowie je 530 Franzosen und Polen. Zusätzlich hatte allein die Royal Navy einen Verlust von 2.500 Toten zu beklagen. Hinzu kommen auf beiden Seiten umfangreiche Marine-Schiffsverluste. Vgl. hierzu den Wikipedia-Artikel, der sich insoweit auf den Militärhistoriker Michael Salewski in „Deutschland und der zweite Weltkrieg“, Verlag Schöningh Paderborn 2005, bezieht.

82. Vgl. Trygve Bratteli, *Fange i natt og tåke*. Oslo 1980, 3. Aufl. 1983.

83. Die gewaltsame militärische Besetzung Norwegens mit seiner langen zerklüfteten Küstenlinie hatte dazu geführt, dass den knapp drei Millionen Einwohnern eine gewaltige Streitmacht von ca. 300.000 deutschen Soldaten gegenüberstand; gegen Kriegsende war die Zahl auf ca. 400.000 angestiegen, als ein Großteil der deutschen Finnlandarmee vor dem Druck der Sowjetarmee nach Nordnorwegen ausgewichen war. Diese Besatzungstruppen mussten überwiegend aus dem Land ernährt und versorgt werden, einem Land, das – im Unterschied zum „Agrarland“ Dänemark – nur über eine relativ kleine landwirtschaftlich nutzbare Fläche verfügte. Für die Zivilbevölkerung führte dies zu Engpässen und Mangelerscheinungen. Industrie und Rohstoffvorkommen wurden ganz den deutschen kriegswirtschaftlichen Interessen unterworfen und rücksichtslos ausgebeutet. Norwegen verfügte über nicht unbedeutende Vorkommen relativ seltener Rohstoffe (z.B. Nickel und Molybdän), die u.a. für die Herstellung hochwertigen Stahls eingesetzt werden. Einen Großteil der Baukapazitäten beanspruchte das deutsche Militär für seine sehr umfangreichen Befestigungsanlagen und Infrastrukturvorhaben. Der letztlich gescheiterte Versuch, mit Hilfe der reichlich verfügbaren norwegischen Wasserkraft eine umfangreiche Aluminiumindustrie aufzubauen, verschärfte die Ressourcenprobleme bei den Baukapazitäten. Vgl. hierzu Robert Bohn, *Reichskommissariat Norwegen. „Nationalsozialistische Neuordnung und Kriegswirtschaft“*. München 2000.

84. Hart traf es gegen Ende des Krieges die Finnmark, Norwegens nördlichste Provinz. Als die deutsche Finnland- bzw. „Lapland-Armee“ dem Druck der Sowjetarmee nicht länger standhalten konnte, wandte sie bei ihrem Rückzug nach Norwegen auf höchsten „Führerbefehl“ die Taktik der „verbrannten Erde“ an. Die gesamte Bevölkerung wurde zwangs-evakuiert. Zwar konnten sich etwa 20.000 Bewohner der Evakuierung entziehen, aber 40.000 mussten ihre Unterkünfte verlassen. Sämtliche Häuser und Gehöfte, Schulen und Kirchen, Industrie- und Hafenanlagen und die gesamte Infrastruktur wurden in Schutt und Asche gelegt. Alle Ortschaften, nicht zuletzt Europas nördlichste Städte Kirkenes und Hammerfest, wurden gänzlich zerstört. Ähnliche Pläne des Reichskommissars Terboven für ganz Norwegen für den Fall des von ihm angestrebten „Endkampfes“ kamen allerdings nicht mehr zur Ausführung. Vgl. hierzu Fritz Petrick, *Norwegen. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Geschichte der Lände Skandinavien*. Regensburg 2002, dort S. 236.f

85. Vgl. Hans Kirchoff, *At handle med Ondskaben. Samarbejdspolitikken under Besættelsen*. Kopenhagen 2015, insbesondere S. 160ff.

86. Vgl. hierzu S. 86f.

87. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

88. Trotz konservativer Grundhaltung gehörte Hammerstein (1878 – 1943) zu den wenigen Offizieren der Reichswehr, die der Weimarer Republik von Anbeginn loyal gegenüberstanden. Nach früher Kadettenausbildung trat er in das preußische „3. Garderegiment zu Fuß“ (Infanterie) ein, zeitgleich mit Kurt von Schleicher, dem er Zeit seines Lebens verbunden blieb. Während des Weltkriegs war er in verschiedenen Einheiten als Stabsoffizier tätig, zuletzt im „Generalstab der Generalkommandos“, nach der Novemberrevolution vorübergehend im Stab von Reichswehrminister Noske. 1929 wurde er von Reichswehrminister Groener zum Chef des „Truppenamtes“ ernannt, der Nachfolgeinstitution des von den Alliierten im Zuge des Versailler Vertrags verbotenen früheren Generalstabs, und 1930 zum Chef der Obersten Heeresleitung. Nach anfänglich schwankender Haltung (ähnlich wie v. Schleicher) bezog er nach einer Rede Hitlers im Februar 1933 vor einer Reihe höchster Reichswehroffiziere klar Position gegen Hitler und der von ihm geforderten Unterordnung und Instrumentalisierung der Reichswehr für die NS-Ideologie und ihre expansiven Kriegsziele. Im Oktober 1933 reichte Hammerstein sein Abschiedsgesuch bei Reichspräsident Hindenburg ein, dem mit Wirkung vom 31. Januar stattgegeben wurde. Im Rahmen der allgemeinen Mobilmachung reaktiviert, war er ab 9. September 1939 vorübergehend für wenige Wochen Oberbefehlshaber der Armeegruppe A an der deutschen Westgrenze. In dieser Zeit soll er mehrfach versucht haben, Hitler zu einem Truppenbesuch zu veranlassen, in der Absicht, diesen bei dieser Gelegenheit auszuschalten, durch Verhaftung oder fingiertes Unfallgeschehen. Zu diesem

Truppenbesuch Hitlers während der laufenden Poleninvasion kam es nicht. Vielmehr wurde Hammerstein bereits am 24. September 1939 endgültig in den Ruhestand versetzt. Ohne militärische Kommandogewalt war er vom aktiven militärischen Widerstandshandeln ausgeschlossen. Er hielt jedoch weiter engen Kontakt zu maßgeblichen Personen des militärischen und zivilen Widerstands. Er verstarb am 24. April 1943 an den Folgen eines Krebsleidens. Zwei seiner Söhne, Kunrat und Ludwig, gehörten zum Verschwörerkerkreis des 20. Juli 1944. Sie konnten ihrer Verhaftung entgehen und in den Untergrund abtauchen. Dagegen wurden Hammersteins Witwe Maria sowie mehrere Geschwister von Kunrat und Ludwig im Herbst 1944 in „Sippenhaft“ genommen, zunächst in einem „Sonderlager“ des KZ Buchenwald, dann in anderen Haftanstalten bis zur Befreiung 1945.

89. Vgl. Anm. 70.

90. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

91. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

92. Alsing Andersen (1893 – 1962), in den 1920er-Jahren bis 1932 enger Mitarbeiter von Stauning u.a. als Fraktionssekretär und 1. Parteisekretär, 1932 Mitglied des Folketing, 1935 – 1940 Verteidigungsminister; nach Staunings Tod bildete er während der Besatzungszeit zusammen mit Hans Hedtoft und Vilhelm Buhl die engere Führungsspitze der dänischen Sozialdemokratie. Ab 1948 führendes Mitglied der dänischen UN-Delegation, von 1958 bis zu seinem Tod Vorsitzender der Sozialistischen Internationale. In den 1930er-Jahren waren Alsing Andersen und Hans Hedtoft die wichtigsten Kontaktpersonen der deutschen Sozialdemokraten im dänischen Exil.

93. Vilhelm Buhl (1881 – 1954), 1937 – 1942 Finanzminister der Regierung Stauning, 1942 und 1945 jeweils kurzfristig „Statsminister“, bildete nach Staunings Tod, also ab 1942, zusammen mit Hans Hedtoft und Alsing Andersen die Führungsspitze der dänischen Sozialdemokratie.

94. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

95. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

96. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

97. Vgl. Hans Kirchhoff, *At handle med Ondskaben*, S. 25ff.

98. Die Darstellung hier folgt im Wesentlichen Bo Lidegaard, *Kampen om Danmark*, S. 194ff.

99. Bis zum Überfall NS-Deutschlands auf die UdSSR am 22. Juni 1941 allerdings befanden sich auch die dänischen Kommunisten wegen des Hitler-Stalin-Pakts in einer schwierigen, zwiespältigen Situation, die ihnen bis dahin ein weitgehendes Stillhalten im aktiven Widerstand gegen die deutschen Besatzer abverlangte.

100. Bo Lidegaard, *Kampen om Danmark*, insbes. S. 173ff., und Hans Kirchhoff, *At handle med Ondskaben*.

101. Bo Lidegaard, *Kampen om Danmark*, S. 157.

102. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

103. Tatsächlich dürfte es sich nicht um den „Oberstleutnant“, sondern um den Reserveoffizier Major Hans Georg Klamroth gehandelt haben, der von 1940 bis 1942 als Abwehroffizier in Dänemark tätig war. Dafür dass auch der sehr viel jüngere, aber relativ rasch zum Oberstleutnant aufgestiegene Berufsoffizier Bernd Klamroth Beziehungen nach Dänemark gehabt hat, gibt es keine Anhaltspunkte. Beiden eng miteinander verwandten Klamroths ist gemeinsam, dass sie (auch) für die Abwehr gearbeitet haben und dann auf Grund ihres Widerstands nach dem 20. Juli 1944 nach Verurteilung durch den „Volksgerichtshof“ hingerichtet wurden. Insofern liegt bei Wurbs (1953) offensichtlich eine Verwechslung vor (vgl. oben, S. 69f.).

104. Vgl. Bo Lidegaard, *Kampen om Danmark*, S. 487.

105. Arbejdermuseet København Arkiv 351 Kasse 2-4.

106. Vgl. Bo Lidegaard, *Kampen om Danmark*, S. 426 f.

107. Vgl. Bo Lidegaard, *Kampen om Danmark*.

108. Nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Justizminister (Juli 1940 bis Juli 1941) und späteren „Justits-Departementschef“ (nach dem 29. August 1943 bis 1945).

109. Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Entschädigungsakte Kurt Wurbs.

110. Ebda.

Literatur

Stefan Appellius, Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht. Essen: Klartext Verlag 2000.

Robert Bohn, Reichskommissariat Norwegen. Nationalsozialistische Neuordnung und Kriegswirtschaft. München: Verlag Oldenbourg 2000.

Robert Bohn, Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940 – 45. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 1997.

Trygve Bratteli, Fange i natt og tåke. Oslo: Forlag Tiden 1980 (Gefangen bei Nacht und Nebel, i. e. der Bericht des späteren Ministerpräsidenten über seine KZ-Haft).

Wibke Bruhns, Meines Vaters Land. Geschichte einer deutschen Familie. Berlin: Econ Verlag 2004.

Ludwig Eiber, Richard Hansen. Das Grenzsekretariat der Sopade in Kopenhagen und die Verbindungen nach Hamburg 1933 – 1939. In: Einhart Lorenz (u.a. Hgg.), Ein sehr trübes Kapitel. Hitlerflüchtlinge im nord-europäischen Exil 1933 bis 1950. Hamburg: Ergebnisse Verlag 1998.

Rolf Fischer, Die Dunklen Jahre. Kiels Sozialdemokratie im Nationalsozialismus. Kiel: Verlag Ludwig 2017 (= Geschichte der Kieler Sozialdemokratie, Band 4, 1933–1945).

Siegfried Grundmann, Die V-Leute des Gestapo-Kommissars Sattler. Berlin: Hentrich & Hentrich Verlag 2010.

Sigfred Jespersen, Flygtningehjælpere og modstandskamp. In: Sønderjysk Månedsskrift 1974, S. 437ff. Hg. v. Historisk Samfund for Sønderjylland, Aabenraa.

Hans Kirchhoff, At handle med Ondskaben. Samarbejdspolitikken under besættelsen. En politisk historie. Kopenhagen: Verlag Gyldendal 2015.

Hans Kirchhoff, Samarbejde og modstand under besættelsen en politisk historie. Odense: Odense Universitetsforlag 2001.

Hans Kirchhoff, Den gode tysker. Georg Ferdinand Duckwitz. De danske jøders redningsmand. Kopenhagen: Verlag Gyldendal 2013.

Bo Lidegaard, Kampen om Danmark 1933–1945. Kopenhagen: Verlag Gyldendal 2005.

Einhart Lorenz, Willy Brandt in Norwegen. Die Jahre des Exils 1933–1940. Kiel: Neuer Malik Verlag 1989.

Hans Mathiesen Lunding, Stemplet fortroligt. Oberst H.M. Lundings erindringer. Kopenhagen: Verlag Gyldendal 1970.

Carl Madsen, Flygtning 33. Strejflys over Hitlers Danmark. Kopenhagen: Stig Vendelkærs forlag 1972.

Ludwig Meyenborg, Paul Bromme 1906–1972. Ein Sozialdemokrat im politischen Exil und in der Lübecker Nachkriegspolitik. Lübeck: Schmidt

Römhild Verlag 2013.

Helmut Müssener, Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933. München: Hanser Verlag 1974.

Gerhard Paul, Widerstand an der Grenze. Das Café Waldheim und das Ehepaar Lützen. In: Konsens und Kritik. Facetten des kulturellen Lebens in Flensburg 1933 – 1945. Hg. vom Stadtarchiv Flensburg in Zusammenarbeit mit der BU Flensburg und dem IZRG. Flensburg 1999.

Gerhard Paul, Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein. Hamburg: Ergebnisse Verlag 1996.

Gerhard Paul, „Flensburg meldet“. Quellensammlung, herausgegeben vom Stadtarchiv Flensburg in Zusammenarbeit mit der BU Flensburg und dem IZRG. Flensburg 1997.

Gerhard Paul, Verführt, verfolgt, verschleppt. Aspekte nationalsozialistische Herrschaft 1933–1945. Hg. vom Stadtarchiv Flensburg in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte. Flensburg 1996. 2. Aufl. 2003.

Fritz Petrick, Norwegen von den Anfängen bis zur Gegenwart. Geschichte der Länder Skandiniavens. Stuttgart: Verlag Friedrich Pustet 2002.

Thomas Pusch, Politisches Exil als Migrationsgeschichte. Schleswig-holsteinische EmigrantInnen und das skandinavische Exil 1933 – 1960. Dissertation der Universität Flensburg 2003.

Karl Rickers, Erinnerung eines Kieler Journalisten 1920 – 1970. Kiel: Neuer Malik Verlag 1985.

Bent Vested Rønne, Mellom to fronter. Arbejderbevægelsens historie i Haderslev 1873 – 1940. Aabenraa 1978.

Karl-Werner Schunck, Anneliese Raabke und Martin Krebs. Zwei Emigrantenchicksale. In: Jahrbuch Demokratische Geschichte Band 1 (1986), S. 237ff. und Band 2 (1987), S. 329ff.

Karl-Werner Schunck, Hans E. Hansen. Widerständler – Emigrant – Unternehmensgründer. In: Grenzfriedenshefte 4 / 2009.

Karl-Werner Schunck, Aage Lassen. Ein dänischer Sozialdemokrat in NS-Gewalt. In: Grenzfriedenshefte 2 / 2018. S. 155 ff.

Der Autor

Karl-Werner Schunck, 1944 geboren und aufgewachsen in Detmold, lebt seit Mitte der 1960er-Jahre in Schleswig-Holstein, seit 1980 in Eckernförde. An der Uni Kiel widmete er sich neben seinem Hauptfach Jura u.a. der Skandinavistik (Schwerpunkt Norwegen) und engagierte sich als Mitglied des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) in der Studentenbewegung der 1960er-Jahre. Seit 1974 war er als Verwaltungsjurist tätig,

u.a. in der Straßenbauverwaltung, später als Referatsleiter im Wirtschafts- und Verkehrsministerium in Kiel.

Sein besonderes Interesse gilt der Regionalgeschichte, der Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein, der Geschichte des Widerstandes gegen das NS-Regime und des Exils politisch Verfolgter in Skandinavien nach 1933. In den 1980er-Jahren war er beteiligt an dem Projekt *Vergessen und Verdrängt. Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde. Eine andere Heimatgeschichte* (Schleswig 3. Aufl. 1995). Zu den genannten Themen veröffentlichte er Beiträge in den Jahrbüchern des Beirats für Geschichte („Demokratische Geschichte“), der Heimatgemeinschaft Eckernförde und in den „Grenzfriedensheften“ des ADS-Grenzfriedensbunds. 2025 erschien in der Schriftenreihe der Heimatgemeinschaft Eckernförde: *Auschwitz-Überlebende in Eckernförde und Lehmstiek. Emmy, Ralf und Otto Maßmann – Juden im Sinne der NS-Rassengesetze*, eine ausführliche Abhandlung über Ausgrenzung, Verfolgung, KZ-Haft und schwierige Nachkriegssituation dreier Eckernförder Bürger.

Abstract

Die Studie folgt dem Chefredakteur der sozialdemokratischen ausgerichteten *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* Kurt Wurbs (1891–1980) von Kiel ins dänische Exil. Wurbs war ins Visier der NSDAP geraten, als er 1932 über die Bewaffnung der Hitler-Partei publiziert hatte; gegen ihn wurde einer der wenigen Presseprozesse seitens der NSDAP angestrengt.

Im Sommer 1933 verließ Wurbs Kiel. Von Dänemark aus versuchte er, in Kreisen des sozialdemokratischen Exils weiter zu publizieren. Dabei kam er in Kontakt mit wichtigen Vertretern der Exilszene bzw. Widerstandsbewegung wie Richard Hansen, Kurt Heinig, Hans Georg und Bernhard Klamroth, Hans Mathiesen Lundig, Thorwald Stauning, Alsing Andersen, aber auch Philipp Scheidemann, Wilhelm Canaris und Kurt Schumacher.

Wurbs gab eine politische Korrespondenz heraus und berichtete aus der Exil- und Widerstandsszene an internationale Medien und an den SoPaDe-Vorstand in Prag. Finanziell hielt er sich zusätzlich als Kunstmaler über Wasser. Politisch unterhielt er intensive Kontakte zu oppositionellen Kreisen in Reichswehr bzw. Wehrmacht. 1945 wurde Wurbs unter Spionagevorwürfen – er sollte an die deutsche militärische Abwehr berichtet haben – in Kopenhagen inhaftiert, wurde später aber rehabilitiert wieder freigelassen.

Erstmals werden hier die Konturen eines weitgehend unbekannten politischen Lebenswegs und des Verhaltens des Exilanten Kurt Wurbs nachgezeichnet. Zahlreiche Einzelheiten geben dem Bild des dänischen Exils und der Anti-Nazi-Opposition zusätzliche Konturen.

Namenregister

- Andersen, Alsing 33, 36, 40, 87,
94 ff., 98, 101 ff, 113, 139 (Fn 92)
- Andersen, Carl 61f, 69, 78, 85 f.,
92, 113, 115, 128, 130, 136 (Fn 51)
- Andersen, Uffe 20
- Attlee, Clement 39, 81, 93, 137
(Fn 74)
- Axel, Prinz 100
- Beck, Ludwig 91
- Behrend, Herbert 52 f
- Beier, Gerhard 40, 135 (Fn 24, 35)
- Bernadotte, Folke 110
- Best, Werner 74, 89, 108
- Blum, Léon 48 f
- Böchel, Karl 55, 135 (Fn 42)
- Bohr, Nils 76
- Bonnet, Georges 49 f
- Brandt, Willy 56, 88, 135 (Fn 45)
- Bratteli, Trygve 89, 137 (Fn 82)
- Braun, Max 55
- Braun, Otto 21, 93
- Brecht, Bertolt 6, 133 (Fn 1)
- Breitscheid, Gerhard 46, 55
- Breitscheid, Rudolf 46, 55
- Brodersen, Niels 19
- Bromme, Paul 55 ff., 77, 130, 135
(Fn 43, 46 u. 47)
- Bruhns, Wibke 70 ff.
- Brüning, Heinrich 18
- Buhl, Vilhelm 107 f., 110, 113, 139
(Fn 93)
- Callesen, Gerd 44 f
- Canaris, Wilhelm 79, 92 f., 96 f.,
105, 127, 137 (Fn 73)
- Carlsson, Oluf 61, 86, 91, 94, 113 f.
- Chamberlain, Neville 49
- Clausen, Frits 45, 101
- Crummenerl, Sigmund 38
- Daladier, Édouard 48
- Danker, Uwe 133 (Fn 4)
- Dönitz, Karl 111
- Drews, Paula 42
- Duckwitz, Ferdinand 77 f., 137 (Fn
68)
- Eiber, Ludwig 134 (Fn 20)
- Falland, Oberleutnant (Vorname
unbekannt) 61, 69, 78, 85 f., 113,
116, 128
- Fischer, Rolf 42, 48, 135 (Fn 25, 26)
- Føg, Mogens 109, 111 f.
- Frederik, Kronprinz 97, 105 f.
- Freuchen, Peter 61
- Friis, Aage 46
- Gehardsen, Einar 88
- Göbbels, Joseph 17
- Goerdeler, Carl 91
- Gørtz, Ebbe 76, 115
- Gregersen, Julius 42
- Groener, Wilhelm 138 (Fn 88)
- Grundmann, Siegfried 135 (Fn 38)
- v. Hagen, Albrecht 72
- v. Hammerstein-Equord, Kunrat
139 (Fn 88)
- v. Hammerstein-Equord, Kurt 91,
106, 139 (Fn 88)
- v. Hammerstein-Equord, Ludwig
139 (Fn 88)
- v. Hammerstein-Equord, Maria
139 (Fn 88)
- v. Hanneken, Hermann 76, 108,
136 (Fn 65), 137 (Fn 71)

- Hækkerup, Per 45
 Håkon VII., König 88
 Hansen, Hans E. 24, 37, 52, 125, 135 (Fn 21)
 Hansen, Lisa 37, 43, 50 f.
 Hansen, Richard 19 f, 22, 24, 26, 32 f., 35 ff., 40, 43, 50 ff., 58, 125 f., 128, 134 (Fn 19, 20)
 Hanssen, Hans Peter 59, 135 (Fn 48)
 Hashagen, Henning 78
 Hedtoft-Hansen, Hans 20, 30 f., 36, 46 f, 59, 77, 82 ff., 98, 113, 139 (Fn 93)
 Heinig, Kurt 32, 40, 41, 58 f.
 Henning, Hans 78
 Hermannsen, Hermann 50, 60, 92
 Hertz, Paul 55, 81
 v. Hindenburg, Paul 13, 138 (Fn 88)
 Hinz, Ida 42
 Hitler, Adolf 7, 13 ff., 72, 75, 90 f., 94 ff., 102, 110, 125, 138 (Fn 88)
 Dr. Hoffmann (Vorname unbekannt, Gestapomann in DK) 92
 Höhne, Heinz 137 (Fn 73)
 Højgaard, Knud 100
 Howoldt, Albert 41, 54 f., 61, 69, 85 f., 91 f., 102, 128, 130, 136 (Fn 51), 137 (Fn 70)
 Jacobsen, Frode 109
 Jansson, Erik 33 f., 55
 Jansson, Erik 55
 Jespersen, Sigfred 134 (Fn 7)
 Julien, Miriam 133 (Fn 3)
 Kanstein, Paul Ernst 78
 Katz, Rudolf 37
 Kaufmann, Karl 110 f.
 Kirchhoff, Hans 77 f., 137 (Fn 68, 69, 72), 138 (Fn 85), 139 (Fn 97)
 Klamroth, Bernhard 41, 69, 70 ff., 127, 139 (Fn 103)
 Klamroth, Hans Georg 41, 62, 69 ff., 86, 91, 97 f., 106, 114, 127 f., 137 (Fn 58), 139 (Fn 103)
 Dr. Koreuber (Inhaber der Klinik Dr. Koreuber, Kiel) 29
 Krag, Jens Otto 45
 Kristian X., König 100 f., 105 f.
 Lassalle, Ferdinand 11
 Lassen, Aage 20, 36, 50, 135 (Fn 21)
 Lidegaard, Bo 87, 136 (Fn 63), 137 (Fn 80), 139 (Fn 100)
 Lindemann, Georg 110
 Lorenz, Einhart 56, 134 (Fn 20)
 Lunding, Hans Mathiesen 73 ff., 78, 136 (Fn 63, 64)
 Lützen, Amandus 42
 Lützen, Sophie 42
 Madsen, Carl 10, 42 ff., 85, 124, 127 ff., 135 (Fn 28, 29, 32, 33, 37)
 Meyenborg, Ulrich 56, 135 (Fn 46, 47)
 Missgeld, Klaus 134 (Fn 20)
 Morrison, Herbert 82
 Munch, Peter 99, 101
 Müssener, Helmut 134 (Fn 20), 136 (Fn 50)
 Mussolini, Benito 45
 Nicolaysen, Eline (später: verh. Geiger) 32
 Nixon, Richard 45
 Nygaardsvold, Johan 88
 Ollenhauer, Erich 38, 53, 82
 Oster, Hans 79
 v. Papen, Franz 18
 Paul, Kurt 43, 63
 Petersen, Hans Uwe 134 (Fn 20)

- Petersen, Harald 117, 139 (Fn 108)
 Petrick, Fritz 138 (Fn 84)
 Pusch, Thomas 135 (Fn 41)
- Quisling, Vidkun 87, 90
- Raabke, Anneliese 24, 29
 Raabke, Walter 24
 Raloff, Karl 32, 40 ff., 128
 Rantzau, Otto Graf zu Rantzau 31
 Rasmussen, Sophus 36, 52
 v. Renthe-Finck, Cécil 73 f., 100
 Reinowski, Hans 32
 v. Ribbentrop, Joachim 97
 Rickers, Karl 19, 134 (Fn 6)
 Röhm, Ernst 8, 13, 17, 40
- Salewski, Michael 137 (Fn 81)
 Scavenius, Erik 137 (Fn 71)
 Scheidemann, Philipp 32, 40,
 v. Schleicher, Kurt 40, 138 (Fn 88)
 Schmidt, Christian 133 (Fn 3)
 Schulenburg, Fritz Dietloff Graf
 von der Schulenburg 78
 Schumacher, Kurt 116 ff., 121
 Schunck, Karl-Werner 134 (Fn 10),
 135 (Fn 21)
 Schunck, Marion 134 (Fn 10)
 Schütt, Karl 24
 Schwabe, Astrid 133 (Fn 4)
 Schwarz, Hans Paul 56
 Sievers, Hans 32
 Sørensen, Hans Peter 55, 135
 (Fn 39)
 Spiegel, Wilhelm 10, 13, 17 ff, 35,
 125
 Stampfer, Friedrich 37
 v. Staufenberg, Claus Schenck 72
- Stauning, Thorvald 36, 47, 96, 98 f.,
 106 f., 127 f.
 Steincke, Karl 46 f., 49 f., 53, 127 f.
 Stieff, Hellmuth 72
 Struensee, Friedrich Johann 81
- Tarnow, Fritz 32, 40, 42, 126 ff.
 Terboven, Josef 89 f., 110
 Thomsen, Kresten Refslund 59
 Tönnies, Ferdinand 21, 93
 Topp, Kapitän z. S. (Vorname unbe-
 kannt) 60
 v. Trott zu Solz, Adam 70
- Verdieck, Willy 19 f., 35
 Vogel, Hans 58, 82
- Wassermann, Paul 56
 Wels, Otto 58 f.
 Winkler, Heinrich August 133
 (Fn 5)
 Wurbs, Elise Hermine, geb. Meister
 7, 12, 19
 Wurbs, Erna 122
 Wurbs, Gertrud, geb. Isaksson 9,
 13, 29, 120
 Wurbs, Günter 13, 21 ff., 29, 124,
 134 (Fn 8)
 Wurbs, Ilse 29
 Wurbs, Ingeborg 13, 29
 Wurbs, Knut Steen 13, 29, 121 f.,
 124, 133 (Fn 2)
 Wurbs, Kurt (jun.) 13, 29
 Wurbs, Ruth 13, 29, 121 ff.
 Wurbs, Siegfried 13, 21, 93
 Wurbs, Werner 22, 24, 26 ff., 122,
 124 ff.

Philipp Scheidemann, Richard Hansen, Fritz Tarnow, Kurt Heinig, Hans Georg und Bernhard Klamroth, Hans Mathiesen Lunding, Wilhelm Canaris, Thorvald Stauning, Hans Hedtoft-Hansen, Kurt Schumacher.

Liest man die Namen jener Personen, mit denen der Kieler Journalist Kurt Wurbs (1891–1980) während seiner Emigrationszeit in Dänemark 1933 bis 1948 direkt oder indirekt zusammentraf und kooperierte, wird deutlich, dass seine journalistische und politische Arbeit ihn mit bedeutenden Persönlichkeiten und mit Vertretern des Widerstands gegen die Nationalsozialisten in Deutschland, vor allem aber in Dänemark zusammengeführt hat.

Wurbs war in Kiel als Chefredakteur der sozialdemokratischen *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* mit den Nationalsozialisten aneinander geraten, weil er als einer von ganz wenigen Journalisten die Bewaffnung der NSDAP thematisierte. Im Sommer 1932 kam es zu einem spektakulären Prozess, den die NSDAP und Hitler persönlich gegen ihn anstrebten. 1933 musste Wurbs daher Deutschland verlassen und war gezwungen, seine Frau mit sieben Kindern zurückzulassen, unversorgt und der Willkür der Nazis ausgeliefert. Dies trieb ihn um.

Eine teils verworren erscheinende persönliche und politische Odyssee schloss sich an. Wurbs hielt sich als Kunstmaler über Wasser, gab eine politische Korrespondenz heraus und lieferte Berichte auch an „oppositionelle“, widerständige Offiziere des Geheimdienstes der Wehrmacht. Nach der Kapitulation Nazideutschlands Anfang Mai 1945 musste er sich gegen Vorwürfe wehren, er sei ein Spion, ein Agent der Abwehr gewesen.

Wurbs' Schicksal verdeutlicht die schwierige Situation im politischen Exil. Diese Studie ist mehr als nur eine individuelle Biografie; sie lässt die politische Geschichte Deutschlands und Dänemarks in den 1930er- und 1940er-Jahren Konturen bekommen.

